58 Pfr. Schlunk
1800 Dudenrode

Blätter für deutsche und internationale Politik

Aus dem Inhalt:

Prof. Dr. jur. Harold Rasch
Für ein neues Europa

William Warbey, M. P.
Vietnam: Krieg ohne Ende?

Prof. Dr. Vittorio de Caprariis, Rom
Historische Perspektiven der Entwicklung in Italien

Dr. Emil Hoffmann
Interzonenhandel in der Wandlung

2,50 DM **IX. Jahrgang** **April** **4/64**

Postverlagsort Köln G 1800 E

INHALT

Chronik des Monats März 1964 S. 259

Berichte und Kommentare
CDU auf dem „Alten"-Kurs
Die Aufgabe der Welthandelskonferenz
Österreichs neuer Kanzler
Neutrales Kambodscha
Ein Putsch – kein Ausweg S. 262

Die Lage
Dr. Achim v. Borries
Über außen- und innenpolitische Vertrauenswürdigkeit S. 277

Der Gomulka-Plan S. 286

Prof. Dr. jur. Harold Rasch
Für ein neues Europa S. 288

Auschwitz
Das Kreuz der Prozesse
„Ende unserer Welt"
Arthur Miller zum Auschwitz-Prozeß S. 298

William Warbey, M. P.
Vietnam: Krieg ohne Ende? S. 305

Prof. Dr. Vittorio de Caprariis, Rom
Historische Perspektiven der Entwicklung in Italien S. 311

Dr. Emil Hoffmann
Interzonenhandel in der Wandlung S. 317

Aus der Wirtschaft S. 323

Fernsehspalte
Proportionen der Demagogie S. 325

Rudolf Rolfs
Was ich noch sagen wollte ... S. 326

Bücher
Bilanz der mächtigen Kirchen
Eugen Diesel
Neuerscheinungen S. 327

Dokumente zum Zeitgeschehen
Adresse des UN-Generalsekretärs an die Welthandelskonferenz
Wortlaut eines Briefes an Prof. Erhard
Göttinger Studenten an Bürgermeister Brandt
Die Ostermärsche 1964
„Wollt ihr den ‚Totalen Krieg'?" S. 332

Blätter für deutsche und internationale Politik

HERAUSGEBER:
Hilde Bentele
Franz Beyer
Hermann Etzel
Gerhard Gollwitzer
Manfred Pahl-Rugenstein
Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder
Robert Scholl
Karl Graf von Westphalen

IX. Jahrgang **April 1964** **Heft 4**

Chronik des Monats März 1964

1. 3. — Rumänien. Unter Führung Ministerpräsident Maurers tritt eine Delegation die Reise nach Peking an, um Gespräche über politische und ideologische Fragen zu führen. Auf der Rückreise machen die rumänischen Politiker am 14. 3. in Moskau Station und werden von Ministerpräsident Chrustschow empfangen.

3. 3. — Belgien. Das Außenministerium gibt bekannt, die Regierung werde sich an den vorgesehenen Übungen des amerikanischen Zerstörers „Biddle" zur Vorbereitung der nuklearen Atomstreitmacht nicht beteiligen und keine Kontingente für die „gemischte Mannschaft" stellen.

— Skandinavien. Der finnische Staatspräsident Kekkonen erklärt anläßlich eines Besuches in Warschau, die vier Staaten Nordeuropas (Dänemark, Norwegen, Schweden und Finnland) seien schon heute eine Region ohne Kernwaffen. Diesen Zustand vertraglich zu garantieren, sei das Ziel seines Planes.

4. 3. — Zypern. Einstimmig beschließt der Sicherheitsrat auf Empfehlung von fünf nichtständigen Mitgliedern die Übernahme eines Mandates der Vereinten Nationen auf der Mittelmeerinsel, um die Kämpfe zwischen dem griechischen und dem türkischen Bevölkerungsteil zu beenden und die Unabhängigkeit und Neutralität des Landes zu sichern. Generalsekretär U Thant erhält den Auftrag, ein internationales Truppenkontingent bereitzustellen. Den britisch-amerikanischen Plan zur Entsendung von Streitkräften der NATO-Staaten nach Zypern hatte Präsident Makarios scharf zurückgewiesen. — Am 25. 5. ernennt U Thant den finnischen Diplomaten Tuomioja zum Vermittler in der Zypern-Frage.

— Redaktionsdurchsuchung. Kriminalbeamte dringen in die Redaktions- und Verlagsräume der Zeitschrift „D-Mark" ein und vollstrecken eine Durchsuchungsanordnung vom 24. Februar. Polizei und Justiz begründen ihre Aktion, die sich auch auf die Buchhaltungsunterlagen der Zeitschrift erstreckt, mit einem Artikel über Bauschwindeleien in der Nähe von Stuttgart. Verleger Schweitzer protestiert gegen den „schweren Eingriff" in die Pressefreiheit und erinnert an die Vorgänge um das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel".

5. 3. — Polen. In Warschau wird das Memorandum vom 29. Februar mit Vorschlägen über ein „Einfrieren der nuklearen und thermonuklearen Rüstungen in Mitteleuropa" veröffentlicht. Der polnische Außenminister betont auf einer Pressekonferenz die weitere Gültigkeit des Rapacki-Planes zur Errichtung einer kernwaffenfreien Zone. US-Staatssekretär Rusk sagt eine „sorgfältige Prüfung" der neuen Anregungen durch das State Department zu. (Vgl. „Der Gomulka-Plan")

— *Koalitionskrise. An der Debatte um das Kindergeldgesetz entzündet sich in Bonn eine Krise zwischen den Parteien der Regierungskoalition. Die FDP stimmt zunächst dem Standpunk der Sozialdemokraten zu, macht ihren Beschluß aber später wieder rückgängig. Bonner Beobachter berichten über tiefgehende Meinungsverschiedenheiten zwischen FDP und CDU/CSU auf verschiedenen Gebieten der Regierungspolitik, die auch nach Annahme des Kindergeldgesetzes in der vom Kabinett gewünschten Fassung nicht beigelegt worden seien.*

— *EWG. Der belgische Außenminister Spaak wendet sich im Verlaufe einer Senatsdebatte gegen eine Mitgliedschaft Spaniens in den europäischen Institutionen.*

6 3. — Griechenland. Die Regentschaft des verstorbenen Königs Paul I. übernimmt dessen Sohn als König Konstantin.

— *Ostpolitik. Staatssekretär Lahr vom Auswärtigen Amt und ein Vertreter des bulgarischen Außenhandelsministeriums unterzeichnen ein langfristiges Abkommen, das ähnlich früheren Vereinbarungen mit Polen, Rumänien und Ungarn einen Austausch von Handelsvertretungen zwischen beiden Ländern vorsieht. In Regierungskreisen heißt es aus diesem Anlaß, Verhandlungen mit der Tschechoslowakei ständen bevor. — Am 17. 3. wird der Leiter der Wirtschaftsabteilung bei der Botschaft der Bundesrepublik in Moskau, Heinz Naupert, zur persona non grata erklärt.*

7. 3. — Deutschlandfrage. Heftige Kritik an der Politik der Bundesregierung enthält eine von der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS verbreitete Erklärung. Der Kreml weist darin den Anspruch der Bundesrepublik zurück, für ganz Deutschland zu sprechen und bezeichnet Verhandlungen zwischen beiden deutschen Staaten als dringend notwendig und wünschenswert. Mit der Errichtung von Handelsvertretungen in osteuropäischen Hauptstädten habe Bonn die Hallstein-Doktrin selbst nicht eingehalten. — Am 11. 3. sucht Sowjetbotschafter Smirnow unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Moskau den Bundeskanzler auf und überreicht ein Schriftstück seiner Regierung. — Am 22. 3. wendet sich Bundeskanzler Erhard vor dem Kongreß „Ostdeutscher Landesvertretungen" gegen eine Anerkennung der derzeitigen deutschen Grenzen, insbesondere im Hinblick auf die früheren deutschen Ostgebiete. (Vgl. „Die Lage".)

8 3. — Sansibar. Auf einer Massenversammlung verliest Präsident Karume eine „Deklaration von Sansibar". Das darin enthaltene Programm sieht die Verstaatlichung allen Grund und Bodens und die Sicherung der Vollbeschäftigung noch im Laufe dieses Jahres vor.

9 3. — NS-Verbrechen. Die Regierung der DDR fordert in einer Erklärung die Bundesregierung auf, die Verjährungsfrist für Kriegsverbrechen während des Dritten Reiches über den 8. Mai 1965 hinaus zu verlängern.

10. 3. — USA. Die republikanischen Primärwahlen in New Hamshire, die der Vorbereitung zur Nominierung eines Präsidentschaftskandidaten dienen, ergeben eine Stimmenmehrheit für Henry Cabot Lodge, den derzeitigen US-Botschafter in Süd-Vietnam. Der rechtsextreme Senator Goldwater, der neben dem Gouverneur von New York, Rockefeller, zu den unterlegenen Kandidaten gehört, befürwortet in einem Interview die Rückkehr zu der von John Foster Dulles vertretenen „Politik am Rande des Krieges". — Am 25. 3. greift der Vorsitzende des außenpolitischen Senatsausschusses, Fulbright, die „überholten Mythen" der amerikanischen Außenpolitik an, die sich endlich auf die „neuen Realitäten" einrichten müsse. Zu diesen Realitäten gehöre, daß es „tatsächlich nicht ‚zwei China', sondern nur eins — Festlandchina", gebe, das von Kommunisten regiert werde. Den Zusammenbruch der kubanischen Revolution in unmittelbarer Zukunft zu erwarten, sei ebenfalls ein Mythos. Der Senator spricht sich ferner für die Revision des Panama-Kanal-Vertrages aus.

— *Luftzwischenfall. Über dem Luftraum der DDR und 70 km von der Grenze zur Bundesrepublik entfernt wird ein amerikanisches Militärflugzeug durch sowjetische Jäger abgeschossen. In einer Sowjetnote heißt es, die Maschine habe fotografische Ausrüstungen zu Spionagezwecken an Bord gehabt. Die Freilassung der drei Besatzungsmitglieder, die sich durch Fallschirmabsprung retten konnten, erfolgt am 21. 3. bzw. 27. 3., nachdem Präsident John-*

son Maßnahmen gegen weitere Zwischenfälle dieser Art angeordnet hatte. Das amerikanische Hauptquartier verfügt die Erweiterung der Radarzone entlang der innerdeutschen Demarkationslinie.

12. 3. — D D R. Wegen eines Interviews mit dem Hamburger „Echo am Abend" wird Professor Robert Havemann von seiner Vorlesungstätigkeit an der Ostberliner Humboldt-Universität entbunden. Die Parteigruppe der Hochschule beantragt den Ausschluß des Wissenschaftlers aus der SED. Professor Havemann, der einen Forschungsauftrag an der Akademie der Wissenschaften erhält, hatte in einer Vortragsreihe über philosophische Aspekte der Naturwissenschaft mit seinen Thesen über den Begriff der Freiheit im Sozialismus schon vorher den Widerspruch der Parteiführung hervorgerufen.

14. 3. — R u b y - P r o z e ß. Das Geschworenengericht in Dallas (Texas) verhängt gegen den Nachtklubbesitzer Jack Ruby wegen „vorsätzlichen Mordes" an dem des Attentat auf Präsident Kennedy beschuldigten Lee Oswald das Todesurteil. Die Verteidigung Rubys legt Revision ein.

15. 3. — A t o m w a f f e n g e g n e r. An einem „Marche antiatomique" in der belgischen Hauptstadt beteiligen sich etwa 10 000 Personen, darunter eine starke Abordnung der Kriegsdienstverweigerer aus der Bundesrepublik. — Vom 27. bis 30. 3. findet der traditionelle Ostermarsch der Kernwaffengegner statt.

15.—17. 3. — C D U. Für ein Festhalten an der bisherigen Innen- und Außenpolitik plädieren die Hauptsprecher des Parteitages Bundeskanzler Erhard, Dr. Adenauer, Geschäftsführer Dufhues und der amtierende Fraktionsführer Barzel. Der wiedergewählte Parteivorsitzende Dr. Adenauer nennt die Zurückgewinnung der absoluten parlamentarischen Mehrheit der CDU/CSU als wichtigstes Ziel der Bundestagswahlen im Jahre 1965 und richtet Angriffe gegen SPD und FDP.

18. 3. — V e r f a s s u n g s s c h u t z. In einer nichtöffentlichen Sitzung kommt der Untersuchungsausschuß des Bundestages zu dem Schluß, daß die Zusammenarbeit mit den alliierten Sicherheitsdiensten bei der Post- und Telefonüberwachung teilweise ohne Rechtsgrundlage gewesen sei. Nach der Veröffentlichung des Ausschußberichts am 20. 3. fordert der FDP-Abgeordnete Dorn als Berichterstatter personelle Konsequenzen sowohl im Bundesinnenministerium als auch im Verfassungsschutzamt.

19. 3. — N i e d e r l a n d e. Verteidigungsminister de Jong unterbreitet ein Programm zur „drastischen Einschränkung" der militärischen Ausgaben. Vorgesehen ist unter anderem die Abschaffung der territorialen Flugabwehrartillerie, die Verringerung der Kommandotruppen und ein Verzicht auf den Ankauf von Hawk-Luftabwehrraketen.

23. 3. — W e l t h a n d e l s k o n f e r e n z. In Genf wird die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung in Anwesenheit von Delegationen aus 123 Ländern mit einer Ansprache von UN-Generalsekretär U Thant eröffnet. (Vgl. „Berichte und Kommentare" und „Dokumente zum Zeitgeschehen".)

24. 3. — Ö s t e r r e i c h. Volkspartei und Sozialistische Partei einigen sich auf ein Einreiseverbot für Otto von Habsburg und können damit die mehrwöchige Kabinettskrise beenden. (Vgl. S. 269 ff.)

25.—28. 3. — N e u t r a l i t ä t. Ein Vorbereitungsausschuß beschließt in Colombo die Einberufung einer zweiten Gipfelkonferenz der blockfreien Staaten in der ersten Oktoberwoche nach Kairo. Die Einladung ergeht an mehr als 60 Länder Asiens, Afrikas, Lateinamerikas und Europas.

31. 3. — U n g a r n. Der sowjetische Ministerpräsident Chrustschow trifft in Budapest ein. Themen der Gespräche mit Partei- und Regierungschef Kadar sind die internationale Lage, die wissenschaftliche Zusammenarbeit des Ostblocks und vor allem die ideologischen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der kommunistischen Weltbewegung. Am gleichen Tage richtet das Organ der chinesischen KP erneut scharfe Angriffe gegen die Koexistenzpolitik Chrustschows.

— B r a s i l i e n. Im Bundesstaat Minas Gerais kommt es zu einer Militärrevolte gegen Präsident Goulart. Der Vorstand des Gewerkschaftsbundes ruft zum Generalstreik gegen die „faschistische Gefahr" und zur „Rettung der Demokratie" auf.

Berichte und Kommentare

CDU auf dem „Alten-Kurs"

„Die Zukunft gestalten" wollte die Bundes-CDU nach ihrem 12. Parteitag, der vom 14. bis 17. März in Hannover stattfand. Dem kritischen Betrachter drängen sich indessen Zweifel auf, ob das Motto „Die Vergangenheit verlängern" nicht eigentlich weit angemessener gewesen wäre, um Verlauf, eingeschlagene Richtung und anvisierte Ziele der Kanzlerpartei zu charakterisieren.

Selbst der schärfste Kritiker der Bundes-CDU muß freilich einräumen, daß dieser erste Parteitag nach dem Kanzlerwechsel unter einigen ungünstigen Sternen gestanden hat, die dieser oft vom Glück verwöhnten Partei noch viel zu schaffen machen. Die Führungs- und Strukturkrise der westlichen Allianz hat mindestens zwei Fraktionen in der CDU entstehen lassen: „Atlantiker" und „Gaulisten". Der Kampf beider Richtungen führt die Partei aber nicht so sehr zu Besinnung, Klärung und damit Mäßigung (sprich: zu Maßhalten und Entspannung) als vielmehr zur Verschärfung ihres äußeren Anspruchs, ihres Stils und ihres Kurses. Insofern ist es fast müßig zu entscheiden, welcher von den beiden Tendenzen man im Sinne und Interesse konsequenter Entspannungs- und Friedenspolitik den Vorzug geben sollte: da eine Verschärfung und Anspannung der politischen Verhältnisse immer nur zugunsten der Positionen des Kalten Krieges wirken kann, erhalten die jeweils militantesten Vertreter unter den CDU-„Atlantikern" und -„Gaullisten" Auftrieb, solange sie andauert. Die innere Zuspitzung in der CDU hat die Ansätze zu einer Erneuerung, Verjüngung und Demokratisierung ihrer Struktur fast völlig zunichte gemacht; die „Alten" (nicht nur „der" Alte) haben wieder fest die Zügel in den Händen; die sogenannte Parteireform ist zu den Akten gelegt.

Der späte Rücktritt Adenauers vom Kanzleramt mitten in der Legislaturperiode des Bundestages hat die Reformer und vor allem den Mann ihrer Hoffnungen, den Neukanzler Ludwig Erhard, um die ungehemmte Entfaltungsmöglichkeit während einer vollen Amtszeit von vier Jahren gebracht. Es ist ihm schon aufgrund dieser Terminnot gar nicht möglich, eine neue, eigene, mehr dem Wirtschaftlichen und Kulturellen als dem Militärischen und Bündnisstrategischen zugewandte Politik zu entwickeln und — vor allem auch in der CDU selbst — durchzusetzen. Adenauer ist es in der Tat gelungen, seinen ungern akzeptierten Kanzlernachfolger fast unmittelbar in den Wahlkampf und damit in die Abhängigkeit von der alten Linie der CDU zu lotsen. Insofern übt er noch bis 1965 entscheidenden Einfluß auf die Richtlinien der Bundesrepublik aus. Dem um zwei Jahre bestohlenen neuen Regierungschef blieb auch in Hannover nichts übrig, als die offenbar notwendige gute Miene zum bösen Spiel (und Stil) zu machen: als „Erbe Adenauers" blieb er zum Braysein verdammt. Aus der Logik dieser Situation ergab sich die Wiederwahl Adenauers zum Parteivorsitzenden geradezu zwangsläufig.

Nicht nur die Kanzlerschaft Erhards, auch seine Chance, Parteichef der Bundes-CDU zu werden, ist durch den von Adenauer gut plazierten Kanzler-Rücktrittstermin kurz vor dem nächsten Parteitag, auf dem der Vorsitzende neu (oder wieder-) zu wählen war, zur Ineffektivität verurteilt worden. Nach anderthalb- und zweijähriger Amtszeit Erhards im Palais Schaumburg wäre es

dem CDU-Parteitag kaum möglich oder vorstellbar geworden, Erhard nicht zum Parteivorsitzenden zu küren. Eigene Amtserfahrungen, die sich von geschickten Interpreten ja auch immer als Erfolge auslegen lassen, hätten Erhard dazu das nötige Parteigewicht automatisch eingebracht; warum sonst bezeichnet sich die Bundes-CDU denn immer wieder gern als Kanzlerpartei? Wer fest im Kanzlersattel sitzt, hat die Partei; wer die Partei hat, lotst den Kanzlerkurs. (Diese Regel sollte sich die SPD für den Wahlkampf vormerken; Partei hier gleich CDU).

Der Unstern der CDU von Hannover betrifft also nicht nur ihren Kanzlerkandidaten von 1965, sondern sie selbst: ihre Verjüngung, ihre Modernisierung, ihren zügigen Führungswechsel ohne allzuviele retardierende Momente oder gar Perioden. Das heißt letztlich auch, daß er ihre Erfolgsaussichten im guten wie im negativen Sinne schmälert. Im guten Sinne: weil eine Partei, die den Anforderungen eines neuen nationalen und internationalen Zeitabschnitts der Entwicklung auf Entspannung und gegenseitige Annäherung hin nicht zu entsprechen gewillt ist, Erfolg nicht verdient; im negativen: weil eine Partei, die sich wenn auch langsam und in kleinen Schritten, wenn auch nur teilweise und zögernd dem neuen positiven Trend der Weltentwicklung zu nähern begann, in diesen neuen Punkten Erfolge sehen und erzielen lernen sollte.

Darum ist es auch für außerhalb der Bundes-CDU stehende Kritiker und Befürworter konsequenter Entspannungs- und Friedenspolitik sehr schmerzlich, daß in Hannover Barzel und Strauß, nicht aber Gerstenmaier und Schröder den Ton angaben; Schröder kam nicht einmal zu Wort. Darum war von Erhard kaum etwas anderes zu erwarten als der Rückfall in die primitiven und gefährlichen Parolen unrealistischer und revisionistischer Ostpolitik; darum waren alle struktur- und kulturpolitischen Initiativen aus den unteren (und zum Teil auch oberen) Rängen der CDU letzlich zum Scheitern verurteilt: alle Eingangsstellen — vorhandene und potentielle — für Neues, Zukunftsträchtiges, im positiven Sinne Wandlungsfähiges und Modernes sollten und mußten abgesperrt werden, damit der Kurs des Alten erhalten blieb. Insbesondere die neuen Perspektiven des katholisch-theologischen Raums gaben der an der Macht gebliebenen alten CDU-Mannschaft Anlaß zu mancher Sorge. Johannes XXIII. war nicht nach Adenauers Wunschbildern orientiert, und Paul VI. ist ebenso zu sehr urban, mondän und der Nächstenliebe teilhaftig, als daß Rückfälligkeit in exklusives Denken und Wirken von ihm zu erwarten wäre. So nimmt es nicht wunder, daß Dufhues einen Zustimmungsschwund für die CDU aus dem katholischen Bereich konstatieren mußte, während ihm der aus der Auflösung der Deutschen Partei erwachsene Zustrom aus protestantischen Kreisen wegen seiner absehbaren Begrenztheit nur wenig Tröstung schaffen kann. Welche Wege bieten sich nun der Bundes-CDU nach den Tagen von Hannover, und wie sind sie zu beurteilen?

Zunächst scheint sie auf den kurzen, alten und billig-bequemen Weg verwiesen: Spannung nach außen und innen; Sowjetunion und DDR als äußere, SPD und eigenwillige FDP-Leute als innere Prügelknaben. Man versucht in der CDU, nach diesem Rezept die alten Erfolgsszenen aus den Jahren des Kalten Krieges zurückzubeschwören. Wenn nicht ein von weltpolitischer Seite kommender deus ex machina zu Hilfe kommt (wie seinerzeit Korea und Ungarn/Suez), dürfte dieser Trick kaum gelingen. Aber besteht nicht Gefahr, Versuchung oder Möglichkeit, selber dieser störende, spannungschaffende deus ex machina zu werden? In Gestalt eines dominierenden Partners der französisch-atomaren force de frappe? Schon die Tatsache, daß diese in ganz Europa Sorge auslösenden Fragen nicht eindeutig verneint werden können, si-

gnalisiert den — diesmal wirklichen — Ernst der durch den Parteitag von Hannover bezeichneten Lage.

Wie wäre den Kräften in der Bundes-CDU zu helfen, die den längeren, mühsameren, aber verheißungsvolleren Weg der Modernisierung, Erneuerung und Entspannung nach innen und außen zu whlen und zu gehen bereit sind? Den Reformern, denen eine innere Demokratisierung der CDU als die richtige Antwort auf den verfehlten Versuch der Notstandsplanung und Verfassungseinschränkung („etwas außerhalb der Legalität") vorschwebt; denen die allmähliche und in kleinen Schritten erfolgende Respektierung der politischen Realitäten als die praktisch-christliche, weil menschlich hilfreiche Alternative zur jetzigen Taktik systematischen Blockierens und Verhinderns des menschlich Möglichen und Notwendigen dringlich und geboten ist.

Diese Frage richtet sich nicht zuletzt an Führung und Mitgliedschaft der SPD. Anpassung an den Rückfall-Kurs der CDU wäre der Weg der endgültigen politischen Abdankung und damit des Verlustes jeder sozialpolitischen Reform-Chance. Willy Brandt und seine Mannschaften in Bonn und West-Berlin sind gut daran, wenn sie sich den Wahlkampf nicht im Sinne des von Adenauer gewünschten und vorläufig in der CDU durchgesetzten Verschärfungskurses aufzwingen lassen, wodurch sie durch noch größere Schärfe im Kalten Krieg nach innen und außen sich hervorzutun gezwungen wären: sie sollten vielmehr ihr Erfolgsprogramm durch die Fortsetzung der Kennedy-Linie (Stabilisierung und Fortschritt durch Entspannung und Verhandeln) verwirklichen und zunächst vom exemplarischen Berliner Boden aus mit neuen Entspannungsregelungen zur Erleichterung der millionenfachen individuellen menschlichen Situation die politische Initiative ergreifen und dauerhaft an sich zu binden versuchen. Nur dann können sie die Chance gewinnen, entscheidend auf die Kanzlerpartei einzuwirken, deren noch möglichen Umbildungsprozeß zu fördern und den als späteren CDU-Vorsitzenden zu erwartenden Ludwig Erhard aus seiner reaktionären Umklammerung zu erlösen. Dies sind notwendige Voraussetzungen einer wirklichen Führungs- oder wenigstens Mitbestimmungsrolle der SPD, deren angemessene Würdigung ein gutes Auswertungsergebnis des CDU-Parteitages von Hannover wäre.

Auch dem Bundeswahlvolk ist die gute und genaue Beachtung und Beurteilung der CDU anzuempfehlen; eine reaktionär und entspannungsfeindlich radikalisierte CDU in der Regierungsverantwortung wäre eine nationale und internationale Katastrophe. Es kommt also darauf an, die Bundes-CDU, die in den letzten 15 Jahren so schicksalhaft einflußreich gewesen ist, durch Unterstützung der aufgeschlosseneren und elastischeren CDU-Politiker auf den richtigen Weg zu bringen; der Trost, der in der Erwartung einer Wahlniederlage der CDU liegen kann, sollte nicht zu hoch eingeschätzt werden: auch eine Oppositionspartei, die machtgewohnt und radikalisiert ist, kann viel Schaden stiften. Der Weg der inneren Wandlung ist darum sicher dem der schließlich doch von Zufällen abhängigen äußeren Überwältigung vorzuziehen, die nur selten eine wirkliche Bewältigung akuter Probleme und Aufgaben nach sich zieht.

Vielleicht ist es für alle Parteien und Wähler von 1965 gut, daß die Verlängerer des Vergangenen in der CDU ihre Katze so frühzeitig vor dem Wahltag aus dem Sack ihrer Planungen und Wahlgeschenke entlassen haben: so haben sie Zeit und sicher gute Gelegenheiten, verheißungsvolle und zukunftsträchtige Lehren aus dem Parteitag von Hannover zu ziehen.

Klaus Ehrler

Die Aufgaben der Welthandelskonferenz

Von dem französischen Landwirtschaftsminister Pisani stammt das Wort, daß es bei den gegenwärtigen Usancen im Welthandel die armen Länder seien, die die reichen subventionieren — nicht etwa umgekehrt; seien sie doch gezwungen, ihre Landesprodukte immer billiger zu verkaufen und ihre Importe immer teurer zu bezahlen. Lassen wir dahingestellt, was den Minister eines Landes, das nicht geringen Gewinn aus derartigen Handelsbeziehungen zieht, zu dieser bemerkenswert offenen Äußerung veranlaßt haben mag: auf keinen Fall wird man bestreiten können, daß Pisani damit ins Schwarze trifft.

Es ist eine Tatsache, daß die ökonomisch wenig gefestigten Staaten in Afrika und Asien, aber auch in Südamerika unter einem seit Jahren anhaltenden Verfall der Rohstoffpreise zu leiden haben, daß sie gezwungen sind, ihre Landesprodukte den devisenstarken Industriestaaten zu Schleuderpreisen zu verkaufen, andererseits aber steigende Preise für die industriellen Erzeugnisse dieser Länder zu zahlen, auf die sie mit Rücksicht auf den Aufbau einer eigenen Industrie nicht verzichten können. Diese Diskrepanz zwischen dem Erlös der Ausfuhren und den Aufwendungen für notwendige Einfuhren hat für eine ganze Reihe von wirtschaftlich schwach entwickelten Staaten katastrophale Ausmaße angenommen. Die Finanzen dieser Länder sind zerrüttet, die Entwicklung neuer Produktionskapazitäten stagniert. Die zu mehr oder minder günstigen Bedingungen aufgenommenen Entwicklungskredite erfüllten oft weder die Erwartungen der Gläubiger noch die der Schuldner: die passive Handelsbilanz verschlang einen großen Teil der Kapitalzuwendungen, sie führten zudem zu einer wachsenden Verschuldung der Entwicklungsländer. Am deutlichsten äußern sich diese ökonomischen Mißstände in der Stagnation des Lebensstandards in der Mehrzahl dieser Staaten. Nach wie vor fehlen die Mittel zur zielstrebigen Bekämpfung von Armut und Krankheit. Die der aus der Kolonialzeit überkommenen Monokultur verhafteten Staaten sind den Schwankungen der Weltmarktpreise so schutzlos ausgeliefert, daß vorausschauende Wirtschaftsplanung als illusionistisch erscheint. Kurz gesagt: die gegenwärtig gültigen Bedingungen des Welthandels machen es ihnen überaus schwer oder gar unmöglich, der errungenen politischen Selbständigkeit auch die ökonomische Unabhängigkeit folgen, die eine durch die andere absichern zu lassen.

Das ist die Situation, zu deren Überwindung die am 23. März im Genfer Palais des Nations eröffnete Welthandelskonferenz von der Organisation der Vereinten Nationen einberufen wurde. UN-Generalsekretär U Thant, der sich um das Zustandekommen und die Vorbereitung der Konferenz sehr verdient gemacht hat, machte in seiner Eröffnungsansprache deutlich, daß die Lösung der ökonomischen Probleme der Entwicklungsländer durchaus auch im Interesse der reichen Staaten liege: Südamerikaner, Afrikaner und Asiaten seien nicht bereit, die eigene Misere stillschweigend hinzunehmen, soziale Spannungen könnten in politische Erschütterungen münden, wenn nicht auf der Basis internationaler Kooperation eine systematische Verbesserung des Lebensstandards in diesen Staaten erreicht werde. U Thant mahnte die Konferenz, nicht zu einer „Übung in politischen Belanglosigkeiten oder ein abstraktes ökonomisches Seminar" zu werden. (Den Wortlaut der Rede U Thants finden Sie in der Rubrik „Dokumente zum Zeitgeschehen".)

Es wird sich im Genfer Konferenzsaal niemand finden, der diesem Imperativ des UN-Generalsekretärs widerspräche. Jeder der teilnehmenden Staaten — es sind nicht weniger als 122, die rund 1500 Delegierte geschickt haben — versichert seine Bereitschaft, der Konferenz zu einem positiven Ergebnis zu verhel-

fen. Dennoch erscheint eine optimistische Beurteilung der Erfolgschancen der Welthandelskonferenz vorerst noch sehr gewagt. Diese Skepsis hat vor allem diesen einen Grund: die Entwicklungsländer sind in einer Einheitsfront angetreten, um die bislang gültigen Normen des Warenaustausches mit den Industriestaaten des Westens, die ihre wichtigsten Abnehmer sind, durch andere zu ersetzen. Diese Normen wurden im Jahre 1947 auf der Wirtschaftskonferenz von Havanna in dem „Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen" (GATT) festgelegt, einer eindeutig exklusiven Vereinbarung kapitalistischer Industriestaaten, die ihren Charakter nicht dadurch verändert hat, daß ihr im Laufe der letzten 16 Jahre 35 Entwicklungsländer beigetreten sind. Am GATT aber wollen die hochindustrialisierten Länder des Westens unter allen Umständen festhalten. Sie sind nicht bereit — so wurde mit besonderer Schärfe in Washington erklärt —, an seine Stelle eine andere Organisationsform des Welthandels treten zu lassen. Eben diese Forderung aber erheben die Entwicklungsländer, die mit voller Berechtigung in den GATT-Bestimmungen eine handelspolitische Benachteiligung sehen, die das Prinzip der Gegenseitigkeit im Handel nicht gelten lassen können, weil sie ja einfach noch nicht den Standard der Industrieländer erreicht haben. Sie halten es für ihr legitimes Recht, einseitige Handelsvorteile für sich zu fordern, damit sie — in einem selbst dann noch langwierigen, mühsamen Prozeß — den Vorsprung der Reichen ausgleichen und in ihrer wirtschaftlichen Potenz gleichziehen können. Die historische Rechtfertigung dieser im Westen mit Unverständnis aufgenommenen Forderung leiten sie aus der wohl unbestreitbaren Tatsache ab, daß ihre gegenwärtige wirtschaftliche Schwäche, ihre undifferenzierte ökonomische Struktur und die noch vergleichsweise geringen Kenntnisse und Fähigkeiten ihrer Bevölkerung das Resultat einer auf rigorose Ausbeutung der natürlichen Reichtümer gerichteten Kolonialherrschaft sind. Dafür fordern sie Wiedergutmachung. Und es unterstreicht ihren Willen zur Eigenständigkeit und ihren Sinn für politische Realitäten, daß sie diese Unterstützung nicht in erster Linie in der Vergabe letzlich doch verpflichtender Kredite, sondern in der Gewährung besserer Handelsbedingungen sehen, die ihnen die selbständige Erzielung eines volkswirtschaftlichen Gewinns ermöglichen soll. „Aid by trade" ist ihre Parole.

Im Westen beobachtet man mit unverhüllter Besorgnis, mit welcher Entschlossenheit die Entwicklungsländer ihre Forderungen nach einer tiefgreifenden Reform der Welthandelspolitik, deren innere Logik man sich nicht eingestehen will, durchzusetzen versuchen. Kein Zweifel auch, daß diese Staaten mit hochgesteckten Erwartungen in die Genfer Konferenz gegangen sind. Allein die Tatsache, daß auf ihre Initiative diese beispiellose Mammutkonferenz zustandegekommen ist, an der sie neben dem kapitalistischen und dem sozialistischen Block als gleichberechtigte dritte Kraft teilnehmen, ja sogar zahlenmäßig in der eindeutigen Majorität sind, erfüllt sie mit Selbstbewußtsein und kräftigt ihren Optimismus im Hinblick auf weitere Erfolge. Daraus mag man ersehen, welche verheerenden Folgen ein Fehlschlag der Konferenz für den Westen haben müßte. Dennoch überwiegen in den maßgebenden Wirtschaftsblättern der USA und Europas jene Auffassungen, die eine unbeugsame Ablehnung aller auf eine Revision des GATT hinzielenden Forderungen empfehlen. Diese Forderungen sind:

- Stabilisierung der Rohstoffpreise auf einem Niveau, dessen Höhe dem produzierenden Land einen angemessenen Gewinn verspricht. Damit will man auch den Zustrom fremden Kapitals wiederbeleben, der in letzter Zeit wegen der gesunkenen Gewinnerwartung zurückgegangen ist. Die Industriestaaten sollen diese Mindestpreise garan-

tieren und sich zur Abnahme vertraglich zu vereinbarender Mindestkontingente verpflichten.

● Zur Förderung des Exports eigener Industrieerzeugnisse verlangen sie die Aufhebung oder doch Senkung von Einfuhrzöllen und -kontingenten, erheben jedoch Anspruch auf einen Zollschutz für die eigene junge Industrie.

● Die Entwicklungsländer fordern insbesondere die Aufhebung der agrarischen Schutzzölle der Industriestaaten, die den Absatz ihrer Landesprodukte außerordentlich erschweren. In der Tat handelt es sich hier um ein von protektionistischen Schranken besonders verunstaltetes Gebiet; und es ist auch kein Geheimnis, daß sich diese Forderung vor allem an die Adresse der EWG richtet.

● Parallel mit der Verwirklichung dieser Handelserleichterungen soll eine Umgestaltung der internationalen Finanzinstitute erfolgen, die die Vergabe von Krediten unter der Kontrolle der Vereinten Nationen vorzunehmen haben, um so die Koppelung mit politischen Konditionen auszuschalten.

Es versteht sich von selbst, daß sich handelspolitische Reformen dieser Tragweite nur realisieren lassen, wenn es auf internationaler Ebene zu einer geplanten wirtschaftlichen Zusammenarbeit kommt. UN-Generalsekretär U Thant sprach in seiner Eröffnungsrede in diesem Zusammenhang von der Notwendigkeit einer „neuen internationalen Arbeitsteilung, einer internationalen Wirtschafts- und Handelsplanung". Die an einem Fehlschlag der Genfer Wirtschaftskonferenz interessierten Kreise des Westens haben diesen Ruf nach einer verläßlichen Perspektivplanung, der von allen Entwicklugsländern erhoben wird, zum Anlaß genommen, alle in diese Richtung gehenden Bestrebungen prinzipiell abzulehnen. Obwohl natürlich auch sie wissen, daß mit den in der Praxis ohnehin tausendfach durchbrochenen Grundsätzen des „freien Handels" der wirtschaftliche Aufstieg der am Weltmarkt noch gar nicht konkurrenzfähigen Länder nicht erreicht werden kann, konzentrieren sie ihren Widerstand auf die Forderung nach Planung, offenbar in der Erkenntnis, daß das der neuralgische Punkt aller Bestrebungen um eine Änderung der Organisation des Welthandels ist. Verhindern sie die Annahme und Anwendung eines wirtschaftspolitischen Instrumentariums, das dem Handel zwischen Industrie- und Entwicklungsländern eine planmäßige Aufwärtstendenz zu verleihen vermag, dann bleiben auch ihre bislang für sie selbst so vorteilhaften Handelsnormen gültig. Sie könnten sich dann mit relativ unbedeutenden Konzessionen aus der Schlinge der Welthandelskonferenz ziehen, fest darauf vertrauend, daß sie temporäre Nachteile im Verlaufe der „freien, nichtdirigistischen" Handelsbeziehungen mit den Rohstofflieferanten schon wieder wettmachen werden.

Spekulationen dieser Art übersehen jedoch, daß diese liberalistisch verbrämte Propaganda für den angeblich freien Markt bei denen nicht verfängt, deren nationaler Lebensstandard weit unter dem Existenzminimum stagniert, obwohl oder gerade weil sie handelspolitisch vor allem auf den kapitalistischen freien Markt angewiesen sind. Der Generalsekretär der Welthandelskonferenz und langjährige Leiter der UNO-Wirtchaftskommission für Lateinamerika, der argentinische Professor Raoul Prebisch, hat in letzter Zeit auf einer Reihe internationaler Vorbereitungstagungen der Entwicklungsländer für Genf bestätigt, daß die Länder mit Planwirtschaft für die aufstrebenden Nationen zuverlässigere Wirtschaftspartner als die privatwirtschaftlich orientierten Nationen seien. Man weiß auch, daß eine Reihe junger Staaten sich die Grundsätze sozialistischer Planwirtschaft zum Vorbild für den Aufbau der eigenen Wirtschaft genommen hat, was ja auch der soziologischen Struktur der einheimischen Bevölkerung weit eher entspricht als etwa frühkapitalistische Gesellschaftsschemata. Es ist

also sehr wohl möglich, daß der Westen sich gerade mit der starren Ablehnung jeder wirksamen Wirtschafts- und Handelsplanung im Weltmaßstab jene politische Niederlage im Ringen um die blockfreien Nationen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas einhandelt, die er abzuwenden hofft. Er kann jedenfalls nicht übersehen, daß Moskau und die in Genf vertretenen Mitglieder des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe mit den Entwicklungsländern in der Forderung harmonieren, an die Stelle der den Warenaustausch der Industriestaaten des Westens einseitig begünstigenden GATT-, EWG- und EFTA-Bestimmungen eine neue Organisationsform des weltweiten Handels zu setzen.

Anfang Mai werden — ebenfalls in Genf — die Zollverhandlungen des GATT (die sogenannte Kennedy-Runde) beginnen. Gewiß werden auf dieser Tagung die heftigen internen Meinungsverschiedenheiten zwischen den USA auf der einen und den EWG-Staaten auf der anderen Seite im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen stehen. Zweifellos aber wird man im Verlaufe dieser GATT-Konferenz, deren Dauer auf eineinhalb bis zwei Jahre geschätzt wird, auch über die handelspolitischen Forderungen der Entwicklungsländer zu sprechen haben. Bereits jetzt wurde bekannt, daß sich das GATT-Sekretariat mit Plänen befaßt, die — sollten sie offiziell verfolgt werden — den energischsten Widerstand der um Entwicklungshilfe nachsuchenden Länder provozieren müssen: nach einem Bericht im Handelsteil der „Süddeutschen Zeitung" vom 30. März 1964 wird das kreditgebende GATT-Mitglied auf ein größeres Mitspracherecht bei der Verwendung der Anleihen drängen; es ist von einer besseren Abstimmung in der Zusammenarbeit zwischen GATT, den internationalen Kreditinstituten und den einzelnen Regierungen die Rede, was notwendigerweise die politische Vorprüfung der „Kreditwürdigkeit" des jeweiligen Entwicklungslandes betrifft. Schließlich wird gar berichtet, GATT wolle dahin wirken, daß „in den Entwicklungsländern die Grundsätze des Privateigentums rechtlich verankert werden". Kein selbständiger Staat wird sich einen solchen beispiellosen Eingriff in seine innere Ordnung gefallen lassen. Pläne dieser Art sind jedoch, unabhängig von ihren Realisierungschancen, ein untrüglicher Beweis dafür, in welchem Maße die politische Planung und Aktion westlicher Industriestaaten gegenüber den jungen Nationalstaaten in Asien und Afrika von Kategorien kolonialer Herrschaftspolitik noch immer bestimmt wird. Solange deren Überwindung nicht glaubwürdig demonstriert werden kann, wird es kein vertrauensvolles Verhältnis zwischen dem Westen und den Entwicklungsländern geben.

Die Welthandelskonferenz in Genf soll voraussichtlich Mitte Juni abgeschlossen werden. Niemand wird annehmen wollen, daß bis dahin verbindliche Beschlüsse in Richtung auf eine Neuorientierung der Handelspolitik gefaßt werden. Diese Konferenz in Genf wird, wie auch ihr Generalsekretär, Prof. Raoul Prebisch, erklärte, nur die erste Etappe eines wahrscheinlich Jahre währenden Ringens um eine echte Chancengleichheit der Entwicklungsländer auf dem Weltmarkt sein. Die Entscheidung über Erfolg oder Fehlschlag fällt nicht in wenigen Wochen. Auch vermögen partielle Fortschritte oder Rückschläge nichts daran zu ändern, daß die Fragen, die hier in Genf erstmalig vor dem Forum der Welt zur Diskussion gestellt werden, gelöst werden müssen: Die Armen wollen einen Weg finden, der in ein gesichertes, menschenwürdiges Dasein führt. Dieses existentielle Streben steht für sie im Vordergrund, nicht die Frage des politischen Engagements. Die kapitalistischen und die sozialistischen Industriestaaten haben die Pflicht, ihnen bei ihrem Aufstieg zu helfen. Wer dabei versagt oder seine Unterstützung verweigert, wird eines Tages selbst der Verlierer sein.

H. H.

Österreichs neuer Kanzler

Mutwillig und zur Unzeit heraufbeschworen, so erscheint heute schon vielen Anhängern der Österreichischen Volkspartei die brüske Verabschiedung Alfons Gorbachs und seiner Minister durch die „Parteispitze", d. h. den „Reformflügel", und seine Ersetzung als Bundeskanzler durch den Parteiobmann Josef Klaus. Selbst die Anhänger dieses Mannes, die in der ÖVP eine Minderheit darstellen und wohl hauptsächlich in der Industrie, im Handel und in jüngeren Jahrgängen mit noch mangelhafter demokratischer Erziehung zu finden sind, fragen sich, wozu sie „die Krot gefressen haben" (Linzer Tagblatt, 28. 2.) Noch schwerer zu verdauen ist diese in mancher Hinsicht „halbe" Regierungsumbildung — denn die SPÖ-Minister blieben im Amt! — für die große Mehrheit der VP, der man über die Wiener Intrigen und ihren Erfolg nicht das geringste mitteilte, und für die übrige Bevölkerung Österreichs. Ohne Zweifel kamen damit nicht nur „latent schon lange vorhandene ... persönliche Spannungen" (Furche, 29. 2.) zum Ausbruch, sondern Klaus bedeutet Gorbach gegenüber einen ideologischen Kurswechsel!

Dies zeigt sich u. a. in dem von Klaus und Anhang gegen Gorbach samt Mitarbeitern erhobenen Vorwurf, sie führten „den ihnen erteilten politischen Auftrag in der Regierung lässig, kraftlos und ideenlos aus". (Aus der durch die SP veröffentlichten, von der VP unterdrückten Abschiedsrede Gorbachs in der VP-Leitung am 24. 2.) „Diesen Vorwurf", sagte Gorbach weiter, „weise ich entschieden zurück."

„Zwei der besten Köpfe und Fachleute der VP, Drimmel und Hartmann, müssen künftig abseits stehen. Kann es sich die VP leisten, gerade auf sie zu verzichten?" fragen die Oberösterr. Nachrichten (25. 2.). Die gleiche Zeitung verrät auch etwas über die geheimen Ursachen der Ausbootung: „Withalm, der ‚Drahtzieher hinter den Kulissen', will mit der SP auf der ‚Basis der Stärke' verhandeln." Ein künftiges Kabinett Klaus gelte aber als problematisch, „weil es nicht gelungen ist, Withalm ein Regierungsamt zu übertragen".

Herrmann Withalm, der Generalsekretär der Partei, gilt als das „harte Gewissen" des Josef Klaus (Süddeutsche Zeitung, 27. 2.).

Daraus kann man schließen, daß Klaus und Withalm mit ihrem zahlenmäßig geringen Anhang ursprünglich gemeint hatten, ihre Umgruppierung durchführen zu können, ohne den Koalitions- und Regierungspartner zu fragen. Pittermann, der SP-Vizekanzler, verlangte hingegen die Aufnahme — und vorherige Klärung — einiger heikler Punkte in die gemeinsame Regierungserklärung: Bekräftigung des Neutralitätsstatus, Herabsetzung der Militärdienstzeit, gemeinsame vorsichtige Gangart bei Annäherung an die EWG, und schließlich die Habsburg-Frage. In den österreichischen Blättern wurde die Frage aufgeworfen, ob es sich dabei um ein reines Erpressungs- und Lizitationsmanöver der SP-Leitung handele, oder ob diese dafür konkrete Gründe gehabt habe.

Dadurch kommt man zur Frage: Wer ist Klaus, und was ist von seinem neuen Regierungsteam zu erwarten? „Die Welt" (26. 2.) weist darauf hin, daß Klaus etwa Anfang Februar von Adenauer empfangen wurde und dann eine lange Aussprache mit seinem Duzfreund Franz Meyers in Düsseldorf hatte. Vorher hatte er eine Besprechung mit EWG-Präsident Hallstein in Brüssel. „In christlichen konservativen Kreisen Westeuropas ist Klaus bestens bekannt, was seine politischen Gegner gelegentlich gehörig gegen ihn ausgeschrotet haben, da auch Otto Habsburg zu diesem Reigen gehört."

Dazu sei bemerkt, daß Klaus Vizepräsident des CEDI (Europäisches Informationszentrum), eines berühmten reaktionären und revisionistischen Propa-

gandainstituts, war und diesen Ehrenposten erst vor einiger Zeit niedergelegt hat, vermutlich, als er sah, daß das innenpolitisch nicht „geht". Präsident des CEDI war und ist Dr. Otto Habsburg . . .

Auch die „Deutsche National- und Soldatenzeitung" verspricht sich allerhand von Klaus. Unter dem Titel „Wendepunkt für Österreich — Hoffnung auf Österreich?" sagt sie u. a. voraus, Klaus werde „nach Standort und Herkunft eine Politik betreiben, die in der Richtung auf das Existenzminimum an (deutsch-!) nationalem Anstand wieder einige Schritte nach vorn macht". Der Amtsantritt Klaus' zeige, daß „die Ära der KZ-Gemeinschaften im Ausklingen ist". Klaus wird ferner gefeiert als „ehemaliger Offizier der Wehrmacht, Volkstumsreferent der Deutschen Studentenschaft und Mitglied der Marburger Burse, der auch gewisse Voraussetzungen für das Verständnis der deutschen Frage mitbringt".

Was nun des neuen Kanzlers Regierungsteam anlangt, so wird es, außer von den eigenen Parteiblättern, ziemlich allgemein für eine zweitrangige Verlegenheitslösung gehalten. Keiner der neuen Männer hat schon irgendetwas auf dem Felde der Innenpolitik „getan" oder „geleistet", und daß in Schleinzer ein solches Universalgenie verborgen wäre, daß er nun das Landwirtschaftsministerium mit dem gleichen Geschick leiten könnte wie vorher unter Gorbach das der Landesverteidigung, behaupten nicht einmal seine engsten Freunde und noch viel weniger sein SP-Staatssekretär Rösch. Vom neuen Minister für Landesverteidigung, Prader, erwähnt die „Deutsche National- und Soldatenzeitung" voll Begeisterung, er sei „junger Offizier der deutschen Wehrmacht gewesen und habe in Rußland gekämpft", wogegen man in früheren Jahren in Österreich den Kampf gegen das NS-Regime und für die Freiheit des Landes als Garantie für ein so hohes Amt angesehen hatte.

Andererseits ist die SP am Sieg der Reformergruppe mitschuldig; sie hätte ihn verhindern können. Durch das Spiel mit der Möglichkeit der „Kleinen Koalition" (mit den „Freiheitlichen", die man neuerdings beschönigend „Nationalliberale" nennt) hat die SP die „Rechte" aufgewertet und dadurch indirekt an der Stärkung des „rechten" Flügels der VP mitgeholfen. Leopold Figl (Landeshauptmann von Niederösterreich, Altbundeskanzler) ist ein Mann aus der Gruppe um den verstorbenen Julius Raab und, zusammen mit Drimmel, Hartmann, Gleissner, ein ehrlicher Verfechter der Neutralität. Es war politisch ungeschickt von der SP, Figl so heftig anzuschießen, wie dies durch den SP-Innenminister Olah geschah. Figl wurde dadurch in die Nähe des Reformerflügels gedrängt, mit dem er ideologisch nichts zu tun haben will. Wenn er heute für Loyalität und Verständnis gegenüber dem Koalitionspartner eintritt, können ihm die Reformer entgegenhalten: Denk' doch daran, was der Olah dir in Niederösterreich aufführt!

Statt dessen hätte die SP alles Erdenkliche tun müssen, um die überzeugten Demokraten und Anhänger der Neutralität, die auch zahlenmäßig starke Raab-Gruppe in der VP, zu fördern. Dazu hätten ihr die heftigen Auseinandersetzungen in der VP-Leitung den Fingerzeig geben müssen.

Denn es gibt nach wie vor in der VP starke positive Kräfte, die für die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit des Landes, für die Neutralität, gegen den Ausverkauf an die westdeutsche Industrie eintreten. Drimmel—Gorbach—Hartmann wurden abserviert, aber der Kampf in den Bünden und unteren Parteigremien geht weiter. Wenn der jetzigen Regierung Klaus, wie dies zuweilen prophezeit wird, kein langes Leben beschieden ist, führt dies zu einem neuen Aufflammen der internen Gegensätze zwischen den Cliquen, den Länderparteien, den „Bünden". Dann müssen aber jene Männer, die an die Stelle des so hart und kompromißlos

angetretenen Klaus-Teams nachrücken wollen, ihre Zulassung zu den Ministersesseln mit vielleicht noch substantielleren Zugeständnissen an die SP erkaufen. Oder mit Neuwahlen, was die VP anscheinend vermeiden will. So versteht man den Stoßseufzer von der „gefressenen Krot" noch besser: er drückt die Malaise angesichts einer sehr unsicheren und vielleicht schon vertanen Zukunft aus.

Bisher wurden keine Äußerungen der neuen VP-Regierungsmitglieder bekannt, die man als offene Absage an den Neutralitätsstatus, als uneingeschränkte Zustimmung zum EWG-Anschluß hätte auslegen können. Nach allem bisher Gesagten ist nicht zweifelhaft, warum es solche nicht gibt: man kann in Österreich nicht mehr o f f e n gegen Neutralität und Staatsvertrag arbeiten und reden, weil die Anhänglichkeit an diese Neutralität sehr tief in der Bevölkerung verwurzelt ist. Diese Ziele können nur mehr getarnt und auf Umwegen, durch wirtschaftliche Maßnahmen, die die Allgemeinheit nicht beachtet oder nicht versteht, verfolgt werden.

Geplant war die Auslieferung der österreichischen Elektroindustrie an westdeutsches Kapital. Verhandlungen darüber hatten schon unter Gorbach stattgefunden, waren aber an den erpresserischen Forderungen der Konzerne gescheitert, denen die Regierung ein klares Nein entgegensetzte. Als Gorbach schon abgedankt hatte und nur „mit der Fortführung der Geschäfte beauftragt" war, empfing er noch eine große Anzahl von — teilweise sehr „linken" — Betriebsräten der österreichischen Elektroindustrie und berichtete ihnen über den — vorläufig günstigen — Ausgang der Verhandlungen über den Ausverkauf dieses Industriezweiges. Wenn man den von einem Wiener Kabarettisten geprägten Ausdruck wiederholen will: das ist ein „Hackl ins Kreuz" für den der CDU so sympathischen Herrn Nachfolger!

Als weiteres „Kompromiß der Kompromißlosen" kann gemeldet werden, daß die VP-Spitze nunmehr zugibt, die Rückkehr Dr. Otto Habsburgs sei nicht nur ein juridisches, sondern auch ein politisches Problem! (Sie hat sich allerdings noch nicht dazu aufgeschwungen, zur Kenntnis zu nehmen, daß sie auch eine außenpolitische Frage ist.) Als „Tüpfchen auf dem i" sei noch erwähnt, daß Dr. Otto Habsburg durch seinen Wiener Rechtsanwalt mitteilen ließ, er werde „während der Dauer der Verhandlungen nicht einreisen". Worauf möglicherweise Vizekanzler Dr. Pittermann, der von den neuen Männern der „schwarzen Reichshälfte" so blamabel unterschätzte Lenker des SP-Regierungsteams, die Verhandlungen in Permanenz erklären wird ...

Dr. Friedrich Kollmann, Wien

Neutrales Kambodscha

Wird Kambodscha durch die von Prinz Sihanouk angestrebte Neutralisierung seines Landes eine neue Entwicklung in Südostasien einleiten? Nicht nur die Neutralisierung Kambodschas unter internationaler Kontrolle ist seit Monaten Gegenstand von Besprechungen und Verhandlungen, auch in Vietnam und in Laos werden Gespräche über eine Neutralisierung geführt, wenn bisher auch mehr von den „Verbündeten", denn von den Ländern und Regierungen, die sie betreffen.

Der Staatschef von Kambodscha scheint als erster aus dem Scheitern der Südostasienpolitik der Amerikaner seine Konsequenzen zu ziehen und eine „Neuorientierung" in dem unruhigen Südostasien einzuleiten. Nachdem er Ende des vergangenen Jahres auf wirtschaftliche und militärische Hilfe der Amerikaner verzichtet und Washington durch diesen Schritt schockiert hatte, drängt er jetzt die Vertreter der USA, Großbritanniens, Thailands und Südvietnams zu einer Viererkonferenz, die ihm seine Neutralität garantieren soll.

Er wird in seinen Bestrebungen nach Neutralität unter internationaler Kontrolle von de Gaulle lebhaft unterstützt, und auch die Amerikaner stehen ihm nicht mehr so ablehnend gegenüber wie noch vor einigen Monaten, wenn sie auch versuchen, die Konferenz weiterhin hinauszuschieben. Dagegen zeigt sich Großbritannien den Plänen Sihanouks durchaus aufgeschlossen, ebenfalls Moskau.

Des Prinzen Neutralitätspolitik ist nahezu so alt wie sein junger Staat. Daß er Schwierigkeiten hat, sie zu realisieren, liegt weniger an seinem Konzept als an den Widerständen von außen. Die USA mißtrauen ihm nicht weniger als er ihnen.

Fast aus unmittelbarer Nähe hatte der Prinz im November vorigen Jahres beobachten müssen, wie die Amerikaner das ihnen zunächst genehme, dann ihnen aber nicht mehr behagende Regime von Diem in Saigon stürzten und nicht nur die Politik Diems, sondern auch ihn selbst auf den Scheiterhaufen schickten. Die Furcht, durch die amerikanische Hilfe eines Tages nicht mehr unabhängig handeln und regieren zu können, und das makabre Schauspiel in dem nachbarlichen Saigon gaben vor drei Monaten den letzten Anstoß dazu, daß Sihanouk auf die Hilfe der Amerikaner keinen Wert mehr legte. In Washington hatte der Schritt des Prinzen zunächst mehr Überstürzung denn ernsthafte Überlegungen zur Folge, dennoch ließ das State Department nichts unversucht, um einen radikalen Bruch mit Sihanouk zu vermeiden, der dann auch nicht erfolgte. Sihanouk scheute vor dem letzten Schritt ebenfalls zurück, er reduzierte seine diplomatische Vertretung in Washington auf ein Minimum, das ihm aber doch die Möglichkeit ließ, mit den Amerikanern eventuell erneut zu verhandeln, was denn jetzt auch der Fall ist.

Weder in Washington noch in anderen Hauptstädten des Westens haben sich die anfänglichen Vermutungen, Sihanouk werde sich jetzt ganz Rotchina „verschreiben", bestätigt. Wenn der Prinz auch einer Annäherung an Rotchina nicht abgeneigt ist, so bedeutet das für ihn doch keineswegs eine völlige Absage an den Westen, denn ihm geht es um Neutralität und nicht um den Anschluß an einen der beiden großen Blöcke.

„Nous sommes un petit pays." Das Bewußtsein, nur Herr über ein kleines Land zu sein — Kambodscha hat zwar die Größe Italiens, aber doch nur fünf Millionen Einwohner, was in dem meist überbevölkerten Asien wenig ist — hat den Prinzen, seit die Geschicke Kambodschas in seinen Händen ruhen, dazu bewogen, eine neutrale Politik einzuschlagen und sich aus dem Kalten Krieg herauszuhalten, der Weltpolitik fern zu bleiben. Er verzichtete auch von Anfang an auf eine starke Armee und widmete sich dafür mehr dem wirtschaftlichen Aufbau seines kleinen Landes. Seine Erfolge sind, im Vergleich zu anderen ähnlich strukturierten Ländern mit gleicher Geschichte, nicht unbeachtlich. Die Wirtschaft Kambodschas hat in der Landwirtschaft und in der Kleinindustrie eine solide Basis. Dennoch war und ist der Prinz auf wirtschaftliche Unterstützung angewiesen und nimmt sie auch dankbar entgegen. Da ist Frankreich als d e r Wirtschaftspartner, und da sind die Chinesen, die ihm umfangreiche Hilfe gewähren, und da waren auch die USA, die nicht nur wirtschaftlich, sondern auch militärisch geholfen haben.

Die Unruhe über den Verzicht aller Unterstützung aus den USA war in Washington deshalb so groß, weil man hier annahm, daß China Kambodscha jetzt in noch stärkerem Maße helfen werde und der kommunistische Einfluß sich dadurch in Südostasien verstärken könne. Das aus Überlegung resultierende Neutralitätsbestreben des Prinzen ziemlich außer acht lassend, kamen die Außenpolitiker in Washington zunächst gar nicht auf die Idee, daß auch ein westlicher Partner die Lücke der Vereinigten Staaten ausfüllen könne.

In Frankreich, in General de Gaulle sieht Sihanouk heute einen Partner mit mehr Einfühlungsvermögen und mehr Verständnis für die inneren Verhältnisse seines Landes als in den USA, die glaubten, sie könnten ihn einseitig festlegen. Aber auch in der Bundesrepublik hat er neuerdings einen durchaus fairen Partner, der seine Unabhängigkeit stützt. Mit den Franzosen hatte er nach dem Vertrag von Genf im Jahre 1953 nie endgültig gebrochen. Frankreich blieb Handelspartner und der größte Abnehmer der Kautschukproduktion. Auch auf kulturellem Gebiet blieb der französische Einfluß in Kambodscha vielfach erhalten, Schulen nach französischem Vorbild wurden errichtet. Prinz Sihanouk hat in Paris studiert, seine geistige Bindung an Frankreich dokumentieren moderne französische Gemälde in seiner Residenz. Daß er dennoch ein streng gläubiger Buddhist ist und von der Bevölkerung stark verehrt wird (er ist für sie fast sakrosankt), muß in Asien kein Widerspruch sein und ist es auch nicht.

Sehr bald nach dem Verzicht auf die amerikanische Hilfe hatte General de Gaulle seinen Verteidigungsminister nach Phnom Penh geschickt, unbeirrt durch die Reaktion in Washington. Dennoch sehen auch die Amerikaner in dieser ihnen nicht gemäßen Lösung ein kleineres Übel, als wenn nur Peking an ihre Stelle getreten wäre. Sihanouks Annäherung an Peking bleibt für ihn immer noch eine Möglichkeit, um die Amerikaner zu bewegen, seiner Neutralität zuzustimmen. Daß er in Peking einen für Asien und für ihn zukunftsreichen Partner sieht, läßt sich auch an der Tatsache erkennen, daß er seine beiden Söhne, obgleich diese dem Kindesalter kaum entwachsen sind, nach Peking zur Schule geschickt hat.

Etwa ein Zehntel der Bevölkerung von Kambodscha sind Chinesen. Sie haben auch hier wie in anderen Ländern Südostasiens den Handel und das Handwerk in ihren Händen und sind dadurch für die Wirtschaft unentbehrlich. Die Bindungen der Chinesen an ihr Mutterland im Norden sind auch dann noch vorhanden, wenn sie vielfach schon mehrere Generationen irgendwo im Süden Asiens ansässig geworden sind.

Die neutrale Politik des Prinzen ist weitaus realistischer als ein Pendeln zwischen Ost und West oder eine einseitige Festlegung. Auch innenpolitisch ist der Kommunismus keine Gefahr für das Land. Die von Prinz Sihanouk 1953 gegründete „Soziale Volksgemeinschaft" konnte bei den Wahlen im Jahre 1960 über 90 Prozent auf sich vereinen.

Bonn, das sich bisher wegen der dort seit längerem bestehenden konsularischen Vertretung der DDR in Kambodscha nicht engagierte, wird in Kürze eine Vertretung mit diplomatischen Rechten nach Pnom Penh entsenden. Hat man auch in Bonn eingesehen, daß die amerikanische Politik in Südostasien gescheitert ist und eine Neutralität für Kambodscha mehr Chancen für Sicherheit und Stabilität bietet als eine enge Anlehnung an die Vereinigten Staaten, die mit ihrer Politik in diesem Raum immer weniger Glück haben?

Ingelore Winter

Ein Putsch — kein Ausweg

Wenige Tage vor dem Sturz der Regierung Goulart informierte das amerikanische Außenministerium den Außenpolitischen Ausschuß des Repräsentantenhauses in einem Bericht darüber, daß nach seiner Auffassung Brasilien zu den vom Kommunismus am meisten bedrohten Staaten der amerikanischen Einflußzone zähle. Diese Beurteilung der innenpolitischen Situation Brasiliens hatte bereits Monate vor der Veröffentlichung des Berichts ihren Niederschlag in der praktischen Politik gefunden: die Regierung in Washington, befremdet über

die Reformpläne Joao Goularts und sein Bestreben, sich zu ihrer Verwirklichung der Unterstützung der Bevölkerung einschließlich der linkstendierenden Gewerkschaften zu versichern, hatte die Auslandshilfe für Brasilien erheblich gedrosselt, sie schließlich ganz versiegen lassen. Sie tat das, obwohl sie wissen mußte, daß diese Sperrung der Kredite das von Inflation und riesiger Auslandsschuldenlast — letztere vor allem ein Erbe der Ära Kubitschek — geplagte Land nur noch mehr erschüttern, die Position der Riegierung und damit seine innere Stabilität entscheidend unterminieren würde. Sollte die US-Regierung damit das Ziel verfolgt haben, indirekt zum Sturz Goularts beizutragen — und eine andere glaubhafte Motivierung der Kreditsperre läßt sich wohl kaum finden — so hat sie erfolgreich taktiert: Goulart wurde von einer ebenso mächtigen wie reaktionären Gruppe von Gouverneuren und Militärs gestürzt. An der Spitze der vorerst einmal siegreichen Rebellen stehen Männer wie der Gouverneur von Guanabara, Carles Lacerda, der bereits der Investitur Goularts im September 1961 heftigen Widerstand entgegensetzte, weil er ihn für einen sozialen Reformen gegenüber aufgeschlossenen Politiker hielten.

Seine Gegner hatten sich in Goulart nicht getäuscht. Er, selbst einer der reichsten Latifundienbesitzer des Landes, war weitsichtig genug zu erkennen, daß die überaus krassen sozialen Gegensätze Brasiliens so schnell und so gründlich wie möglich durch ausgleichende Reformen entschärft werden müssen, soll es nicht eines keineswegs fernen Tages zu einer Explosion kommen, die in ihrer dann unvermeidlichen Radikalität den materielle Besitz und die politische Herrschaft der reichen Oberschicht gänzlich in Frage stellen würde. In der Tat konzentriert sich darin die politische Problematik des heutigen Brasiliens. Dieser größte Staat Südamerikas könnte, gemessen an seinen natürlichen Reichtümern, wohlhabend sein: dieses Privileg genießen jedoch nur einige tausend Familien. Die übergroße Mehrzahl der 75 Millionen Brasilianer lebt in einer erbarmungswürdigen Armut. Das gilt vor allem für die Nordostprovinzen des Bundesstaates, die zu den schlimmsten Elendsgebieten der Welt gezählt werden. Nicht weniger als 95 Prozent der hier lebenden Menschen gelten als unterernährt, hier stirbt jedes dritte Kind im ersten Lebensjahr, etwa 80 Prozent der Bevölkerung dieser tropischen Zone Brasiliens sind Analphabeten. Diesen Menschen wird von den Besitzenden Brasiliens nicht nur die materielle Existenzgarantie verweigert, sie sind auch ohne politische Rechte und damit außerstande, sich auf legalem Wege für eine Verbesserung ihres Daseins einzusetzen. Wahlrecht hat in Brasilien nur der des Lesens und Schreibens Kundige; die Folge davon ist, daß nur 11 der 75 Millionen Brasilianer berechtigt sind, das Parlament zu wählen, das seinerseits nicht gewillt ist, die Verfassung zugunsten einer Ausdehnung des Wahlrechts zu ändern.

Die unausbleibliche Folge dieses lückenlosen Gewebes sozialer und politischer Ungerechtigkeit ist die Radikalisierung der im Elend Lebenden. Und es ist unsinnig anzunehmen, daß es dazu noch einer „Infiltration" seitens der kubanischen oder gar der chinesischen Kommunisten bedürfe. Gewiß kann das Beispielhafte der kubanischen Entwicklung bei der Suche der Brasilianer nach einem Ausweg kaum überschätzt werden; die Verbitterung und die Bereitschaft zu notfalls auch gewaltsamen Lösungsversuchen jedoch müssen nicht künstlich und von außen her geschürt werden: das besorgt allein die tägliche Konfrontation mit den Verhältnissen im Lande.

Goulart hat — ebenso wie sein Vorgänger Quadros, der ebenfalls von den fortschrittsfeindlichen Kräften innerhalb und außerhalb Brasiliens zum Rücktritt gezwungen wurde — in den zweieinhalb Jahren seiner Amtszeit als Präsi-

dent große Anstrengungen unternommen, der sozialen Explosion durch Reformen zuvorzukommen. Das ist ihm bis zum Januar 1963 durch eine verfassungsrechtliche Manipulation seiner Gegner allerdings weitgehend erschwert worden: bei seiner Investitur im September 1961 hat der Kongreß die Ersetzung des bisherigen Präsidialregimes durch ein sogenanntes parlamentarisches Regime, etwa nach dem Muster der französischen IV. Republik, beschlossen. Damit sollte jedoch nicht der Parlamentarismus gestärkt, sondern lediglich die Stellung des Präsidenten geschwächt werden. Diese Verfassungsänderung hat sich verheerend ausgewirkt. Mehrmals wechselten die Regierungen, Goulart hatte keine ernstzunehmenden Vollmachten gegenüber Regierung und Kongreß. So sah er sich zur Erfüllung seiner Reformversprechen gezwungen, in der Öffentlichkeit, auf außerparlamentarischer Ebene Stimmung für die Wiedereinführung des funktionsfähigeren Präsidialregimes zu machen. Er traf auf großes Verständnis in der Bevölkerung; sein Rückhalt im Volke erzwang schließlich auch eine Kongreßmehrheit für seinen Plan. Mit 4,8 Millionen gegen 900 000 Stimmen bestätigte dann ein Plebiszit die Wiedereinführung des Präsidialregimes. Das war ein großer Erfolg für Goulart. Jetzt hatte er als Regierungschef die Möglichkeit, seine sozialen und politischen Reformpläne direkt dem Parlament zu unterbreiten. Er mußte jedoch bald erfahren, daß ihm hier keine Unterstützung zuteil wurde: der Kongreß weigerte sich nämlich, die Vorschläge des Präsidenten auch nur auf die Tagesordnung zu setzen. Sie wurden ignoriert. So sah sich Goulart wiederum gezwungen, auf außerparlamentarischer Bühne, in großen Massenversammlungen, vor Gewerkschaftskongressen und auf Massenmeetings der besonders unzufriedenen und darum auch besonders radikal gestimmten armen Bauern und Landarbeiter seine Reformpläne vorzutragen, für ihre Glaubwürdigkeit und um Unterstützung für ihre Verwirklichung zu werben.

Gerade diese direkte Hinwendung an die Bevölkerung aber ist Goulart von seinen Gegnern vor allem zum Vorwurf gemacht worden. Obwohl seine Aktivität ausschließlich das Ziel verfolgte, revolutionären Erschütterungen zuvorzukommen — und das nicht zuletzt im Interesse der besitzenden Klasse, der er selbst angehörte —, verzieh man ihm diese Demokratisierung der Regierungsführung nicht. Die Initiatoren des Pronunciamento gegen Goulart huldigen vielmehr der ebenso primitiven wie mit tödlicher Sicherheit irrigen These, daß selbst kleine Konzessionen und Reformen abzulehnen seien, da sie nur den „Appetit" der Besitzlosen steigern, deren gnadenlose Unterdrückung in ihren Augen die noch am ehesten wirksame Garantie für „Ruhe und Ordnung" ist.

Goularts Plan war es, vordringlich eine Bodenreform durchzuführen und weiteren 25 Millionen Brasilianern das Wahlrecht zu geben. Hinsichtlich der Bodenreform hoffte der Präsident, jene Verfassungsbestimmung abschaffen zu können, die die sofortige Zahlung der vollen Entschädigung für das enteignete Land vorschreibt. Bei den zerrütteten Staatsfinanzen Brasiliens bedeutete das faktisch das Verbot jeder Agrarreform. Goulart plante, die Entschädigungsleistung auf 20 Jahre (6 Prozent pro Jahr) zu verteilen. Dieser Vorschlag war vernünftig und wäre, obwohl maßvoll, ein beachtlicher Fortschritt gewesen: gerade darum aber wurde er von den meisten Latifundienbesitzern abgelehnt. Eine noch schärfere Verurteilung erfuhr die geplante Ausdehnung des Wahlrechts, fürchtete man doch, daß das Parlament seinen Charakter ändern, vom willfährigen, den Industriellen und Grundbesitzern verpflichteten Scheinparlament zur Volksvertretung werden könne. Man verschloß sich der zwingenden Logik des Goulart'schen Planes, die derzeit zwangsläufig in die Illegalität gedräng-

te, radikale politische Aktivität weiter Bevölkerungskreise durch die freiwillige Gewährung eines bestimmten Mitspracherechts in kontrollierbare Bahnen zu lenken. In diesen Zusammenhang ist auch die Erwägung Goularts zu stellen, die seit 1947 verbotene Kommunistische Partei wieder zuzulassen. — Jene aber, in deren wohlverstandenem Interesse Goulart experimentierte und taktierte, honorierten seine Bemühungen mit der Aufwiegelung eines Teiles der brasilianischen Armee gegen den Präsidenten. Während sich Goulart außer Landes begab, begann in allen Staaten Brasiliens eine wohlvorbereitete und umfassende Verfolgung gegen die linke Opposition, vor allem gegen die aktiven Gewerkschaftsfunktionäre, Bauernsprecher und — Meldungen sprechen hier von besonders grausamer Verfolgung — gegen oppositionell gesinnte Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere. Gerade in der „Säuberung" des Militärs sehen die derzeitigen Herrscher Brasiliens ein besonderes Problem: die brasilianische Armee ist, im Gegensatz zu der der anderen lateinamerikanischen Staaten, bis hinauf in ihr Offizierkorps in einem beachtlichen Maße linksoppositionell.

Gouverneur de Barro (Sao Paulo), einer der Führer des Staatsstreiches, hat in einem Interview mit der römischen Zeitung „Il Messaggero" die Weltöffentlichkeit wissen lassen, daß vorerst der Terror gegen die Anhänger Goularts das innenpolitische Konzept der neuen Regierung ist. Er erklärte: „Wir werden unsere Waffen erst dann niederlegen, wenn das ganze Land gesäubert ist." Es gibt gewiß keinen Grund, an der Bereitschaft der Rebellen zur Gewalttätigkeit zu zweifeln; höchst gering jedoch sind ihre Chancen, damit die von ihnen erstrebte „Säuberung" des Landes zu vollbringen. Die innere Stabilität Brasiliens vermag nur zu sichern, wer die klaffenden sozialen Gegensätze beseitigt, die Millionen hungernder und entrechteter Brasilianer materiell sichert und in ihre staatsbürgerlichen Rechte einsetzt. Andernfalls wird der das Pulverfaß zündende Funke nicht mehr lange auf sich warten lassen. — Es ist sicher, daß die neuen Regenten in Brasilia diesem Problem nicht gewachsen sind. Sie werden scheitern, auch wenn sie wieder mit der finanziellen Unterstützung der amerikanischen Regierung rechnen dürfen: bezeichnenderweise waren noch keine 24 Stunden nach der Vereidigung des provisorischen Präsidenten Mazzilli vergangen, da lag in der Hauptstadt Brasiliens eine Grußbotschaft des amerikanischen Präsidenten Johnson vor, der den Putschisten seine Bewunderung ausdrückte und sie der amerikanischen Bereitschaft zur Wiederaufnahme der Auslandshilfe versicherte. Erinnert sich Johnson nicht mehr der Warnungen seines Vorgängers John F. Kennedy, unter der irreführenden Bezeichnung „Entwicklungshilfe" Gelder zu verteilen, die nur der Zementierung zum Sterben verurteilter Regime, keineswegs aber der Stabilisierung krisengeschüttelter Länder dienen? Mißachtet Washington diese Mahnung, dann bleibt Brasilien, als was es im eingangs zitierten Bericht des State Department bezeichnet wurde: ein vom Kommunismus akut bedrohtes Land. —en

Die Lage

Dr. Achim von Borries

Über außen- und innenpolitische Vertrauenswürdigkeit

I

Senator William Fulbright, der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses des amerikanischen Senats, hielt am 25. März 1964 eine Rede, die in den USA und auch im Ausland Aufsehen erregte. Fulbright sagte u. a., es sei notwendig, daß das amerikanische Volk seine Denkweise der „komplexen und fließenden Weltlage" anpasse, statt sich angesichts „neuer Realitäten" an „alte Mythen" zu klammern. Zu diesen Mythen gehöre vor allem die Vorstellung, jeder kommunistische Staat sei „ein unablässiges Übel und ein gnadenloser Feind der freien Welt". In Wirklichkeit seien zwar einige kommunistische Staaten noch immer eine solche Bedrohung, andere aber kaum noch oder gar nicht mehr. So sei auch die Zeit gekommen zu erkennen, daß das kommunistische Regime auf Kuba auf unbestimmte Zeit zwar als „geschmackloses Ärgernis", nicht aber als „unerträgliche Gefahr" bestehen bleibe. Der Versuch sei mißlungen, die Verbündeten Amerikas zu einem Handels-Boykott Kubas zu veranlassen. Dies sei ein guter Grund, die amerikanischen Maßnahmen jetzt zu entschärfen. Die amerikanische Kuba-Politik müsse von Grund auf neu geprüft werden. Senator Fulbright erklärte weiter, die USA sollten sich zu Verhandlungen über eine Revision des Panamakanal-Vertrages bereit erklären, und zwar auch, wenn eine solche Bereitschaft bei der Bevölkerung weiterhin auf Kritik stoßen würde. Schließlich erklärte der Senator es für notwendig, die Volksrepublik China in die Ost-West-Vereinbarungen über die Abrüstung sowie über den Handels- und Kulturaustausch einzubeziehen. Es sei an der Zeit, sich auf eine einmal unerläßlich werdende neue China-Politik vorzubereiten.

Diese überaus freimütigen Äußerungen eines der führenden Außenpolitiker der Demokratischen Partei sind besonders bemerkenswert, weil sie sich auf die „heißen Eisen" der amerikanischen Politik beziehen, auf fundamentale Probleme, deren offenherzig-realistische Erörterung in den USA bisher vor allem aus innenpolitischen Gründen selten genug war. Senator Fulbright hat sich nicht gescheut, sich an diese Tabus heranzuwagen. Ohne daß man in seinen außenpolitischen „Ketzereien" schon die Ankündigung einer Revision der amerikanischen Außenpolitik in den von ihm erwähnten Punkten wird sehen dürfen, lassen sie doch erkennen, daß der außenpolitische Meinungsstreit in den Vereinigten Staaten sehr lebhaft ist und ein Suchen nach neuen Wegen begonnen hat. Das wird bestätigt durch die Reaktionen auf die Rede Fulbrights. Daß die republikanische Rechte sofort „Verrat" etc. schrie, überraschte nicht. Die Regierung selbst aber, deren bisherige Politik der Senator so unzweideutig kritisiert hatte, reagierte außerordentlich zurückhaltend. Präsident Johnson und Staatssekretär Rusk distanzierten sich zwar von Fulbrights Thesen, aber

„sie priesen gleichzeitig des Senators Analyse als ‚gedankenvoll, interessant und anregend', und Rusk unterstrich in einer Pressekonferenz am Karfreitag, daß es im außenpolitischen Denken des Landes keine ‚unthinkable thoughts' geben sollte ... Die ‚New York Times' begrüßt die Erklärungen des Senators grundsätzlich, ohne sie in allen Einzelheiten zu unterschreiben, und sieht in ihnen den Auftakt zu einer ‚großen Debatte' über die Außenpolitik der Vereinigten Staaten." (Bericht der Neuen Zürcher Zeitung v. 31. 3. 64 aus Washington)

So wenig Klarheit derzeit über die außenpolitische Konzeption Präsident Johnsons herrscht — und es hat den Anschein, als gäbe es eine relativ geschlossene und klare Gesamtkonzeption, wie sie Kennedy hatte, noch gar nicht und als sei sie vor den Wahlen im November auch nicht zu erwarten — und so problematisch die offizielle amerikanische Politik in den von Fulbright genannten und auch in einigen anderen Punkten (etwa Südostasien und Lateinamerika) erscheint: Das hier praktizierte Wechselspiel zwischen einem unabhängig denkenden und seine unorthodoxe Meinung (die augenblicklich innenpolitisch keineswegs gewinnbringend ist) ernsthaft und nachdrücklich vertretenden Politiker, der vorläufig noch auf einen immer problematischer werdenden Kurs festgelegten Regierung und den einsichtigen Kreisen des Landes bei der öffentlichen Erörterung elementarer außenpolitischer Lebensfragen der Nation ist beispielhaft. So werden die Probleme „abgetastet", Übergänge zu einer neuen Politik gesucht, Brücken zu einer solchen gebaut, so wird die öffentliche Meinung langsam, aber konsequent an ein unvermeidlich gewordenes Umdenken gewöhnt und zu einem Sicheinstellen auf neue Realitäten veranlaßt. Den konkreten Sinn dieser Prozedur macht eine weitere Passage aus dem schon erwähnten Bericht der NZZ deutlich:

„Entscheidend ist, daß die Auseinandersetzung der Wahlkampagne die Administration nicht auf einen Kurs drängt, der diese Anpassung nach dem Wahltag erschweren oder verunmöglichen würde, wie z. B. Kennedys Kampagne im Jahre 1960, die ihn in der Kuba-Frage in eine Richtung zwang, die dann zum Fiasko in der Schweinebucht führte. Eine solche Entwicklung wollen Johnson und seine Berater diesmal vermeiden. In diesem Sinne kommt Fulbrights Rede eine erhebliche Bedeutung zu, weil sie Johnson erlaubt, außenpolitisch in der Kampagne eine Position der Mitte auszumachen — zwischen Goldwater und Fulbright gewissermaßen."

II

Angesichts der Engpässe, in die die Außenpolitik der Bundesrepublik (ihre Ost- wie ihre Westpolitik) geraten ist, kann sich die deutsche Öffentlichkeit „undenkbare Gedanken" über außenpolitische Lebensfragen ebenso wenig leisten wie die amerikanische. Und doch hat die längst fällige „große Debatte" über die künftige Außenpolitik der Bundesregierung, ungeachtet der Zunahme unabhängiger Stimmen in der letzten Zeit, immer noch nicht begonnen. Ohne eine solche breite öffentliche Diskussion aber ist die unerläßliche Klärung der deutschen außenpolitischen Notwendigkeiten und Möglichkeiten undenkbar.

Wenn vor einem Monat an dieser Stelle gesagt worden ist, mehr und mehr sei Bundeskanzler Erhard außenpolitisch in die Fußstapfen seines Vorgängers getreten, so haben die vergangenen Wochen in dieser Hinsicht eine weitere Klärung gebracht, eine Klärung leider im negativen Sinne, die jene Lagebeurteilung von Anfang März bestätigt. Auf dem CDU-Parteitag in Hannover, der, auch das ein wichtiges Symptom, den früheren Bundeskanzler Dr. Adenauer als Parteivorsitzenden mit großer Mehrheit bestätigte, ist Prof. Erhard demonstrativ als Repräsentant der „Politik der Stärke" (außen- wie innenpolitisch) aufgetreten. (Vgl. dazu den Kommentar in diesem Heft) Mit einem fatalen Trotz versprach er, die bisherigen außenpolitischen Positionen der Bundesregierung gleichsam „bis zum

letzten Atemzug" zu verteidigen (Es könnte sein, daß dieser „letzte Atemzug" der des deutschen Volkes wäre!) Angesichts der jüngsten Erklärungen des Bundeskanzlers und der im Augenblick wieder sehr mächtigen „harten" Gruppe der CDU muß man, an die Äußerungen des Senators Fulbrights anknüpfend, sagen: Hier werden nicht nur die neuen und neuesten Realitäten nicht anerkannt, sondern es steht sogar noch die Anerkennung gewisser alter Realitäten aus! Und es werden alle diejenigen noch immer verketzert, die, nicht zuletzt um der festgefahrenen Regierungspolitik selbst eine Brücke in die Zukunft zu bauen, eine Anpassung an die weltpolitische Wirklichkeit mit mehr oder weniger großem Nachdruck empfehlen oder fordern.

Wie wirklichkeitsfremd und von welchen gefährlichen Selbsttäuschungen bestimmt die Bonner Ostpolitik noch immer ist, zeigte nach dem CDU-Parteitag besonders deutlich die Rede Bundeskanzler Erhards vor dem Kongreß ostdeutscher Landesvertretungen in Bonn am 22. März 1964. Erhard sprach vom Willen der Bundesregierung zu einer „friedfertigen Verständigung" mit den osteuropäischen Nationen. Der Austausch von Handelsmissionen sei ein erster Schritt in dieser Richtung. Aber dann hieß es auch: Grundlage unseres außenpolitischen Handelns gegenüber dem Osten könne nur die „Wahrung des Rechts" sein:

> „Wir erheben gewiß keine Forderungen auf fremdes Staatsgebiet. Aber wir verzichten nicht — und können angesichts der Verantwortung vor dem deutschen Volk, dem Recht und der Geschichte auch nicht verzichten auf Gebiete, die die angestammte Heimat so vieler unserer deutschen Brüder und Schwestern sind ... Friede und Recht sind unteilbar. Das Recht kann nicht nur für eine bestimmte Gruppe von Völkern, es muß für alle gelten. Die Vertreibung von Millionen Deutschen aus ihrer seit Jahrhunderten angestammten Heimat hat keine neuen Rechtsrealitäten geschaffen. Aus Unrecht kann niemals Recht werden."

Nicht einmal 1945, angesichts des totalen Sieges, hätten die fremden Mächte Deutschland einen solchen Verzicht zugemutet, um so weniger könnten sie es jetzt tun.

> „Wir wollen nicht alte Wunden aufreißen und begangenes Unrecht nicht aufrechnen. Wir wollen uns vielmehr bemühen, einen Weg zur Verständigung auch mit unseren östlichen Nachbarn auf der Grundlage des Rechtes, der friedlichen Verhandlung und der gegenseitigen Achtung zu finden. Dieser Weg ist gewiß nicht einfach. Er ist vielmehr langwierig und er fordert viel Entsagung und Geduld. Wir haben diesen Weg mit Erfolg bei der Lösung der Grenzprobleme im Westen beschritten. Dort herrscht Frieden und Eintracht. Wir sind bereit, die gleiche versöhnliche Haltung auch dem Osten gegenüber zu bezeigen."

Darin steckt nun die ganze Inkonsequenz und Zweideutigkeit der Bonner Politik in der Frage der Oder-Neiße-Grenze. Auf der einen Seite die Beteuerung des Willens zur Verständigung und zu friedlichen Lösungen. Das mag Prof. Erhard subjektiv durchaus ernst meinen. Aber sobald es dann um die Sache selbst geht, weicht er einer klaren, d. h. der einzigen in dieser Frage überhaupt möglichen politischen Konsequenz aus, und vertritt stattdessen mit allem Nachdruck „Ansprüche", die sich mit jenen Beteuerungen des „guten Willens" nun einmal objektiv einfach nicht vertragen. Schon rein juristisch ist der Anspruch auf eine Rückgabe der Gebiete östlich Oder und Neiße durchaus nicht so eindeutig, wie in der Bundesrepublik immer wieder Glauben gemacht und auch weithin geglaubt wird. (Siehe dazu den Aufsatz von Prof. Dr. jur. Harold Rasch „Juristische Legenden" im Januar-Heft 1964 dieser BLÄTTER). Aber davon ganz abgesehen kann es gerade in dieser Frage überhaupt keinen bloßen „Rechtsanspruch an

sich", gleichsam im historisch „luftleeren Raum" geben. Vielmehr handelt es sich um ein geschichtlich-politisches Problem, das nicht nur eine rein formalrechtliche Seite hat. Prof. Erhard selbst beruft sich ja auch auf eine „Verantwortung vor der Geschichte", um diesen Anspruch zu begründen. Aber das ist nun besonders fatal. Denn zu dieser Geschichte gehört eben auch und gerade das, was zwischen 1939 und 1945 durch Deutsche und im deutschen Namen (nicht als Untaten Einzelner sondern als offizielle „Politik" des Deutschen Reiches!) in Osteuropa geschehen ist, vor allem in Polen und in der Sowjetunion. Man kann heute in Deutschland nicht so tun, als sei dies alles zwar geschehen, aber als berühre es unsere „Rechtsansprüche" überhaupt nicht. Noch unabhängig von der Frage, ob es politisch klug ist, solche „Rechtsansprüche", die ohnehin gar keine Aussichten haben, wirksame internationale Unterstützung zu finden, zur Grundlage der deutschen Politik in der Frage der Ostgrenze zu machen: Es gibt ja sehr wohl geschichtliche Ansprüche, die man selbst geschichtlich verwirken kann! Auf diese, die historisch-moralische Seite der Sache sei hier nur kurz hingewiesen, sie bedürfte einer eingehenden Erörterung. Jedenfalls aber gilt es, endlich den historischen Zusammenhang von Ursache und Folge in voller Klarheit zu erkennen und ihn anzuerkennen, indem man aus ihm die naheliegenden außenpolitischen Konsequenzen zieht.

Die Bundesregierung indes nährt und erweckt immer wieder Hoffnungen auf eine Revision der Ostgrenzen, die doch nach Lage der Dinge auf friedlichem Wege längst undenkbar erscheint. Die unvermeidliche Enttäuschung dieser Hoffnungen aber könnte eines Tages zu gefährlichen innenpolitischen Reaktionen führen. Vorerst blockiert die Haltung der Regierung in der Frage der Oder-Neiße-Grenze jede wirkliche Verständigung und Versöhnung mit Polen. Daß diese Haltung nicht zuletzt wahltaktisch bedingt ist, macht sie nicht etwa verzeihlicher, sondern nur noch unverzeihlicher. Denn um einiger hunderttausend Stimmen willen wird hier — schlimmerweise von der Opposition ebenso wie von der CDU/CSU — ein gefährliches Spiel mit Illusionen getrieben, wird der schon solange hinausgezögerte und jetzt unaufschiebbar gewordene Prozeß (ein gewiß auch schmerzhafter, aber doch unvermeidlicher Prozeß) der innenpolitischen Aufklärung über das außenpolitisch Mögliche und Notwendige einmal mehr verhindert.

Besonders gefährlich ist bei alledem auch die leider typisch deutsche Selbsttäuschung. Prof. Erhard meinte in seiner Bonner Rede, es würden „noch viele Geschlechter ... von den Leiden sprechen, die mit der Vertreibung der Deutschen verbunden waren". Er umwarb die Vertreter der Landsmannschaften, indem er sagte: „Ich verstehe Sie nur zu gut, wenn Sie die menschliche Sehnsucht nach Ihrer Heimat nicht als Revanchismus geschmäht wissen möchten. Diese Zumutung wird auch jeder menschlichen Moral widersprechen." Gewiß werden die Leiden der aus ihrer ostdeutschen Heimat vertriebenen Deutschen lange Zeit nicht vergessen werden. Aber es werden vielleicht noch mehr Geschlechter, zumindest außerhalb Deutschlands und keineswegs nur in Osteuropa selbst, von den Leiden sprechen, die jenen vorausgingen und geschichtlich gesehen nun einmal ihre Ursache waren. Und wenn der Bundeskanzler schließlich erklärte: „Die Welt weiß, daß wir, die Deutschen, nichts ersehnen als ein Leben in Frieden und Freiheit" — so wird man das gerade im deutschen Interesse doch bezweifeln müssen; zumindest wäre es höchst leichtfertig, es als Selbstverständlichkeit vorauszusetzen. (Selbst die FAZ bemerkte in einem ziemlich gewundenen Kommentar: „Man muß sich bei uns zu Lande zugleich auch darüber klar sein, daß das Verständnis für diese deutsche Haltung jenseits der deutschen Grenzen nicht sehr verbreitet ist, und das ist wahrscheinlich milde und vorsichtig ausgedrückt.") Gerade so zweideutige Reden wie die hier erwähnte Prof. Erhards dürften kaum geeignet sein, „die Welt" in einer solchen Überzeugung zu bestärken.

Es gibt eben in der Politik Situationen, wo man sich entscheiden und öffentlich zu dieser Entscheidung stehen muß, will man glaubwürdig und vertrauenswürdig sein. Situationen, wo ein „Ja aber" faktisch ein „Nein" bedeutet oder doch als ein solches verstanden werden muß. Das ist der Fall hinsichtlich der Bonner Haltung in der Frage der Ostgrenzen. Die Beteuerungen Bundeskanzler Erhards („Gewaltverzicht", „friedliche Wege", „Versöhnung") können nicht allein nach ihrem rein verbalen Sinne beurteilt, sie müssen vielmehr im größeren Zusammenhange der bisherigen Bonner Ostpolitik gesehen werden — und da verlieren sie nun angesichts der unverständlichen Intransigenz der Bundesregierung viel von ihrer Überzeugungskraft. Je eher man sich in der Bundesrepublik darüber klar wird, desto besser. Es ist peinlich und politisch bedenklich genug, daß sich die Bundesregierung jetzt nicht etwa nur von östlicher Seite mit aller Schärfe auf die Problematik ihrer Haltung in der Oder-Neiße-Frage hinweisen lassen mußte. In einem Kommentar der der schwedischen Regierung nahestehenden großen Stockholmer Zeitung „Stockholms Tidningen" hieß es am 26. März, übrigens kurze Zeit nach dem Besuche des schwedischen Ministerpräsidenten Erlander in Bonn:

> „Es ist höchst bemerkenswert, daß westdeutsche Politiker nicht einsehen können oder wollen, welche — gelinde gesagt — gemischten Gefühle Äußerungen dieser Art nicht nur in den unmittelbar berührten Staaten, wie in Polen und der Tschechoslowakei, sondern auch anderswo wecken.
>
> Man kann es vom humanitären Gesichtspunkt bedauern, daß viele Deutsche als Folge des Krieges ihre Heimat verlassen mußten. Daß jedoch diese Massenflucht und Massenauswanderung eine Folge von Hitlers wahnsinniger Politik war, welcher nicht zuletzt diese Deutschen in den sogenannten Ostgebieten lebhaften Beifall zollten und an welcher sie sich beteiligten — das wird im heutigen Westdeutschland allzuoft vergessen.
>
> Herrn Seebohms Vergangenheit ist derart, daß man auf ihn nicht viel Aufmerksamkeit zu verschwenden braucht. Aber Bundeskanzler Erhard hat ein schlechtes Urteilsvermögen bewiesen, wenn er auf diese Weise für eine verlorene und schlechte Sache in die Bresche tritt. Die barmherzigste Erklärung ist die, daß er auf Stimmenfang vor der nächsten Bundestagswahl aus war.
>
> Westdeutschland muß sich darüber im klaren sein, daß diese sogenannten Ostgebiete nicht mehr den Deutschen gehören. Das mag brutal oder tragisch erscheinen — vom rein menschlichen Gesichtspunkt. Aber diese deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen sind wahrhaftig nicht die einzigen in Europa, die während und nach dem Zweiten Weltkrieg leiden mußten.
>
> Die westdeutsche Regierung sowie sämtliche westdeutschen demokratischen Parteien sollten schnellstens versuchen, das Skelett, das in der großdeutschen Rumpelkammer rasselt, loszuwerden, und einzusehen, daß die Deutschen weder aus sachlichen noch aus sentimentalen Gründen irgendeinen Anlaß haben, eine Grenzrevision im Osten zu erwarten.
>
> Nicht zuletzt in diesem Jahr — 25 Jahre nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges — besteht aller Anlaß für die Westdeutschen zu versuchen, sich mit der heutigen Lage abzufinden, die ja für die Bundesrepublik, wenigstens vom materiellen Gesichtspunkt, alles andere als schlecht ist, statt die ‚Drang-nach-Osten'-Träume abzustauben."

III

Wir haben oben gesagt, die Beteuerungen Prof. Erhards müßten im Zusammenhange mit der deutschen Außenpolitik, vor allem der Ostpolitik gesehen werden. Je genauer man diese Politik betrachtet, um so problematischer erscheint sie und um so mehr verlieren jene „guten Worte" an politischem Wert, wobei das gar nichts zu tun hat mit ihrer subjektiven Aufrichtigkeit oder Unaufrichtigkeit. Man

mache sich einmal klar, wie die folgenden Äußerungen überall im Ausland wirken müssen — und ob sie dazu beitragen, das Vertrauen in die Vernünftigkeit und Friedlichkeit der Bonner Politik zu erhöhen: Der frühere Bundeskanzler Adenauer erklärte am 5. März bei einem Essen der Bonner Auslandspresse (vgl. „Die Welt" v. 6. März), die von dem britischen Labour-Führer Wilson vertretenen Gedanken einer Neutralisierung Deutschlands seien unannehmbar. Dr. Adenauer begründete das aber nicht etwa mit sicherheitspolitischen Erwägungen, sondern rein machtpolitisch, ja ausgesprochen großmacht-politisch. Er sagte, eine Kontrolle Deutschlands, „die einer Sklaverei gleich komme", dürfe es nicht geben. „Wir Deutsche werden es niemals zulassen, daß wir ein Volk dritter oder vierter Klasse werden."

Man würde es sich zu leicht machen, wollte man in solchen Erklärungen des Altbundeskanzlers nur die politisch kaum ernst zu nehmenden „letzten Gedanken" eines nun bald 90jährigen sehen. Vielmehr entsprechen sie völlig der militärpolitischen Haltung der Bundesregierung, vor allem des Verteidigungsministers von Hassel. So sind denn auch die neuen polnischen Vorschläge für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa (vgl. den Text und Kommentar im Anschluß an diesen Aufsatz) in Bonn nicht einmal für diskussionswürdig erklärt, sondern, leider muß man sagen wie üblich, rundweg und pauschal abgelehnt worden (während Washington zumindest eine „sorgfältige Prüfung" versprach!). Minister von Hassel wandte sich am 13. März in Hamburg gegen a l l e Disengagement-Pläne, aus militärpolitischen wie aus politischen Gründen („Aufwertung des Zonenregimes"). Rüstungsvereinbarungen seien erst möglich bei einer Beseitigung der Spannungsursachen in Europa. Und für die Spannungen machte Herrn von Hassel, wie zu erwarten, einfach die Russen verantwortlich: „Die Sowjets sind aber bis heute nicht gewillt, die Spannungsursachen, d. h. die Teilung Deutschland zu beseitigen." Also: die Russen müssen zuerst in der Deutschland-Frage politisch kapitulieren, dann sind wir zu Abrüstung und Entspannung bereit . . .

Es ist unerfindlich, wie die Bundesregierung angesichts der heutigen und der absehbaren Machtverhältnisse eine solche jeder politischen Vernunft ermangelnde Haltung noch einnehmen kann. Kein Wunder, daß das Verhältnis zwischen Moskau und Bonn heute denkbar mäßig ist, und das gewiß nicht nur auf Grund der Unnachgiebigkeit der Sowjetunion in der Wiedervereinigungsfrage, wie man sich hierzulande gerne einredet. Es ist in letzter Zeit bekannt geworden, in welchem Maße die Kontakte der deutschen Botschaft in Moskau zur sowjetischen Regierung verkümmert sind, auf Veranlassung oder doch mit Duldung von seiten des Auswärtigen Amtes in Bonn. Und dabei sind es doch die Deutschen, die alles Interesse daran haben, diese Kontakte aufrechtzuerhalten, zu erweitern und zu vertiefen, um wenigstens eine Atmosphäre zu schaffen, in der sinnvolle (illusionslose!) politische Diskussionen mit der Sowjetunion wieder möglich sind.

Ein anderes Beispiel: Was soll „man", was soll die Welt, was soll insbesondere der Osten von den apodiktischen Erklärungen Bundeskanzler Erhards gegenüber der Gewerkschaftszeitung „Welt der Arbeit" halten?

> „Ich frage den Bundeskanzler, ob bei einem evtl. Entgegenkommen der Sowjetunion hinsichtlich einer Wiedervereinigung Deutschlands der Austritt der Bundesrepublik aus der NATO oder sogar eine Neutralisierung Deutschlands in Frage käme. Prof. Erhard hebt abwehrend die Hände. ‚Nein, das steckt unter keinen Umständen (!) drin. Dieses Risiko kann kein deutscher Staatsmann übernehmen. Wir wollen die Beseitigung der Ursachen der Spannung. Sie liegen nicht in der Mitgliedschaft der Bundesrepublik zur NATO'" (W. d. A. v. 13. März).

Wenn schon in der bloßen Mitgliedschaft der Bundesrepublik zur NATO hierzulande nicht einmal ein P r o b l e m gesehen wird (wobei an dieser Stelle über die möglichen Lösungen dieses Problems gar nichts gesagt werden soll) — zumindest die ständige Zunahme des militärischen Gewichts der Bundesrepublik innerhalb der NATO sollte doch politisch zu denken geben. Und man wird sich dabei auch die Frage stellen müssen, ob nicht dieser Zuwachs militärischer Macht der Bundesrepublik zu einer Erhöhung der Spannungen beiträgt und eine Entspannung ebenso erschwert wie erst recht notwendig macht. Jedenfalls ist Bonn rein militärisch und militär-politisch so aktiv, wie es ostpolitisch in allen entscheidenden Fragen inaktiv ist. Dies Mißverhältnis zwischen anhaltender Aufrüstung einerseits und ebenfalls anhaltender ostpolitischer Intransigenz andererseits muß nicht nur in Osteuropa schwere Bedenken hinsichtlich der Bonner Absichten erwecken.

Es ist bekannt, daß die Bundesregierung mit besonderem Eifer nach einer Beteiligung an der geplanten multilateralen NATO-Atommacht drängt, ja, daß sie neben den USA die einzige westliche Regierung ist, die überhaupt ernsthaft an diesem Projekt interessiert ist, eben weil es ihr erlaubt, ihre militärische und politische Mitsprache innerhalb der NATO weiter auszudehnen. Schon jetzt ist es die Bundesrepublik, die augenblicklich die größte konventionelle Streitmacht der NATO in Europa stellt. Darauf berief sich Verteidigungsminister von Hassel, als er kürzlich in einem Gespräch mit norwegischen und dänischen Journalisten mehr Einfluß Bonns in NATO-Angelegenheiten forderte. Die Deutsche Zeitung berichtete im Anschluß an die Meldung über dieses Gespräch:

> „Wie dazu verlautete, bemüht sich die Bundesrepublik gegenwärtig darum, in den Kommandostellen der NATO mehr Stellen als bisher zu besetzen. Vor allem sollte nach deutscher Ansicht die Bundesrepublik auch in dem höchsten NATO-Organ, der sogenannten Standing Group in Washington, durch einen General vertreten sein" (D. Z. v. 12. 3.).

Am 27. Februar hatte bereits der frühere CDU-Abgeordnete und (bis zum 1. April) stellvertretende Stabschef bei der Armeegruppe Mitte, Generalmajor Berendsen, größeren Einfluß der Bundeswehr in den Führungsstellen der NATO verlangt. Er sagte, laut Kölner Stadtanzeiger vom 28. Februar, „die Kräfteverhältnisse im Verteidigungsbündnis hätten sich seit 1955 durch den Ausbau der Bundeswehr so verschoben, daß jetzt neue Formen für die Besetzung der NATO-Führungsstäbe gefunden werden müßten".

So ist die Bundesrepublik militärpolitisch nach wie vor expansiv und zeigt sich nicht bereit, ihre bisherige Konzeption auf Grund der neuen weltpolitischen Entwicklungen und im Hinblick auf die Ost-West-Verhandlungen über Abrüstung und Entspannung zumindest zu überprüfen und zur Diskussion zu stellen. Damit aber bleiben auch die Chancen sinnvoller politischer Teillösungen der ungelösten deutschen Lebensprobleme äußerst gering. Solche Teillösungen — und an andere ist vorerst ohnehin nicht zu denken — setzen eine Bereitschaft der Bundesregierung voraus, über bloße Beteuerungen und „gute Worte" hinaus einen Beitrag zur internationalen Verständigung zu leisten, und zwar den gerade uns Deutschen angemessenen Beitrag. Das gilt für die Beziehungen der Bundesrepublik zur Sowjetunion, zu Polen und den anderen osteuropäischen Staaten, es gilt aber auch für das Verhältnis zwischen den beiden Teilen Deutschlands. Daran sei unmittelbar vor Beginn der neuen Passierscheinverhandlungen in Berlin ausdrücklich erinnert.

IV

Für die Verteidigungs- bzw. Aufrüstungspolitik der Bundesrepublik ist seit dem durch die skandalösen Umstände der „Spiegel"-Affäre unumgänglich gewordenen Rücktritt Franz Joseph Strauß' Herr von Hassel verantwortlich. Wir haben oben von der Vertrauenswürdigkeit bzw. Nicht-Vertrauenswürdigkeit der Bonner Ostpolitik gesprochen. Es gibt daneben auch so etwas wie eine innenpolitische Vertrauenswürdigkeit der Regierung, wobei zwischen den einzelnen Mitgliedern des Kabinetts zu unterscheiden ist. Mit Herrn Strauß und neuerdings mit Herrn Höcherl hat die Bundesrepublik bereits ihre Erfahrungen gemacht ... Die innenpolitische Vertrauenswürdigkeit des gegenwärtigen Verteidigungsministers erweckt ebenfalls nicht selten gewisse Zweifel — und das ist auch wieder eine außenpolitische Hypothek für die Bundesrepublik. Man kennt die deutschnationale Mentalität des früheren Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein. Und man sollte sich gerade deswegen auch genauer mit ihr, d. h. mit ihm beschäftigen. Aufschlußreich ist eine Episode aus dem letzten Monat, auf die hier hingewiesen werden soll, weil sie in der deutschen Presse kaum die Beachtung gefunden hat, die sie, als Symptom, verdient.

Anläßlich der Beisetzung des ehemaligen Generals von Lettow-Vorbeck auf Gut Pronstorf — mit „militärischen Ehren", d. h. in Anwesenheit von Offizieren und Soldaten der Bundeswehr, mit sechs Stabsoffizieren der 6. Panzer-Grenadier-Division aus Neumünster als Totenwache — sprach auch der Bundesverteidigungsminister. Herr von Hassel pries den Verstorbenen als einen Mann, der in Deutschland wie in der ganzen Welt geachtet und respektiert worden sei. „Der neuen deutschen Bundeswehr habe von Lettow-Vorbeck wesentliche Elemente der militärischen Führungskunst vorgelebt ... Lettow-Vorbecks Kriegführung auf der Grundlage der Ritterlichkeit, Menschlichkeit und Anständigkeit verdiente den Dank der jungen Generation" (Kieler Nachrichten vom 14. 3.). „Wer's nicht edel noch nobel treibt, soll lieber weit weg vom Handwerk bleiben" — das sei der Grundsatz Lettow-Vorbecks gewesen, und diesen Leitspruch gäbe er an die jungen Soldaten weiter ... Ist eine solche Idyllisierung des schließlich auch in Afrika blutigen Krieges schon schlimm genug, so ist sie empörend, wenn sie, wie hier, offenbar dazu dienen soll, das Militärische überhaupt zu verharmlosen und zu idealisieren, im Zeitalter der atomaren Vernichtungswaffen, in dem der Krieg nur noch Mord und nicht im mindesten mehr „ehrliches Handwerk" ist („Ritterlichkeit, Menschlichkeit und Anständigkeit"!).

Aber Herr von Hassel beschränkte sich nicht auf dergleichen, mit Verlaub gesagt, widerwärtigen militärischen Edelkitsch. Er ließ seine Würdigung des Generals von Lettow-Vorbeck in den Satz einmünden: „Er war eine der großen Gestalten, die das Recht in Anspruch nehmen dürfen, Leitbilder genannt zu werden." Lettow-Vorbeck also als Leitbild für die Bundeswehr!

Nun wird man zum „Leitbild" gewiß nicht durch einzelne hervorragende Leistungen, sondern durch eine vorbildliche Gesamthaltung. Da verstehen sich, erst recht im öffentlichen Leben, strenge Maßstäbe von selbst. Wen aber empfiehlt nun der Verteidigungsminister der Bundesrepublik der Bundeswehr öffentlich als „Leitbild"? Einen Mann, der, nach seiner Rückkehr aus Afrika, als Befehlshaber einer Reichswehr-Brigade in Schwerin am Kapp-Putsch gegen die Weimarer Republik maßgeblich beteiligt war und auf Grund dieser Beteiligung nach dem Scheitern des Putsches aus der Reichswehr entlassen wurde. Einen Mann, der 1928 als Nachfolger des Admirals von Tirpitz (!) Abgeordneter der Deutschnationalen Volkspartei für den Wahlkreis Oberbayern-Schwaben wurde: Abgeordneter derjenigen Partei, die vor 1933 zusammen mit der NSDAP die offen antidemokratischen Elemente der Rechten repräsentierte und die Republik bekämpfte.

Einen Mann schließlich, der, kein Zufall, im Dritten Reich hoch geehrt wurde — und sich selbst in seinen Erinnerungen dessen rühmt! Offensichtlich gilt eine ganz eindeutig militant antidemokratische Vergangenheit „unbesiegter" Offiziere in Bonn höchstens als eine Art innenpolitisches „Kavaliersdelikt" ...

Wir halten diese Affäre angesichts der hohen Stellung von Hassels und seines Einflusses auf die Politik der Bundesregierung für so schwerwiegend, daß wir abschließend einiges aus den eben genannten, 1957 erschienenen Erinnerungen des Generals von Lettow-Vorbeck zitieren wollen. (Vgl. Lettow-Vorbeck: „Mein Leben". Biberach/Riss, 1957):

„Die Zeitverhältnisse von 1919 auf 1920 brachten der Reichswehr erhebliche Zumutungen; schon der sozialdemokratische Reichspräsident, der seine Stellung im Grunde doch dem Umsturz in einer Notlage des Vaterlandes verdankte ..." (Seite 186). Also: Die Republik war im Grunde illegal! Und die Reduzierung der Reichswehr von 200 000 auf 100 000 Mann sei eine „untragbare Schwächung Deutschlands" gewesen. „Diese Fragen führten General von Lüttwitz zu der Erwägung, ob die Wehrmacht nicht auf die Regierung einen Druck ausüben müsse, um sich solchen Forderungen zu widersetzen" (Seite 187). Kapp hatte Lettow-Vorbeck als Befehlshaber der Reichswehr vorgesehen — offenbar schätzte er die antidemokratische Gesinnung des Generals richtig ein. Dieser will zunächst den Putschisten abgeraten haben von der Ausführung ihres, wie er glaubte, noch „unreifen" Planes — nicht etwa aus demokratischer Überzeugung, sondern aus reinen Zweckmäßigkeitsgründen. Als es dann so weit war, stellte er sich sofort auf die Seite der Gegenrevolution: „Die sozialdemokratische Regierung war nicht mehr, und ich hatte keinen Anlaß ihr nachzutrauern. Eine gesetzmäßige Regierung hatte es nicht gegeben (!) und die tatsächliche Regierung war jetzt Kapp—Lüttwitz" (Seite 189). Lettow-Vorbeck wurde nach Schwerin geschickt und setzte dort die demokratische Regierung ab. — Bayern, zu dieser Zeit das Zentrum der rechtsradikalen Umtriebe in Deutschland, sei damals „der Hort der vaterlandsliebenden Deutschen" gewesen (Seite 197).

Bei seinen Besuchen in Hamburg Ende der 20iger und Anfang der 30iger Jahre wurde er Zeuge der Umzüge der Nationalsozialisten: „Und ich muß gestehen, daß ich durch deren Haltung und Disziplin beeindruckt war. Das war Preußengeist, und bei der großen Menge der Teilnehmer auch wohl ehrlich gemeint" (Seite 209). Die Führer der Partei freilich hätten Deutschland in einer Weise umgestalten wollen, die „jedenfalls nicht preußisch war". So weit Lettow-Vorbeck sie überhaupt kritisiert, tut er es nicht etwa von einem demokratischen Standpunkt aus, sondern allein von einem ausgesprochen restaurativ-reaktionären preußischen. — Zur Machtergreifung Hitlers sagt er: „Ich entsinne mich, daß ich diese Ernennung begrüßt habe, da nun die beiden führenden Persönlichkeiten, auf die es in Deutschland ankam, Hindenburg als Reichspräsident und Hitler als Reichskanzler, den Weg zueinander gefunden hätten. Ich konnte nicht ahnen (!), wie unehrlich (!) Hitler im Grunde war und wie rapide er in politischen und militärischen Dilettantismus (!) absinken würde" (Seite 210). Zur eindeutig reaktionären Gesinnung kam hier also, nach Lettow-Vorbecks eigenem Zeugnis, eine haarsträubende politische Ahnungslosigkeit. In die Partei sei er trotz, wie er betont, sehr guter persönlicher Beziehungen zu den führenden Nationalsozialisten in Bremen und Oldenburg nicht eingetreten, weil ihm die Pläne Hitlers „unklar" erschienen seien ... Aber er zeigt sich hoch befriedigt über die Ehrungen, die ihm von seiten der Nationalsozialisten zuteil wurden: „Der nationalsozialistische Bremer Bürgermeister hatte mich zum Bremischen Staatsrat ernannt und ich nahm an den kameradschaftlichen Zusammenkünften und Veranstaltungen im Bremer Ratskeller und im Rathaus teil, wobei ich bei einem Festessen für Feldmarschall von Mackensen an dessen Seite gesetzt wurde. Überhaupt hat der nationalsozialistische Senat mich stets sehr achtungsvoll behandelt, während der frühere bürgerliche Senat mich nicht einmal einlud, als Feldmarschall von Hindenburg seinen Besuch machte, obgleich ich immerhin im ersten Weltkrieg selbständiger Befehlshaber unter Hindenburg gewesen war und Hindenburg mich gut kannte ... So etwas kam bei dem Nazi-Senat mir gegenüber

nicht vor" (Seite 212). „Im nächsten Jahr, im März 1935, wurde ich 65 Jahre alt. Von früh an kamen die Gratulanten. Die Reichswehr brachte ein Ständchen, der Stahlhelm machte Parademarsch ... Der uns befreundete nationalsozialistische Bürgermeister Heider bezeichnete mich in seiner Rede als den besten Bürger Bremens ..." (Seite 216). „Am 20. März 1940 wurde ich 70 Jahre alt. Unter den vielen Gratulanten war auch der streng nationalsozialistische Bürgermeister Boehmker" (Seite 225). — Den Versuch zur Rettung Deutschlands vor dem Äußersten am 20. Juli 1944 lehnte Lettow-Vorbeck ab. Die Feinde hätten Deutschland zerstören wollen, „um jeden Preis, gleichgültig wer an der Regierung stand. In solcher Lage blieb nichts übrig, als sich geschlossen hinter die nun einmal vorhandene (!) Führung zu stellen. Auch sagte ich mir, Hitler müsse noch ein gewaltiges Abwehrmittel erwarten, das unmittelbar vor der Fertigstellung stände" (Seite 234 ff.). Also noch einmal, bestenfalls, Illusionismus, Ahnungslosigkeit.

Mit diesen Zitaten möge es sein Bewenden haben. Sie sind aufschlußreich genug und wenn sie nicht gerade für die politische Urteilsfähigkeit des ehemaligen Generals von Lettow-Vorbeck sprechen —, ganz gewiß sprechen sie gegen den heutigen Verteidigungsminister der Bundesrepublik, der einen Lettow-Vorbeck der Bundeswehr als „Leitbild" empfiehlt. Sie lassen erkennen, wes Geistes Kind derselbe Herr von Hassel ist, der mit aller Entschiedenheit jegliches Disengagement ablehnt und mit gleicher Entschiedenheit eine weitere militärische und politische Machtausdehnung der Bundesrepublik fordert. Damit aber stellt sich einmal mehr die Frage nach der außen- und innenpolitischen Vertrauenswürdigkeit einer Regierung, die einen solchen Mann zu ihren maßgeblichsten Mitgliedern zählt.

(Abgeschlossen am 7. April)

Der Gomulka-Plan

Neue polnische Vorschläge über ein Einfrieren der Kernwaffenrüstungen

Der polnische Parteisekretär Wladyslaw Gomulka hat am 28. Dezember 1963 in Plock neue Vorschläge seines Landes zur Rüstungsbegrenzung in Europa angekündigt. Einige Sätze aus seiner umfangreichen Rede anläßlich der Inbetriebnahme eines Teilstücks der osteuropäischen Erdölleitung fanden damals besonderes Interesse. Gomulka bezeichnete das „Einfrieren der nuklearen Rüstungen in Mitteleuropa" als „vordringlichste Aufgabe" und fügte hinzu: „Natürlich sollte ein entsprechendes Kontrollsystem vereinbart und auch das Problem der Einschränkung der konventionellen Rüstungen erwogen werden. Polen ist bereit, diesen Vorschlag in konkret ausgearbeiteter Form zu unterbreiten."

Schon Ende Januar ließ das Warschauer Außenministerium ein Expertengremium für Rüstungsbeschränkung und Abrüstung in Ann Arbor (Michigan, USA) über ihre Vorstellungen unterrichten. Ein Mitglied der polnischen Botschaft in Washington nannte bei dieser Gelegenheit die in Aussicht genommene Initiative „einfacher und bescheidener" und meinte an anderer Stelle seines Exposés, es werde sich „wahrscheinlich um eine modifizierte und vereinfachte Fassung der

Dokumente zum Zeitgeschehen

Adresse des UN-Generalsekretärs an die Welthandelskonferenz

Auf der Eröffnungssitzung der „Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung", die vom 23. März bis zum 15. Juni im Genfer Völkerbundspalast tagt, richtete UN-Generalsekretär U Thant an die Delegationen aus 123 Staaten die folgende Ansprache:

Die Präambel der UN-Charta bekräftigt die Entschlossenheit der Völker der Vereinten Nationen „sozialen Fortschritt und bessere Lebensbedingungen bei größerer Freiheit zu fördern und für diese Zwecke ... internationale Einrichtungen für die Förderung des ökonomischen und sozialen Fortschritts aller Völker in Anspruch zu nehmen".

In Übereinstimmung mit diesen hohen Prinzipien wurde die Idee geboren, eine Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung einzuberufen.

Tatsächlich besteht über die Notwendigkeit einer solchen Konferenz eine einzigartige Atmosphäre der Übereinstimmung in der Welt. Nicht eine einzige Stimme hat sich in der Gemeinschaft der Nationen, seien sie groß oder klein, mächtige Handelszentren oder kleinere Handelspartner, dagegen erhoben. Diese Konferenz ist ein bemerkenswertes Ereignis in der Geschichte der internationalen Zusammenarbeit und sie wird, wie ich hoffe, ein Wendepunkt der Arbeit der Vereinten Nationen auf wirtschaftlichem Gebiet sein.

Warum wurde diese Konferenz einberufen? Was bewog Sie alle, hierher zu kommen und zwölf Wochen angestrengt und ununterbrochen zu arbeiten?

Eine Kette von Ereignissen trug im Laufe der Jahre zu der wachsenden Erkenntnis bei, daß die Vereinten Nationen entscheidende Anstrengungen machen müssen, sich gemeinsam mit Problemen des Handels und der Entwicklung zu befassen oder das Risiko zu laufen, daß die Bemühungen der Organisation zur Erhaltung des Weltfriedens enttäuscht werden. Das Problem der Erhaltung des Friedens ist so umfassend wie das Leben selbst und vielleicht hat unsere Generation die beste Gelegenheit, zu zeigen, daß internationale Beziehungen nicht allein durch diplomatischen Verkehr und militärische Macht geregelt, sondern auch von Menschen auf den Feldern und in Fabriken, wo immer menschliche Wesen ihr täglich Brot verdienen, beeinflußt werden.

Es scheint allgemeines Einvernehmen über die dringenden Gründe zu geben, die zur Einberufung dieser Konferenz führten. Tatsächlich könnte die Konferenz zu einer bloßen Übung politischer Nutzlosigkeit oder zu einem abstrakten Seminar führender Wirtschaftsfachleute aus aller Welt werden. Sie ist, davon bin ich überzeugt, dazu bestimmt, weder das eine noch das andere zu sein. Wie die Beschlüsse der Vollversammlung und des Wirtschafts- und Sozialrates zeigen, wie die Arbeiten des Vorbereitungskomitees zur Genüge beweisen und wie der Bericht des Generalsekretärs ausführt, ist der Konferenz die Rolle eines Aktionsinstruments zugedacht. Man erwartet nun, daß sie einer neuen Handels- und Entwicklungspolitik Grundlage geben und Wege weisen sowie die notwendigen Mittel für deren Verwirklichung bestimmen wird. An diesem Punkt mag man fragen, welches sind die wichtigsten Überlegungen, die unserer Konferenz zugrundeliegen?

Es gibt zwei gleichlaufende Entwicklungsprozesse in der Welt, die seit dem Kriege große Bedeutung erlangt haben. Der eine ist in erster Linie politischer, der andere ökonomischer Natur. Beide erzeugen scharfe soziale Spannungen, die entweder auf neue Lebensformen und die Verbesserung des Lebensstandards gerichtet sein oder sich in einer Serie von Erschütterungen äußern können.

Die Nachkriegsjahre zeugen von der schnellen politischen Emanzipation der kolonialen und halbkolonialen Völker. Nach dem Zweiten Weltkrieg sind die meisten asiatischen Völker mit eigenen Rechten auf der Weltbühne erschien. In diesem Jahrzehnt haben wir

das Aufstreben Afrikas beobachtet. Weiter scheint es, daß jetzt auch in Lateinamerika wichtige Entwicklungen begonnen haben. Diese großen historischen Erscheinungen widerspiegeln sich so deutlich in den Vereinten Nationen der Gegenwart, daß es nicht nötig ist, in allen Einzelheiten darauf einzugehen.

Die politischen Tendenzen, von denen ich hier berichte, beobachten wir in jenen weiten Teilen der Welt, die in den Vereinten Nationen gewöhnlich als sich entwickelnde Gebiete bezeichnet werden. Aber diese Gebiete entwickeln sich in Wirklichkeit nicht oder nicht genug; sie leiden vielmehr in unterschiedlichem Ausmaß an akuter und dauernder Unterentwicklung. Sie sind nicht nur mehr und mehr hinter den Industriegesellschaften zurückgeblieben, sondern in bestimmten Fällen und auf unabsehbare Zeit verschlechtert sich ihr Lebensstandard noch, besonders wenn man ihre wachsende Bevölkerung in Betracht zieht. Hier werden wir Zeugen des Dilemmas unserer Tage, der Tatsache nämlich, daß die politische Emanzipation nicht mit einem gleichzeitigen und wünschenswerten Verhältnis des ökonomischen Fortschritts verbunden ist. Trotz der Tatsache, daß die Vereinten Nationen die sechziger Jahre zum Jahrzehnt der Entwicklung erklärt haben, an dessen Ende als Minimalziel eine jährliche Zuwachsrate von fünf Prozent erreicht werden sollte, scheint es, daß dieses bescheidene Ziel ohne neue Methoden der Hilfe und des Handels nicht erreicht werden kann.

Viele Jahrzehnte hindurch war der internationale Handel verbunden mit der der dynamischen Entwicklung der nun fortgeschrittensten Länder, darunter Westeuropa und Nordamerika. Gleichzeitig blieb das traditionelle — gewöhnlich vorkapitalistische — System in jenem großen Teil der Welt vorherrschend, der mit der Industriealisierung noch nicht begonnen oder nur ungenügende Fortschritte in dieser Richtung gemacht hatte. Die althergebrachte Arbeitsteilung — der Austausch von Elementarprodukten gegen Industriewaren — sicherte den bescheidenen Aufstieg vieler unterentwickelter Gebiete, ohne aber die veraltete soziale und ökonomische Ordnung ihrer Gesellschaft zu verändern. Daß die Mehrzahl der Menschen unter Bedingungen der Stagnation lebte, mochte durch ihre traditionsgebundene Lebensweise einigermaßen gerechtfertigt erscheinen und konnte vielleicht in jenen Tagen stillschweigend akzeptiert werden. Die Nachkriegsperiode bewirkte aber eine grundsätzliche Neuorientierung der Völker in der unterentwickelten Welt. Heute gibt es kaum ein unterentwickeltes Gebiet auf der Erde, dessen Bevölkerung sich nicht der Existenz reicher Gesellschaften und gewisser aufstrebender Industrieländer, die erst kürzlich das vorindustrielle Stadium verlassen haben, bewußt wäre und so sind die in den eigenen Ländern herrschenden Verhältnisse nicht länger akzeptabel. Dieses neue, im Wachsen begriffene soziale Bewußtsein erfordert neuzeitliche Wege der internationalen Wirtschaft und macht die schnelle ökonomische Entfaltung der weniger entwickelten Gebiete, die Ausweitung der Landwirtschaft und die Beschleunigung des Industrialisierungsprozesses besonders dringend. Es wurde außerdem das Verlangen nach einer neuen internationalen Arbeitsteilung sichtbar. Weiter hat das Auftreten der sozialistischen Länder als Nationen mit sich fortschreitend erweiterndem Handel und zunehmende Industrialisierung gewichtige Gründe für die vollständige Eingliederung dieser Länder in die Weltwirtschaft geschaffen.

Die beiden Vorgänge, von denen ich sprach, fallen in eine Zeit, da die zunehmende Ungleichheit zwischen den sich entwickelnden und den entwickelten Ländern in bezug auf Einkommen und Handel ein akutes und kritisches Stadium erreichte. Gleichzeitig hat die in den Industrieländern um sich greifende geistige und technische Revolution ein beispielloses Wachstum an Produktivität und Nationaleinkommen zustandegebracht.

Der Gegensatz zwischen den entwickelten und den unterentwickelten Gebieten der Welt und das Bewußtsein dieses Gegensatzes bei einem Teil der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas; das gleichzeitige politische Erwachen und die andauernde Knechtschaft und Armut — das sind die Voraussetzungen, die nach meiner Meinung den realen Hintergrund dieser Konferenz bilden.

Die Menschheit scheint sich heute zum erstenmal bewußt zu sein, daß die materiellen Ressourcen der Welt zur Ausrottung von Armut, Unwissenheit und Krankheit ausreichen, wenn Technik und Wissenschaft völlig für diese Aufgabe eingesetzt und alle nur möglichen Wege weltweiter Zusammenarbeit beschritten werden.

Tatsächlich sind seit der Gründung der Vereinten Nationen große Fortschritte in dieser

Richtung zu verzeichnen. Es wurden multilaterale und bilaterale Hilfsprogramme in bisher unvorstellbarer Größenordnung erarbeitet, Kapitalien in großem Umfang bereitgestellt, sowie technische Kenntnisse und Fertigkeiten an die Entwicklungsländer vermittelt. Alle diese beachtenswerten Zeichen des Verantwortungsgefühls gegenüber der internationalen Gemeinschaft sind jedoch, wie sich zeigte, bis zu einem gewissen Grade durch entgegengesetzte Tendenzen in den Handelsbeziehungen zunichte gemacht worden. Diese enttäuschende Erkenntnis erfordert eine Kontrolle all der Mächte auf dem Weltmarkt, denen bisher diese entgegengesetzte Regierungspolitik ermöglicht wurde. Es dürfte in der Tat keinen Grund geben, weshalb wir in der internationalen Wirtschaft nicht nach den gleichen Grundsätzen verfahren sollten, wie in den nationalen Wirtschaftssystemen. Nach Jahren der Diskussion haben die Vereinten Nationen in verschiedenen Resolutionen die Regierungen aufgefordert, der ökonomischen und sozialen Planung große Bedeutung beizumessen und tatsächlich hat die Technik der Entwicklungsplanung seit dem Kriege große Fortschritte gemacht. Folgerichtig schließt die nationale Planung das Gebiet des Handels ein. Weshalb sollte das Problem des Welthandels nicht gleichermaßen durch die internationale Gemeinschaft behandelt werden? Jede Wirtschaftspolitik auf nationaler oder internationaler Ebene muß fehlerhaft sein, wenn sie die anhaltende Tendenz zur wachsenden Ungleichheit zwischen reichen und armen Nationen zuläßt.

Der Vorsitzende des Wirtschafts- und Finanzausschusses der letzten UN-Vollversammlung stellte in seiner Schlußansprache eine Frage, die nach meiner Ansicht die Gefühle der Völker in den Entwicklungsländern widerspiegelt. Er sagte:

„Zu der Zeit, als die entwickelten Länder sich industrialisierten, begünstigte das Handelssystem ihren Fortschritt und so ist es bis heute geblieben. Warum kann es nicht diejenigen Länder begünstigen, die seit dem Zweiten Weltkrieg ihrer kolonialen und halbkolonialen Fesseln ledig wurden? Warum begünstigt das Handelssystem immer die gleiche Gruppe von Ländern?" Und er fuhr fort: „Der Handel bildete von jeher das Wesen internationaler wirtschaftlicher Zusammenarbeit und er sollte daher das wichtigste und bewußt eingesetzte Instrument zur wirtschaftlichen Entwicklugn unterentwickelter Länder werden, statt wie bisher ein Instrument zu sein, das die Reichen noch reicher macht."

Die brennende Aktualität dieser Fragen und die dringende Forderung nach einer Änderung der Tendenzen des Handels macht sich in diesem Konferenzsaal bemerkbar. Diese Fragen müssen Ihr Denken und Ihre Arbeit tagaus, tagein beschäftigen. Es handelt sich hier um das Problem unserer Zeit und die Gründe, die zur Einberufung dieser Konferenz führten. Wir sind entschlossen, das zu erobern, was wir die geheimen Kräfte der Natur nennen. Wie lange noch sollen wir zulassen, daß anonyme ökonomische Mächte die Beziehungen der Menschen zueinander beherrschen mit der unhaltbaren Begründung, die Sozialwissenschaften seien zu einer progressiven Entwicklung ähnlich den Naturwissenschaften nicht fähig?

Wie ich schon gesagt habe, ist diese Konferenz zur Tat aufgerufen. In diesem Konferenzsaal sind die führenden Staatsmänner und Wirtschaftsfachleute aus kleinen und großen, reichen und armen Ländern versammelt. Politischer guter Wille und ökonomische Erfahrung sind reichlich vertreten. Beides anzuwenden, erfordert Zuneigung, Opferbereitschaft, Weisheit und Voraussicht. Ihre Bemühungen können Erfolg haben nur durch gemeinsame Anstrengungen, die im Bewußtsein Ihrer gemeinsamen Verpflichtungen gegenüber der Menschheit unternommen werden. Sie können kaum weniger tun, als die Menschheit, sowohl in den unterentwickelten als auch in entwickelten Ländern mit einem System von Grundsätzen und einer aktiven Politik auszurüsten, mit deren Hilfe der Handel zu einem wirksamen Instrument für Fortschritt und wirtschaftliche Entwicklung werden könnte und auf diese Weise helfen würde, allgemeine Prosperität und Frieden für diese und kommende Generationen zu sichern.

United Nations Conferenz on Trade and Development, Press Release.

Deutsche Übersetzung „Blätter für deutsche und internationale Politik"

Wortlaut eines Briefes an Bundeskanzler Prof. Erhard

Auf Initiative des Mitherausgebers dieser Zeitschrift Karl Graf von Westphalen haben zahlreiche Persönlichkeiten nachfolgenden Brief an Bundeskanzler Prof. Erhard gerichtet. Eine Gruppe des Unterzeichnerkreises beabsichtigt, das Schreiben den Delegationen der in Genf tagenden 18-Mächte-Abrüstungskonferenz zur Kenntnis zu geben. D. Red.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Die gegenwärtig in Genf tagende Konferenz der achtzehn Mächte hat größere Chancen, zu wirksamen Schritten der Abrüstung und Entspannung zu gelangen, als alle entsprechenden früheren Bemühungen. Präsident Johnson hat dem Vorschlag des sowjetischen Ministerpräsidenten, einen weltweiten Vertrag über den Verzicht auf Gewaltanwendung bei territorialen Streitigkeiten abzuschließen, grundsätzlich zugestimmt, und beide Mächte haben zum ersten Mal eine Kürzung ihrer Rüstungsausgaben vorgenommen. Ihr Wille, weitere Übereinkünfte auf dem eingeschlagenen Weg der Entspannung und Abrüstung zu erzielen, ist offensichtlich. Die Anstrengungen, die vor allem die Nationen der blockfreien Welt seit Jahren unternommen haben, um die Menschheit vor einer kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Ost und West zu bewahren, befinden sich damit zum ersten Mal in Übereinstimmung mit dem politischen Streben der beiden großen Atommächte.

Wir meinen, daß es in dieser Situation vornehmste Sache der Bundesrepublik sein müßte, aus eigenem Antrieb und auch aus richtigverstandenem eigenen Interesse zum Gelingen dieser Entspannungsbemühungen der großen und kleineren Staaten der Welt beizutragen. Es erfüllt uns mit Sorge, daß zu einer Zeit, da die Führungsmächte von West und Ost Kurs auf die Abrüstung nehmen, in der Bundesrepublik weiterhin eine dynamische Aufrüstung betrieben wird, deren zwangsläufige Wirkung es sein muß, jede Aussicht auf irgendwelche Entspannungs- und Abrüstungsmaßnahmen in Mitteleuropa und Deutschland zu blockieren. Eingedenk unserer unrühmlichen Geschichte sind wir der Ansicht, daß es zum wenigsten einer deutschen Regierung anstünde, möglicherweise Anlaß zum Scheitern der diesjährigen Genfer Bemühungen zu geben. Unseres Erachtens könnte hingegen die Bundesregierung zu einer wesentlichen Erleichterung der Genfer Verhandlungen beitragen, und zwar schon mittels einer verbindlichen Erklärung an die Adresse der Teilnehmerstaaten der Genfer Konferenz, in der sie zusichert, den gegenwärtigen Rüstungsstand in der Bundesrepublik nicht mehr zu steigern, sondern ihn auf der Höhe des heutigen Etats und der im Jahre 1963 gültigen Planungen „einzufrieren".

Wir übersehen dabei nicht, daß die Abgabe einer solchen Erklärung eine Beteiligung der Bundesrepublik an der geplanten multilateralen Atommacht ausschließen würde. Wir ersuchen die Bundesregierung nur um so dringlicher, auf eine Mitsprache über Atomwaffen freiwillig zu verzichten und damit wesentlich zur Abrüstung und Entspannung in der Welt beizutragen.

Eine atomare Streitmacht, an der ein Teil des heute zerrissenen Deutschland teilnimmt, wird nicht nur — wie sich jetzt in Genf abermals zeigt — von der Sowjetunion als ein ernsthaftes Hindernis auf dem Weg der weltweiten Entspannung betrachtet. Auch wir, die Unterzeichner dieses Briefes, können die Beteiligung der Bundesrepublik an atomarer Macht mit unseren Hoffnungen auf eine günstige politische Entwicklung in Deutschland und Mitteleuropa schlechterdings nicht in Einklang bringen. Unseres Erachtens wird damit weder dem Frieden in der Welt noch der Sache der deutschen Wiedervereinigung ein Dienst erwiesen. Wir bitten daher die Bundesregierung, von militärischen Rechnungen abzusehen, die beim heute erreichten atomaren „Patt" zwischen Ost und West weder aufgehen können noch den politischen Erfordernissen der allgemeinen Entspannungsentwicklung entsprechen. Wir bitten die Bundesregierung vielmehr, der Genfer Konferenz mitzuteilen, daß die Bundesrepublik im Interesse der allgemeinen Abrüstung nicht länger auf ihrer Einbeziehung in die geplante multilaterale Atommacht bestehen wird.

Es kann niemandem zweifelhaft sein, daß eine solche Nachricht aus Deutschland der Genfer Abrüstungskonferenz einen Aufschwung verleihen würde, der nicht nur den von beiden Seiten angestrebten Vertrag über die Nichtweitergabe von Kernwaffen an dritte Länder, sondern vor allem auch eine Anzahl weiterer bedeutender Fortschritte im Interesse des Weltfriedens und seiner Sicherung zustandekommen ließe. Andererseits herrschen selbst in den Reihen der NATO-Partner starke Zweifel daran, ob der Aufbau einer

multilateralen Atomstreitmacht wirklich erstrebenswert ist und ob die Erwartungen, die in ihre Wirkung gesetzt werden, realistisch sind. Nicht nur Frankreich, sondern auch der belgische Außenminister Spaak haben bereits eine Beteiligung an der neuen Atommacht abgelehnt. Der britische Oppositionsführer Wilson kündigte unlängst für den Fall eines Wahlsiegs seiner Partei den Abbau der britischen Atommacht an und gab einen Abrüstungsplan bekannt, der dann der Außenpolitik der britischen Regierung zugrundegelegt würde. Wilsons Plan enthält den Vorschlag eines Abkommens, die bereits in Mitteleuropa gelagerten Kernwaffen nicht zu vermehren und schrittweise eine Zone zu schaffen, die frei von allen Kernwaffen bei beschränkter konventioneller Bewaffnung sein soll. Es scheint uns an der Zeit, daß auch seitens der Bundesregierung dem deutschen Interesse an einer Entspannung in Mitteleuropa und einer Klimaverbesserung innerhalb Deutschlands gleichfalls der Vorzug vor einem fragwürdigen, möglicherweise folgenschweren Projekt gegeben wird.

Wir wiederholen daher, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, unsere eindringliche Bitte, die angestrebte Beteiligung der Bundesrepublik an einer multilateralen Atomstreitmacht angesichts der zwangsläufigen internationalen und nationalen Rückwirkungen, an denen die Bundesrepublik wie das auf Wiedervereinigung hoffende ganze deutsche Volk kein Interesse haben kann, zu überprüfen und möglichst noch während der Genfer Verhandlungen eine entsprechende Änderung des Standpunkts der Bundesregierung bekanntzugeben.

Bonn, April/Mai 1964

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth, Marburg; Evamaria Adam, Baden-Baden; Dr. Adamietz, Rektor a. D., Essen; Pastor Lothar Ahne, Essen-Altenessen; Stefan Albring, Vorsitzender d. Albert-Schweitzer-Ges., Studienrat a. D., Dortmund; Dr. W. Ammann, Rechtsanwalt, Heidelberg; Günther Anders, Studienrat, Bremen; Therese Angeloff, München; Dr. Appel, München; Hans Arndt, Kassel; Heidrun Arndt, Erkelenz; Trude Arnz, Wickrath; Dr. med. F. Aust, Düsseldorf-Oberkassel; Pfarrer W. Bachert, Witten-Annen; Hubert Bachofen, Haan/Rhld.; Carl Backhaus, Fabrikant, Großensee; Karl Baier, Heilbronn; Prof. Dr. Bamberger, Heidelberg; Pfarrer Walter Barck, Mannheim; Leo Bardischewski, Schauspieler, München; Pfarrer Konrad Barner, Herne; Prof. Dr. Otto Basler, Zell-Riedle b. Offenburg; Pfarrer Dieter Baumann, Düsseldorf; Dr. G. Baumann, Rechtsanwalt, Rosenheim; Heinrich Freiherr von Bechtolsheim, Entraching; Dr. med. Karl F. A. Beck, Chefarzt i. R., Bayreuth; Jürgen Beckelmann, Eichenau b. München; Josef Becker, Oberstudienrat a. D., Nürnberg; Elsa Becker, Nürnberg; Franz Beckers, Textiling., Rheydt; Arno Behrisch, Journalist, Solingen; Walter Benkert, Ingenieurbüro, Nürnberg; Stud. Prof. Dr. Dr. G. Benl, München; Ernst Benner, Ing., Schwieberdingen, Krs. Ludwigsburg; Wilhelm Bentele, Fabrikant, Stuttgart; Paul Bernecker, Superintendent i. R., Detmold; Hugo Berrar, Lehrer, Schmelz; Josef Berthold, Steuerbevollmächtigter, Trier; H. Bethge, Lehrer, Hamburg; Dr. Dr. Albrecht O. Bettermann, Hagen; Nilly Beutel, Amorbach; Gertrud Bienko, Studienrätin, Koblenz; Arthur Blechmann, Lehrer, Mülheim a. d. Ruhr; Hugo Bock, Bauing. und Geschäftsführer, Saarbrücken; Pastor Kurt Bock, Freudenberg, Kr. Siegen; Erich Bockemühl, Schriftsteller, Rheydt; Reimar von Bonin, Konteradmiral a. D., Unterlengenhardt; Hans Bonnet, Studentenpfarrer, Mönchengladbach; Arthur Böpple, Sekretär, Bremen; Prof. Dr. Max Born, Bad Pyrmont; Hans-Günter Borberg, Frankfurt/Main; Martin Bost, Stadtrat, Neunkirchen/Saar; Frau T. Bostelmann, Timmendorfer Strand; Heinrich ter Braak, Ortsvors. d. Zentrums, Gescher; Richard Braas, Manderbach; Prof. Dr. Georg Brauer, Freiburg; Johannes Hermann Brandau, Wetter/Hessen; Günter Brebeck, Mönchengladbach; Dr. Ing. Rudolf Brennecke, Wattenscheid; Dr. med. Hans Brender, Krefeld; Prof. Dr. Eduard Brenner, Oberaudorf; Eugenie Brobeil, Marburg.L.; Günter Bröhl, Journalist, Essen; Ursula Bucklemund, Solingen; Dr. med. Heinz Büttelmann, Bremen; Edith Buhr, Hamburg; Prof. Dr. Walther Bulst, Heidelberg; Dr. Marie Luise Bulst, Heidelberg; Prof. Dr. Georg Burckhardt, Unterwössen; Pfarrer Dr. K. Burkardt, Hohenlimburg; Pfarrer Friedrich Buschbeck, Wertheim; Dr. Josef Buschmann, Gescher; Eugen Ballenberger, Zimmermeister, Plochingen; Wolfram Armin Candidus, Wesel; Erika Charisius, Eßlingen; Albrecht Charisius, stud. med., Eßlingen; Ursula Charisius, stud. phil., Eßlingen; Klaus Charisius, Lehrer, Eßlingen; Kurt Charisius, Eng., Eßlingen; Willi Christmann, Stadtverordneter, Bottrop; Karlheinz Creutz, Kindenheim; Willi Cronauer, München; Dr. Ilse Daehne, Bremen; Carl

Dantz, Schulleiter i. R., Bremen; Dr. jur. Joachim Dalchow, Timmendorfer Strand; Pfarrer i. R. Rudolf Daur, Stuttgart; Pfarrer Degen, Wermelskirchen; Prof. Dr. Günther Dehn, Bonn; Dr. Alfred Deppe, Zahnarzt, Baden-Baden; Walter Deutschbein, Lobberich; Julius Diesenberg, Lehrer, Bonn-Ippendorf; Prof. Otto Dix, Hemmenhofen/Bodensee; Prof. Dr. Ing. Dr. Ing. e. h. Döcker, Stuttgart; Rudi Döring, Frankfurt/M.; Gerhard Dorn, Werbefachmann, Hamburg-Wandsbek; Hannelore Dorn, Krankenschwester, Hamburg-Wandsbek; Prof. Dr. Heinrich Düker, Marburg/Lahn; Jenö von Egan-Krieger, Generalleutnant a. D., Bernstein/Burgenland; August Eder, Köln-Kalk; Dr. Kurt Ehlers, Direktor, Bremerhaven; Pfarrer R. O. Ehrhardt, Frankfurt/Main; Frau Dr. Eisenberg, Kirchhain, Krs. Marburg; Wilhelm Elfes, vorm. Polizeipräsident und Oberbürgermeister, Mönchengladbach; Franz Emonds, staatl. gepr. Landwirt, Gescher; Franz Errenst, Architekt, Aachen; Georg von Essen, Offenburg; Pfarrer Kurt Essen, Duisburg; Dr. jur. Hermann Etzel, Handwerkskammerdirektor a. D., Bamberg; Paul Fahlbusch, Koblenz; Arnold Falkenroth, Wuppertal-Barmen; Prof. Dr. Klara Marie Faßbinder, Bonn; Pfarrer Theo Fehn, Tiefenthal; Karl Feldmann, Studienrat i. R., Herne; Hans Felten, Frechen; Dr. Friedrich Ferber, Chemiker, Mannheim; Hedwig Finger, Siegen; Günter Finkenrath, cand. theol., Göttingen; Werner Finking, Werbeberater, Datteln; Heinz Fischer, Oberstleutnant a. D., Celle; Eduard Fladener, München; Heinz Friedrichs, Düsseldorf; Pfarrer W. Friese, Gels.-Bur-Hassel; Heinrich Früchtnicht, Schulleiter, Bremen; Werner Frisch, Augsburg; Albert Fuck, Schriftleiter, Bochum; E. F. Fürbringer, München; Arthur K. Führer, med. pharmazeut. Assistent, Bottrop; Rudolf Fürst, Kirchenrat und Dekan i. R., Fürth; Pfarrer Hartmut Gadow, Berlin; Pfarrer Friedrich Gädeke, Bremen; Akademieprofessor Willi Geiger, München; Professor Anton Geiler, Regensburg; Prof. Dr. W. Gerstenberg, Tübingen; Dr. Dr. Eduard Gesell, Marburg/L.; Prof. Hermann Geibel, Bildhauer, Darmstadt; Pastor Friedrich Gerlach, Bremen; Dr. Dr. Wilhelm Gerstacker, Nürnberg; Pfarrer Ginsberg, Mönchengladbach; Dr. Gerhard Gleisberg, Chefredakteur, Hamburg; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Prof. D. Helmut Gollwitzer, Berlin; Josua L. Lambsch, Karlsruhe; Pastor Wilhelm Garlipp, Bremen; Pastor Dr. G. Greiffenhagen, Bremen; Prof. Fritz Griebel, Nürnberg; Dr. Emil Grobel, Rechtsanwalt, Wuppertal; Prof. Dr. med. Kurt Gröbe, Hamburg; Dr. Dr. Georg Groeninger, Oberamtsrichter a. D., Darmstadt; Ludwig Gruber, Selm; R. Grundwald, Kaufmann, Coesfeld; Josef Grunow, Oberlehrer i. R., Bergisch-Gladbach; Edith Grundwald, Coesfeld; Pfarrer Herbert Günneberg, Essen; Prof. Dr. phil. Dr. h. c. Wilhelm Gundert, Neu-Ulm; Dr. Gutte, Stud.-Rat, Bremen; Dr. Paul Haag, Rechtsanwalt und Notar, Frankfurt; Walter Häcker, Stadtrat und Kreisverordneter, Markgröningen; Gustav Hagemann, Rektor i. R., Lemgo; Pfarrer Horst Hahn, Schopp/Rheinland-Pfalz; Wolfgang Hake, Verlag, Köln-Kalk; Heinz Handstein, Betriebsrat, Frankfurt; Prof. Johannes Harder, Wuppertal; Prof. Dr. Wilhelm Hasenack, Göttingen; Egon Hassbecker, Buchhändler, Eberbach/Neckar; Dr. Dr. med. H. Haubach, Augenarzt, Frankenthal; Prof. Dr. Gustav Heckmann, Hannover; Prof. Dr. K. Heckmann, München; Helga Heinen, Neu-Mödrath; Dr. Walter Heidbrink, Landgerichtsrat, Münster; Prof. Helmut Heinemann, Lüneburg; Dr. habil. Karl Helbig, Geograf, Hamburg-Altona; Dr. Fritz Helling, Oberstudiendirektor i. R., Schwelm; Dr. Horst-Otmar Henneberg, Waldorf/Baden; Klaus Henry, Student, Hamburg; Anni Herzmann, Angestellte, Differten; Josef Herrmann, Lehrer, Gemeindevertreter, Differten; Hans Herrmann, Betriebsratsvorsitzender, Duisburg; Michael Hertz, Kunsthändler und Verleger, Bremen; Pfarrer Armin Herzer, Sippertsfeld/Pfalz; Pfarrer Horst Heubner, Cölbe; Dr. Ing. Günther Heydt, Hamburg; Ernst Heywang, Schulrat a. D., Marktbreit; Dr. Ernst Hierl, Dozent i. R., Augustdorf; Gerhard Hoch, Bibliotheks-Inspektor, Hamburg; Prof. Dr. Lothar Hock, Gießen; John Hopp, Stud.-Rat a. D., Hamburg; Elisabeth Hoff, Aachen; Philipp Hörter, Mitgl. d. Ortsvorst. IG-Bau, Mayen; Prof. Wilhelm Hübotter, Gartenarchitekt, Hannover; Theo Hütten, Journalist, Düsseldorf; Hans Herbst, Fabrikant, Worms a. Rh.; Dr. Rudolf Ibel, Hamburg; Kurt Illing, Nürnberg; Rudolf Ismayr, Oberregierungsrat, Augsburg; Pfarrer Hermann Jacob, Landstuhl; Dr. Erich Jacob-Huchting, Tierarzt, Bremen; Prof. Dr. med. W. Jacobi, Tübingen; Hanns Jacobs, Religionslehrer, Wuppertal-Barmen; Karl Jacobi, Eppstein/Taunus; Hermann Jaeger, Dipl.-Ing., Homberg; Wilhelm Jarcke, Pfarrer i. R., Mönchengladbach; Anni Jantschar, Wicklerin, Göppingen; Hans Jantschar, Schlosser, Göppingen; Bernhard Jendrejewski, Chefredakteur, Dortmund; Prof. Dr. A. Joerger, Karlsruhe-Durlach; Irene Jung, Löchgau; Gerhard Jüngst, Pfarrer, Gelsenkirchen; Herbert Kauffmann, Verleger, Dortmund; Dr. Erich Kästner, München; Prof.

Dr. Dr. Helmuth Kanter, Marburg; Dr. Martha Kerner, Augenärztin, Augsburg; Dr. Sophie-Ch. Kirchhof, Rechtsanwältin, Duisburg; Cläre Kirschbaum, Köln-Braunsfeld; Lorenz Knorr, Journalist, Frankfurt/M.; Albert Köhler, Bremerhaven; Hans Köhler, Apotheker, Mainz; Hans Koerner, Ing., Broeleck; Fritz Korsch, Mitgl. d. Betriebsrates, Düsseldorf; Pfarrer Josef Krämer, Ockfen; Jos. Krämer, Innenarchitekt, Paderborn; Karl Heinz Kranz, Köln; Studienrat Fritz Krause, Geesthacht; Carl Kredel, Stadtsyndikus i. R., Frankfurt/Main; Pauline Kredel, Frankfurt/Main; Gotthard Krieger, Rechtsanwalt und Notar, Hannover; Prof. Karl Kriete, Bremen-Lesum; Pfarrer Horst Krokkert, Mainz-Kastel; Heinz Kröger, Rechtsanwalt,Bochum; Anni Krüger, Hamburg-Eidelstedt; Carl Kreikenbaum, Mech.-Meister, Bremen; Albert Köhler, Bremerhaven; Alfred Küffner, Unterpfaffenhofen; Mira von Kühlmann, Publizistin, München; Pfarrerin Erica Küppers, Frankfurt/M.; Irmgard Kuhne, Opernsängerin, Bochum; Walter Kluthe, Schwelm; Dankwart M. Kurtz, Bildhauer, Köln-Klettenberg; Pfarrer Werner Laehner, Hohenlimburg; Ernst Lamprecht, Fabrikant, Klein-Karben; Oberstudiendirektor i. R. Herbert Langner, Braunschweig; Arthur Lapoehn, Rechtsbeistand, Bremen; Oberstudiendirektorin Dr. Philiomene Lehner, Aschaffenburg; Herbert Lenz, Aachen; Wilhelm Josef Liedke, Schriftsteller, Frankfurt/M.; Walter von der Linden, Architekt, Mülheim/Ruhr; Pastor Dietrich Linz, Köln-Longerich; Olga Prinzessin zur Lippe, Wiesbaden; Professor Dr. Frank Löbell, München; Anna Löffler-Winkler, Kunstmalerin, Bamberg; Ruth Löchner, Oberlehrerin, Eßlingen; Prof. D. Dr. Wilhelm Loew, Mainz; Nikolaus Ludwig, Imker, Ludweiler; Hildegard Lueg, Oberstuidenrätin, Herne; Leni Lungstras, Oberfürsorgerin, Frankfurt/M.; Dr. med. Walter Lutz, Düdingen/Saar; Gerdt Maehl, Schlossermeister, Hamburg-Nienstedten; Ernst Malangre, Studienrat, Leverkusen; Prof. Dr. Alfred von Martin, München; Stud. Prof. Dr. Heinz Martius, Erlangen; Dr. jur Paul Matzner, Rechtsanwalt, Essen; Rudolf Maurer, Baumeister, Meisenheim/Glan; Prof. Dr. Dr. Ernst Meier, Frankfurt/Main; Prof. Willy Menz, Direktor i. R., Bremen; Dr. Ing. W. Ritter von Meng, Karlsruhe; Prof. Hans Meyboden, Freiburg; Dr. med. Paula Meyer, prakt. Ärztin, Bünde; Dr. jur R. Johannes Meyer, Hamburg-Blankenese; Anna Christa Meier, Studienass., Gevelsberg; Dr. Peter Meier, Gevelsberg; Dr. Heinrich Michalke, Dormagen; Kirchenpräsident a. D. Friedrich Middendorff, Schüttorf; Manfred Miller, Bremen; Kurt Möbius, Rechtsanwalt, Duisburg-Meiderich; Dr. Wolf Heinrich v. d. Mülbe, München; Horst Müller, Techniker, Dortmund-Asseln; Dr. Friedrich Müller, Verwaltungsgerichtspräsident i. R., Wiesbaden; Kurt E. Müller, Reutlingen; Rektor Heinz-Joachim Nagel, Gießen; Dr. med. Charlotte Neuhöffer-Michalski, Ärztin, Solingen; Lilly Nevenny, München; Dr. Charlotte Niederhommert, Oberstudiendirektorin, Leverkusen; Fritz Nockemann, Wuppertal-Elberfeld; Hans Erich Nossack, Schriftsteller, Darmstadt; Albert Obermeier, Harksheide; Pfarrer Hans-Joachim Oeffler, Siegelbach; Dr. jur. F. W. Oelze, Bremen; Karlludwig Opitz, Wackersberg-Höfen; Reinhard Opitz, Journalist, Köln; Otto Albrecht von Oppen, Pfarrer, Datteln; Pastor Herbert Oppermann, Wallsbüll; Baronin Marissa v. d. Osten, Baden-Baden; Prof. Dr. Eberhard Otto, Heidelberg; Prof. Otto Pankok, Brünen; Peter Panzer, Gemeindedirektor i. R., Ratingen; L. de Pellegrini, Oberlehrer und Schriftsteller, Weil/Rh.; Irka Peter, Schauspielerin, Frankfurt/M.; Prof. Katharina Petersen, Hannover; Stud.-Prof. Hermann Pfister, Fürth; Prof. Karl Herm. Pillney, Bensberg; Franz Plautz, Gewerkschaftsfunktionär, Dortmund; R. Plaschkewitz, Bremerhaven; Dr. med. Hanna Plieninger, Eßlingen a. N.; Kapitän Otto Prehn, Bremen; Karl Preuss, Dortmund; Karl Pas. Alsdorf; J. Rall, Amtmann a. D., Stuttgart; Karl Rauch, Verleger, Planegg; E. Regnier, München; Toni Rehfisch, München; Hans Reichenbach, München; Harry Reuß-Löwenstein, Schriftsteller, Ehrenpräsident der Vereinigung Deutscher Schriftstellerverbände, Hamburg; Prof. Dr. Hans Rheinfelder, München; Kurt Richter, Goldschmiedemeister, Duisburg; Werner Riedel, Fürth/Bay.; Prof. Dr. Renate Riemeck, Gundelfingen; Studiendirektor Werner Riemensperger, Schlitz; Pfarrer Martin Ritter, Essen-Heidhausen; Dr. Ernst Roeder, Fürth/Bay.; Carl A. Rogall, Kunstmaler, Saarbrücken; Norbert Rölle, z. Z. Bad Rippoldsen; Hans Rondi, Journalist; Hamburg; Pfarrer Heinz Rollfs, Essen; Norbert Rink, Düsseldorf-Oberkassel; Harry Rösler, Justizoberinspektor, Essen; Studienrat Ernst von Rosenbladt, Rendsburg; Dr. J. C. Rossaint, Düsseldorf; Ursula Rütt, Schriftstellerin, Darmstadt; Bärbel Pracht, Wuppertal-Ronsdorf; Superintendent Werner Sanß, Selm; Pfarrer Heinz Sassenscheidt, Rheydt; Heinz Saur, Schriftsteller, Bad Nauheim; Oskar Seidat, Lehrer, Winterborn; Anton Seitz, Landwirt, Obere Roggenmühle; Oberstudienrätin Hedwig Sell, Göppingen; Christian Simmon-

dig, Eßlingen; Charlotte Skoumal, Rentnerin, Selm i. W.; Pfarrer Ludwig Söldner; Paul Spier, Studienrat a. D., Hamburg; Horst Spinath, Bankkaufmann, Porz a. Rh.; Dr. Edgar Spir, Augenarzt, Hamburg 22; Pfarrer Horst Symanowski, Mainz-Kastel; Ilse Sprenger, Fürsorgerin, Frankfurt; Wilfried Schäfer, Schriftsteller, Tübingen; Prof. Dr. Hans Schaefer, Heidelberg; Horst Schatte, Lehrer, Holzkirchen; Pfarrer Dieter Schellong, Gütersloh; Toni Scheppeler, Fürsorgerin, Frankfurt; Berta Schepeler, Fürsorgerin, Frankfurt; Irene Schilling, Dir. a. D., Eßlingen; Wolfgang Schlenker, Studienrat, Ulm; Curt Schmid, Miltenberg a. M.; Dr. Hermann Schöhl, Oberststudiendirektor i. R., Bad Kreuznach; Rolf von Schoen, Berchtesgaden; Otto Schoenfeldt, Intendant a. D., Düsseldorf; Dr. Wilhelm Schrammen, Hamburg-Fuhlsbüttel; Gerhard Schroeter, Oberförster a. D., Nassau; Gideon Schüler, Buchhändler, Gießen; Dr. theol. Hannelies Schulte, Ziegelhausen; Otto Schultze-Fabricius, Betriebsleiter, Kempten; Charlotte Schumacher, Hausfrau, Gütersloh; Theodor Schumacher, Angestellter, Gütersloh; Dr. med. M. Schutzbach, Augenarzt, Ingolstadt; Dr. Günther Schwarz, Darmstadt; Prof. Dr. Wolfgang Schweitzer, Bethel b. Bielefeld; Rektor Ernst Schwiethyl, Darmstadt; Inge Schworm, Niederalben; Ernst Schworm, Niederalben; Heinz Stadtler, Ingenieur, Wermelskirchen; Dr. K. H. Stauder, München; Rolf Stelljes, Bremen; Paul Stegemann, Tönisheide; H. Steinkamp, Rechtsanwalt, Bielefeld; Karl Heinz Stelling, Architekt, Bremen; Nr. med. Dora Steuer, Eßlingen; Prof. Philipp Stöhr, Bonn; Edeltraut Stommel, Bergisch-Gladbach; Pfarrer Günter Stopka, Schmalenberg/Pfalz; Pfarrer Wilfried Storch, Neuß; Bernhard Stork, Dortmund; Prof. D. Hermann Strathmann, Erlangen; Hubert Strohbücker, Oberstudienrat, Neuß; Hans Stuhr, Gartenbautechniker, Breitscheid; Hans Terrey, Beamter, Duisburg; Johann Theß, Velbert; Alma Theß, Velbert; Professor Dr. P. Thieme, Tübingen; Pfarrer A. Thoma, Furtwangen; Gertrud Thoma, München; Ernst Max Vieweg, Siegburg; Dr. Ing. J. F. Tönnies, Fabrikant, Freiburg i. B.; Studienrat Karl Traut, Pirmasens; Uwe Tünnecke, Hamburg; Prof. Jürgen Uhde, Ulm; Helga Viering, Hamburg; Prof. D. Heinrich Vogel, Berlin; H. M. Vogel, München-Pasing; Prof. Dr. Eckhardt Vogt, Marburg; Konrektor Engelbert Vollmer, Kamp-Lintfort; Karl Heinz Völker, Dipl.-Förster, Bad Gandersheim; Hans H. Voss, Hamburg-Langenhorn; Dr. Emmy Wagner; Erich Walch, MdL, Saarbrücken; Ernst Waldorf, Laden- und Innenausbau, Essen; Prof. Otto Walger, Karlsruhe; Peter C. Walther, Journalist, Frankfurt/Main; Pfarrer Gottfried Wandersleb, Herne; Werner Warsinsky, Lünen; Dr. med. Klaus Wattenberg, Nürnberg; Gerhard Weber, CVJM-Sekretär, Hamburg; Georg Weber, Ing., Regensburg; Josef Weber, Oberst a. D., Düsseldorf; Emil Graf von Wedel, Wiesbaden; Hans Dieter Weichert, Frankfurt/M.; Schwester Dina Weigand, Rehborn; Emilie Therese Weihs, Hausfrau, Frankfurt/M.; Hans Weimbs, Neu-Mödrath; Pastor Harry Albert Welsberg, Gelsenkirchen; Willi Weismann, Verleger, München; Prof. Dr. Aloys Wenzl, München; Dr. W. Wesselhoeft, Düsseldorf; Dr. med. Mathilde Wesseling, Freiburg i. Br.; Hilde Westphal, Stadtverordnete, Remscheid; Helmut Wiechemeyer, Studienrat, Bielefeld; Dr. med. M. Wild, Mülheim/Ruhr; Albert Wildfang, Fabrikant, Gelsenkirchen; Pfarrer H. Wilhelmy, Ebernburg; Peter Willner, Lehrer, Hamburg; Joachim von Winterfeld, Versicherungskaufmann, Leverkusen; Hildegard von Winterfeld, Leverkusen; Wolfgang Wirsig, Journalist, Düsseldorf-Oberkassel; Bernhard Wosien, Professor, München; Helmut Wylezol, Kurzwaren-Großhandel, Offenburg/Bd.; Dr. Gustav Wyneken, Schriftsteller, Berlin; Dietrich Zitzlaff, Lehrer, Wuppertal; Wiente Zitzlaff, Sonderschullehrerin, Wuppertal; Dr. Ernst von Xylander, Dipl.-Psychologe, München; Fürsten-Witwe Marie zu Ysenburg und Büdingen, Büdingen; Pfarrer i. R. Hans Zimmermann, Wehrda.

Diesen Erstunterzeichnern haben sich außerdem angeschlossen:

Klaus Albert, Wirtschaftsgeograph, Stuttgart; Robert Behrens, Kammermusiker i. R., Essen; Helmut Beth, stud. theol., Worms; Werner Wittmann, Stadtinspektor, Worms; Irene Decarli, Schauspielerin, Iserlohn; Walter Kausch, Regisseur, Iserlohn; Liesel Hambach, Schauspielerin, Iserlohn; Eva Deyhle-Kulenkampff, Lehrerin, Marburg; Dr. Helmut Dörr, Bad Kreuznach; Karl Friedrich, Dipl.-Ing., Architekt, Murrhardt; Elisabeth Grüttefien, Murrhardt; Hedwig Merk, Murrhardt; Erich Rudolf, Journalist, Murrhardt; Marianne Rudolf, Hausfrau, Murrhardt; Dora Weber, Murrhardt; Heinrich Meffert, Murrhardt, Haus Hohenstein d. Christengemeinschaft; Ludwig Lauer, Murrhardt, Haus Hohenstein d. Christengemeinschaft; Ruth Lauer, Murrhardt, Haus Hohenstein d. Christengemeinschaft; Heinrich Ziemendorff, Ingenieur, Murrhardt, Haus Hohenstein d. Christengemeinschaft;

Clara Ziemendorff, Hausfrau, Murrhardt. Haus Hohenstein d. Christengemeinschaft; Irmgard Villingen, Murrhardt; Elisabeth Merzenich-Piper, Murrhardt; Marg. Bartels, Murrhardt; Wolfgang Gessner, Dipl.-Ing., Murrhardt; Frieda Gessner, Murrhardt; Ewald Helling, Drogist, Anrath; Dr. jur. Lieselotte Herx, Münster i. W.; Ludwig Jordan, Kassel; Joachim Loes, Stuttgart-N.; Else Eckart, Fa. Eisenbach, Nürnberg; Ernst Bezner, Heilbronn-Sontheim; Karl Heinz Märtens, Bauingenieur, Essen; Heinrich Christian Meier, Schriftsteller und Dramaturg, Hamburg; Heinrich Schäfer, Diakon, Senne I; Hugo Schneider, Werkmeister a. D., Biberach-Riß; Georg Schweitzer, Schneidermeister, Biberach-Riß; Anton Schober, Weiben/Opf.; Ludwig Velten, Rektor i. R., Mainz; Hermann Wrangel, Kaköhl üb. Lütjenburg; Edith Wrangel, Kaköhl üb. Lütjenburg.

Göttinger Studenten an Bürgermeister Brandt

34 Göttingen
Kreuzbergring 81
Hist. Colloquium
den 10. März 1964

An den
Regierenden Bürgermeister
Willy Brandt
Berlin-Schöneberg
Rathaus

Sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister!

Der Abbruch der Passierscheinverhandlungen und die im Zusammenhang damit von Ihnen gemachten Äußerungen veranlassen uns zu diesem Schreiben.

Ihr Einschwenken auf die Politik des Bundeskanzlers erscheint uns um so unverständlicher, als Sie nach wie vor in der Öffentlichkeit erklären, daß die Weihnachtsregelung „nicht nur vertretbar, sondern ein Erfolg für die Menschen und die deutsche Sache gewesen ist." Ausdrücklich vollzog sich also dieses Abrücken von einer Sache, die Sie selbst für richtig und vernünftig halten, nicht unter dem Eindruck überlegener Argumente von seiten der Bundesregierung, sondern lediglich im Hinblick auf die inhaltslose Formel außenpolitischer Gemeinsamkeit. Wir halten das von Ihnen praktizierte vordergründige Harmonisieren tiefreichender grundsätzlicher Gegensätze solange für nicht gerechtfertigt, wie dadurch zum einen humanitäre Teillösungen verhindert werden, darüber hinaus aber auch der einzige akzeptable Gegenwert für den Verzicht auf Erleichterungen der augenblicklichen Situation, nämlich greifbare Fortschritte in der Wiedervereinigung selbst, nicht erlangt werden. Da in der augenblicklichen Situation das Festhalten an der Gemeinsamkeit mit dem unfruchtbaren Festhalten am Status quo identisch ist, fällt das Votum für Beweglichkeit notwendigerweise mit dem Votum gegen Gemeinsamkeit zusammen. Wir halten das Aufbrechen dieser Gegensätze nicht für wünschenswert, halten die eindeutige Wendung gegen die Politik der Bundesregierung in der Passierscheinfrage aber für unerläßlich, soll die Parole der Gemeinsamkeit nicht zum bloßen Selbstzweck werden, wie es der Fall wäre, wenn sie den wesentlichen Bezugspunkt der deutschen Politik, die Wiedervereinigung, aufgäbe. Gemeinsamkeit droht so zum nichtssagenden Surrogat für politische Verstellungen und zum probaten Kampfmittel gegen jegliche Opposition zu werden.

Ihre sehr ergebenen

gez. Peter Melcher, Stud. phil. (Mitgl. d. Hist. Colloquiums), R. Riemenschneider, stud. phil. (Mitgl. des Hist. Colloquiums) — K. U. Bigott, stud. phil. (Mitgl. d. Hist. Coll.) — G. Wichert, cand. phil. (Mitgl. d. Hist. Coll.) — H. O. Elias, stud. phil. (Mitgl. d. Hist. Coll., Mitgl. d. Historikergem. Marburg) — K. Weidemann, stud. phil. (Mitgl. d. Hist. Coll.) — Chr. Klessmann, stud. phil. (Mitgl. d. Hist. Coll.) — P. Lenzen, stud. phil. (Mitgl. d. Hist. Coll.) — T. Capelle, stud. phil. (Mitgl. d. Hist. Coll.) — J. v. Bieberstein, stud. phil. (Sprecher und Mitgl. d. Hist. Coll.) — P. Kriedte, stud. phil.

— P. Merkel, stud. phil. — H. Boockmann — U. Schöning, stud. phil. (Mitgl. d. Hist. Coll.) — R. Ballof, stud. phil. (Mitgl. d. Hist. Coll.) — B. Kochan, cand. phil. (Mitgl. d. Hist. Coll.) — L. Caspers, stud. phil. (Mitgl. d. Hist. Coll.) — H. G. Haupt, stud. phil. (Mitgl. d. Hist. Coll.) — H. Cassies, Dr. phil. — Heinrich Achler, stud. phil. (Mitgl. d. F.-Naumann-Kreises) — Oscar Mattner, cand. phil. (Mitgl. d. F.-Naumann-Kreises) — Helmut Washausen (Tutor d. F.-Naumann-Kreises, Mitgl. d. Hist. Coll.) — D. Krüger, cand. phil. — Klaus Gast, cand. phil. — W. Wagner, cand. phil. — Axel Heer, cand. jur. — B. Hinrichs, cand. phil. (Akademische Musikverbindung) — U. Spellenberg, cand. jur. (Mitgl. d. F.-Naumann-Kreises) — Klaus Schulz, cand. phil. — Herbert Thier, cand. phil. — Jürgen Jahnke, cand. phil. (Mitgl. d. Hist. Coll.) — Gudrun Hadeler, stud. phil. — Peter Gebhardt, cand. phil. — Gottfried Lorenz, cand. phil. — Erhard Neueler, cand. phil. et theol. — Chr. Kunkel, stud. päd. — M. Philipp, cand. phil. (Mitgl. d. F.-Naumann-Kreises) — B. Lagois, cand. phil. — Hildegard Kühne, cand. phil. — K. Scheele, cand. phil. — Klaus Schroeter, cand. phil. — W. Neumann, cand. theol. — Elke Thiergen, stud. phil. — W. Czeranka, cand. phil. (Mitgl. d. Hist. Coll.) — Kl. Fröhlich, cand. phil. — Albrecht Riechers, cand. phil. (Mitgl. d. GSG) — Jörg Wollenberg, cand. phil. (Mitgl. d. Hist. Coll.) — Klaus Wettig, stud. phil. — Dr. rer. nat. Peter Ehrmann.

Pressemitteilung des Zentralen Ausschusses zu den Ostermärschen 1964

Am Ostermontag sind in allen Teilen der Bundesrepublik die Ostermärsche, die von der Kampagne für Abrüstung veranstaltet wurden, zu Ende gegangen. Trotz des strömenden Regens und Schneesturms übertraf die Beteiligung die des vorigen Jahres beträchtlich. An den Märschen, Kundgebungen und Veranstaltungen beteiligten sich während der drei Feiertage etwa 65 000 Menschen, zusammen mit den Veranstaltungen zur Vorbereitung der Märsche etwa 100 000.

Die Kampagne, die sich mit gleicher Entschiedenheit gegen Atomwaffen und das Wettrüsten in Ost und West ausspricht, forderte durch ihre Demonstrationen als weitere Schritte die Aufnahme von Verhandlungen über die Bildung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, den Verzicht der Bundesregierung auf Beitritt zu der multilateralen Atommacht und die Schaffung einer Abrüstungsbehörde nach amerikanischem Vorbild. Diese drei Forderungen sollen u. a. auch nach Ostern durch eine Petition, zu der auf den Abschlußkundgebungen aufgerufen wurde, dem Bundestag unterbreitet werden.

Aus der Bundesrepublik schlossen sich den Märschen besonders Gruppen der Gewerkschaftsjugend, der Naturfreundejugend, der sozialistischen Jugend „Die Falken", der Bündischen Jugend, der Quäker, der Kriegsdienstgegnerverbände und evangelische und katholische Jugendgruppen an.

Es beteiligten sich ferner Delegationen und Gruppen aus 17 ausländischen Staaten, darunter waren Franzosen, Belgier, Engländer und Skandinavier besonders stark vertreten.

Auf den annähernd 100 Veranstaltungen und Kundgebungen sprachen als prominente deutsche Vertreter u. a. Kirchenpräsident D. Martin Niemöller, Erich Kuby, Prof. Dr. Vogel aus Berlin, Heinz Raspini (Dozent der Bundesschule der IG Metall in Lohr), Prof. D. Helmut Gollwitzer und viele andere Geistliche, Gewerkschaftsfunktionäre und Professoren.

Außerdem sprachen Vertreter des Zentralen Ausschusses der Kampagne für Abrüstung wie der Hamburger Lehrer Hans Konrad Tempel, der Bundesjugendleiter der Naturfreunde Herbert Faller, der Bundesvorsitzende des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer Herbert Stubenrauch, die Theologin Dr. Hannelis Schulte, Dr. Arno Klönne, Heiner Halberstadt und Dr. Andreas Buro, Geschäftsführer des Zentralen Ausschusses. Ferner sprachen prominente ausländische Redner, u. a. der Vizepräsident des dänischen Reichstages Rasmussen, der britische Unterhausabgeordnete Frank Allaun, der holländische Abgeordnete Brüggemann, Rolf Debousé, Betriebsrat der Renaultwerke, Prof. Routchevsky, Präsident der französischen Friedensgesellschaft und Abbé Carrett. Der polnische Professor für internationales Recht Ryczka, der in Mannheim den polnischen Plan für Errichtung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa erläutern sollte, erhielt von der Bundesregierung keine Einreiseerlaubnis.

Der Aufruf zum Ostermarsch 1964 wurde von zahlreichen prominenten Persönlichkeiten unterschrieben, u. a. von Hans Magnus Enzensberger, Prof. Ernst Bloch, Wolfgang Neuss, Dr. Erich Kästner, Rolf Hochhuth, Dr. Müller-Gangloff; von über 1100 Geistlichen aller Konfessionen, 450 Gewerkschaften und Betriebsräten, 400 Professoren und Pädagogen, 50 Stadtverordneten, 400 Schriftstellern und Künstlern, annähernd 300 Juristen und Rechtsanwälten. Nobelpreisträger Prof. Dr. Max Born und der SPD-Bundestagsabgeordnete Prof. Fritz Baade erklärten neben dem britischen Philosophen Bertrand Russell ihre Übereinstimmung mit den Forderungen der Kampnagne für Abrüstung.

In der Schlußerklärung zu den Ostermärschen 1964 werden die Bürger der Bundesrepublik aufgefordert, die Kampagne für Abrüstung verstärkt fortzuführen, um die Bundesregierung zu veranlassen, auch ihren Beitrag zur Sicherung des Friedens in der Welt zu leisten.

„Wollt Ihr den ‚Totalen Krieg'?"

Vor dem Arbeitskreis „Wehrpolitik" des CDU-Kreisverbandes sprach Oberstleutnant i. G. Walitschek von der Akademie für Wehrverwaltung und Wehrtechnik (Mannheim) über das „Moderne Kriegsbild".

Als Brückenkopf der NATO würde die Bundesrepublik in einem kommenden Krieg bestimmt zum Kriegsschauplatz, wobei die klassische Trennung von Front und Heimat im Fall der Anwendung von nuklearen Waffen sofort entfällt, sagte der Redner. Dann würde es unter der Zivilbevölkerung weit mehr Opfer geben als unter den Soldaten ... Deutsche müßten auf beiden Seiten neben ihren jeweiligen Verbündeten mitten in ihrem Vaterland gegen Deutsche kämpfen.

Resignation und Furcht vor dem Gegner kommen aber nach den Worten des Referenten einer „nationalen Selbstaufgabe" gleich. Deshalb müßten jetzt alle Verteidigungsanstrengungen mit Vorrang behandelt werden — sowohl die militärische Rüstung wie die politische und gesetzgeberische Vorbereitung für einen möglichen Kriegsfall. In diesem Zusammenhang wies Oberstleutnant Walitschek wiederholt auf die immer dringlicher werdende Verabschiedung eines Notstandsgesetzes hin. Nicht allein die vorhandenen zwölf Divisionen genügen als Rüstzeug für einen kommenden Krieg, der Verteidigungswille des ganzen Volkes müsse hinzukommen, er müsse dem Gegner auch immer wieder glaubhaft gemacht werden ...

„Ein Krieg der Zukunft ist ein Krieg der Extreme", sagte Walitschek. Die Zahl der Toten, die Höhe des materiellen Schadens könne alles bisher Dagewesene übersteigen ...

Flensburger Nachrichten v. 9. III. 64

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Redaktion: Dr. Achim v. Borries, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

Verantwortlich für den Inhalt: Joh. L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 2,50, zuzügl. DM —,20 Porto

Postscheck: Köln 6514. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen; die Rücksendung kann nur erfolgen, wenn Rückporto beiliegt. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36

Druck: Druckhaus Franz W. Wesel, Baden-Baden. Printed in Germany.

Bemerkungen

Am 19. März d. J. verstarb unser langjähriger Mitarbeiter Dr. Ernst Schwarz (Neustadt/Weinstraße) im Alter von 75 Jahren. Nach dem Studium der Philosophie und Chemie hatte Ernst Schwarz als selbständiger Chemiker, später als Leiter des Gewerbeaufsichtsamtes für die Pfalz gewirkt. In ihm vereinigte sich der klare Sachverstand des Naturwissenschaftlers mit philosophischer Leidenschaft und mutigem politischem Engagement für Demokratie und Frieden. Aus dieser Bemühung erwuchsen die Bücher „Weltbild und Weltgeschichte" (1946) und „Am Wendepunkt" (1960). Zahlreiche substantielle Aufsätze in dieser Zeitschrift runden das Bild ab. Die letzte Arbeit des Verstorbenen („Das Werk der Parzen") erschien im März-Heft der „Blätter".

Dr. Emil Hoffmann, geb. 1911, ist Chefredakteur der Monatszeitschrift „Welthandels-Informationen", sowie Außenhandelsberater und Publizist mit den Spezialgebieten Ostwirtschaft, Interzonenhandel und Osthandel. In den letzten zehn Jahren unternahm er mehr als vierzig Reisen in die volksdemokratischen Länder, u. a. als Begleiter des FDP-Bundestagsabgeordneten Rademacher und des derzeitigen Bundesjustizministers, Dr. Bucher. Er betätigt sich auch als Osthandelsbeauftragter verschiedener westdeutscher Werke. Buchveröffentlichungen: „Ostwesthandel im Zwielicht?" (1955) und „COMECON – der gemeinsame Markt in Osteuropa" (1961). Im Holsten-Verlag, Hamburg, erscheint Ende Mai sein Buch „Der Interzonenhandel – die zerstörte Wirtschaftseinheit".

Vorgesehen sind u. a.:

Prof. D. Dr. L. M. von Pákozdy:
Die Prager Christliche Friedenskonferenz

Dr. Helge Pross:
Leben wir in einer klassenlosen Gesellschaft?

Dr. Hermann Rauschning:
Über Ziele und Mittel einer Friedensstrategie

In den letzten Heften u. a.:

Prof. Dr. Werner Maihofer:
Staatsschutz im Rechtsstaat (1 u. 2/64)

Prof. Dr. Harold Rasch:
Deutsche Ostpolitik (2/64)

Hans Wirtz:
Zum Vatikanischen Konzil (3/64)

Es schrieben bisher u. a.:

Prof. Dr. Wolfg. Abendroth
Heinz Abosch
Frank Allaun, M. P.
Dr. Walther Ammann
Dr. Günther Anders
Stefan Andres
Prof. Manfred v. Ardenne
Prof. Dr. Geoffrey Barraclough
Wolfgang Baranowsky
Virkar Albrecht Bausch
Prof. Dr. Dr. Hans Bayer
Prof. Dr. Karl Bechert, MdB, V/1 *)
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
Lucie Beyer, MdB, III/5 *)
Carl Bloice, an Francisco
Lord Boyd Orr, D. S. O., M. C., F. R. S., LL. D.
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Eduard Brenner
Klemens Brockmöller S. J.
Fenner Brockway, M. P.
Dr. Hildegard Brücher, MdL
Kanonikus John Collins
Dr. Gustavo Davidson, San Juan
Harold Davies, M. P.
Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann
Dr. Ulrich W. Döring
Dr. Helmut Dörr
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Fritz Eberhard, V/1 *)
Klaus Ehrler, M. A.
Prof. Dr. Fritz Eichholtz
Otto Eisenmann, MdB
Vera Elyashiv, Tel Aviv
Dr. Hans Magnus Enzensberger
Dr. Hermann Etzel
Staatssekretär a. D. Dr. Gustav Feick
Dr. Erwin Flaschberger
Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim
Prof. Friedrich Wilhelm Foerster, PH, D., D. D.
Dr. Hildegard Forres
Gertrud von le Fort
Prof. Dr. Ernst Fraenkel, Frankfurt
Hans-Moritz v. Frankenberg und Proschlitz
Min.-Dir. i. R. Dr. Hugo Freund
Prof. Dr. Wolfgang Friedmann
Prof. Dr. Ragnar Frisch
Prof. Dr. Erich Fromm
Prof. D. Emil Fuchs
Christian Geißler
Albrecht Goes
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Dr. Dr. Georg Groeninger
Kurt R. Grossmann
Propst D. Dr. Heinrich Grüber
Prof. Dr. Werner Hahlweg
Rechtsanwalt Heinrich Hannover
Prof. Joh. Harder
Prof. Dr. Wilhelm Hasenack
Dr. Friedrich Heer
Minister a. D. Dr. Arno Hennig, III/5 *)
Dr. Hans Henrich, III/12 *)
Botschafter a. D. Dr. Werner Otto von Hentig
Prof. D. Dr. Johannes Hessen
Dr. Rudolf Hilf
Dr. Irene Hilgers-Hesse
Kurt Hirsch
Hans Heinz Holz
Prof. D. J. L. Hromadka
Regierungsrat Rudolf Ismayr
Prof. Rolf Italiaander
Prof. D. Hans Joach. Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Mervyn Jones, London
Dr. Victor Kadalie
Prof. Dr. Erich Kahler
Hans Hellmut Kirst
Prof. Dr. Friedrich Klein
Dr. Arno Klönne
D. D. Heinz Kloppenburg
Lorenz Knorr
Dr. Eugen Koller
Prof. J. Korowin
Dr. Erich Küchenhoff
Prof. Dr. Karl Kupisch
Dr. Horst Lademacher
Prof. Dr. Bernard Lavergne
Dr. Jonas Lesser
Dr. Carlo Levi, Rom
Prof. Dr. Hanns Linhardt
Pfr. Dieter Linz
Hans Lipinsky-Gottersdorf
Peter J. Loewenberg
Peter Lust, Montreal
Albert J. Luthuli
Prof. Dr. Walther Maas
Prof. Dr. Werner Maihofer
Dr. Bodo Manstein
Enrico Marussig, Rom
Dr. Lily E. Marx, Rom
Dr. Basil Mathiopoulos
Prof. Dr. L. L. Matthias
Prof. Dr.-Ing. e. h., Dr. phil. h. h. Ernst May
Mathias Joseph Mehs
Prof. Seymour Melman, New York
Prof. Dr. med. Heinrich Meng
Dr. Wilhelm Ritter v. Meng
Prof. Dr. Eberhard Menzel
Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, MdB, III/2 *)
Herbert Mochalski
Hans Nätscher, V/1 *)
Peter Nellen, MdB, III/1 *)
Prof. Dr. Anton Neuhäusler
Anna Niekiewicz, Warschau
Prof. Hermann Oberth
Prof. Dr. Laszlo Marton von Pakozdy
Prof. Dr. Linus Pauling
Unterrichtsminister Helveg Petersen, Kopenhagen
Bürgermeister Rudolf Pikola
Kurt Pritzkoleit
Prof. L. A. Puntila, Helsinki
Außenminister Dr. Adam Rapacki, Warschau
Prof. Dr. Harold Rasch
Prof. Dr. A. J. Rasker
Prof. Dr. Franz Rauhut
Dr. Hermann Rauschning
Prof. Dr. Gerhard Reintanz
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Prof. Dr. Helmut Ridder
Prof. Dr. Renate Riemeck
Prof. Dr. Karl Rode
Rudolf Rolfs
Oreste Rosenfeld, Paris
Earl Bertrand Russell, O. M., F. R. S.
E. S. Sachs
Paul Schallück
Prof. Dr. Franz Paul Schneider
OB i. R. Robert Scholl
Prof. Dr. Rud. Schottlaender
Prof. Dr. L. Schücking
Hermann Schwann
Dr. Ernst Schwarz †
Prof. Dr. Dr. H. Schweigart
Prof. Dr. Michael Seidlmayer †
Dr. Seiei Shinohara, Tokio
William L. Shirer, New York
Julius Silverman, M. P.
Richard E. Sperber
Prof. Dr. Alexander Schenk Graf von Stauffenberg †
Heinrich Steege
Prof. Dr. Karl Stoevesandt
Prof. D. Herm. Strathmann
Herbert Stubenrauch
Bertil Svahnström
Stephen Swingler, M. P.
Dr. Ruth Tangemann
Dr.-Ing. Jan Friedrich Tönnies
Tomas Torsvik, Bergen (Norwegen)
Prof. Dr. Gregori Tunkin
Prof. Dr. Imre Vajda, Budapest
Prof. D. Heinrich Vogel
William Warbey, M. P.
James P. Warburg, New York
Studentenpfarrer Rudolf Weckerling
Dr. med. Joseph Weill
Günther Weisenborn
Prof. Dr. Leo Weismantel
Prof. Dr. Aloys Wenzl
Max Winiger, Zürich
Hans Wirtz
Botschafter Dr. Zairin Zain
Konni Zilliacus, M. P.
Prof. Dr. Ernst Zinner
Anton Zischka
Abdelkader Zouari
Gerhard Zwerenz

*) Die römischen Jahrgangsziffern und arabischen Monatsnummern bezeichnen das Heft, in dem der betreffende Autor zuletzt einen Beitrag veröffentlicht hat.

2. Das Einfrieren würde auf alle Typen nuklearer und thermonuklearer Ladungen, unabhängig von der Art ihrer Verwendung oder Beförderung, Anwendung finden.

3. Die Parteien, die Streitkräfte auf dem vorgesehenen Gebiet des Einfrierens der Rüstungen unterhalten, würden die Verpflichtung eingehen, die vorgenannten nuklearen oder thermonuklearen Waffen innerhalb des Territoriums weder herzustellen, einzuführen oder zu beziehen, an andere Parteien weiterzugeben oder von diesen in Empfang zu nehmen.

4. Um die Einhaltung der Verpflichtungen zu gewährleisten, soll ein geeignetes Überwachungs- und Sicherungssystem eingerichtet werden.

Die Aufsicht über die Einhaltung der Verpflichtung, keine unter das Einfrieren fallenden nuklearen und thermonuklearen Waffen herzustellen, soll in den Fabrikationsstätten erfolgen, die für eine Herstellung benutzt werden oder benutzt werden könnten. Um die Einhaltung der weiteren Verpflichtungen sicherzustellen, soll entsprechend einem vereinbarten Verfahren eine Kontrolle an geeigneten Grenzknotenpunkten der Eisenbahn, der Land- und Seewege, sowie in See- und auf Flughäfen ausgeübt werden.

Die Überwachung und Kontrolle könnte von gemischten Kommissionen vorgenommen werden, die sich paritätisch aus Repräsentanten des Warschauer Pakts und des Nordatlantikvertrages zusammensetzen. Diese Kommissionen könnten durch die Aufnahme von Vertretern anderer Staaten erweitert werden. Zusammensetzung, Struktur und Verfahrensweise der Kontrollorgane müssen Gegenstand detaillierter Vereinbarungen sein.

Die Parteien, deren Streitkräfte sich auf dem Gebiet des Einfrierens der Rüstungen befinden und die über nukleare und thermonukleare Waffen verfügen, würden auf regelmäßigen Zusammenkünften ihrer Vertreter alle für die Einhaltung der Verpflichtungen in bezug auf das Einfrieren der nuklearen und thermonuklearen Rüstungen notwendigen Informationen und Berichte austauschen.

5. Die Bestimmungen zur Durchführung der vorgenannten Vorschläge müssen in entsprechenden Dokumenten niedergelegt werden.

Die Regierung der Volksrepublik Polen ist bereit, in einen Meinungsaustausch und Verhandlungen mit den interessierten Parteien einzutreten, um eine Verständigung über die Verwirklichung dieser Ziele zu erreichen. Die polnische Regierung wird allen konstruktiven Überlegungen, die den Zielen des vorliegenden Vorschlages entsprechen und das Einfrieren der Rüstungen in Mitteleuropa bezwecken, die gebührende Aufmerksamkeit widmen.

Die Regierung der Volksrepublik Polen erwartet eine günstige Aufnahme der hier unterbreiteten Vorschläge.

Prof. Dr. jur. Harold Rasch

Für ein neues Europa

I

Seit dem Rücktritt des früheren Bundeskanzlers Adenauer ist erst ein halbes Jahr vergangen, und doch ist die Problematik seiner Außenpolitik — die er selbst als seine eigentliche Domäne betrachtet hat — bereits weitaus deutlicher hervorgetreten, als die meisten unter uns damals angenommen haben. Alles was festgefügt schien, ist ins Wanken geraten. Vorbei die Tage, da wir uns im Schutz der amerikanischen Atombombe geborgen fühlten, ausgeträumt der Traum von der „Wiedervereinigung in Frieden und

Freiheit", die eine „Politik der Stärke" herbeiführen werde. Noch immer hat die NATO den Weg zu einer gemeinsamen Verteidigungskonzeption nicht gefunden, obwohl drei Viertel der seinerzeit zunächst vorgesehenen Vertragszeit bereits abgelaufen sind; ja, ein prominentes Mitglied der Regierungspartei der FDP, Thomas Dehler, spricht offen die Erkenntnis aus, daß wir „niemals zur Überwindung der deutschen Spaltung kommen werden, wenn die deutschen Teile in die gegensätzlichen Militärblöcke eingegliedert bleiben"[1]). Auch innerhalb der CDU/CSU ringen die „Anglo-Amerikaner" und die „Gaullisten" miteinander, und bei weitem nicht alle Zuschauer empfinden die Begleitmusik, die verkündet, daß es sich hier keineswegs um Alternativen handele, als harmonisch. Gute „Europäer" und Befürworter der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sind selbstverständlich alle, aber einzelne von deren Mitgliedern, und nicht die kleinsten, haben — vorsichtig ausgedrückt — über die zweckmäßige Verwirklichung des „Gemeinsamen Marktes" oder gar die Erweiterung des Kreises der derzeitigen Mitglieder durchaus eigene Vorstellungen. Andererseits ist das Tabu der „Ostkontakte", das noch vor kurzem so gut wie unantastbar war, mit dem Passierscheinabkommen vom Dezember 1963 und der Diskussion über seine Erneuerung und Erweiterung gebrochen.

Vergegenwärtigen wir uns kurz die Entwicklung:

Vor einem Jahrzehnt war die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl als erster Schritt einer politischen Einigung Westeuropas gefeiert worden. Inzwischen ist sie wohl zur Vorläuferin der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, nicht aber zum Kristallisationspunkt für einen politischen Zusammenschluß Europas geworden. Gewiß hat sie den interessierten Fachkreisen in ihren Jahresberichten laufend ein umfassendes Bild aller maßgeblichen Daten der Montanwirtschaft der sechs Länder der Gemeinschaft vermittelt. Auch kann sie auf eine Fülle von Entscheidungen in Einzelfragen, namentlich solchen des Wettbewerbs auf den ihrer Zuständigkeit unterliegenden Märkten, hinweisen. Zur Lösung der strukturellen, vor allem durch die wachsende Bedeutung des Erdöls hervorgerufenen Krise des deutschen Kohlenbergbaus hat sie wenig beigetragen und auch kaum beitragen können. Mit Absatzschwierigkeiten auf dem europäischen Stahlmarkt — von denen im Augenblick freilich keine Rede ist — wird sie nicht viel anders als die früheren internationalen Kartelle und durch Erhöhung der Zölle fertig.

Für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) gilt im Grunde dasselbe. Was sie positiv geleistet hat, einen Abbau der Binnenzölle, das war von Anfang an für ein Land mit relativ niedrigen Zöllen wie die Bundesrepublik teuer erkauft: mit der Möglichkeit einer Beibehaltung, ja Erhöhung der Außenzölle der Gemeinschaft und insoweit einer Erschwerung statt Erleichterung des internationalen Güteraustauschs. Praktisch hat sich diese Möglichkeit insgesamt bisher nicht ungünstig ausgewirkt: die Außentarife der Gemeinschaft sind heute im ganzen niedriger als vor deren Inkrafttreten. Aber der Grundfehler im Aufbau der EWG bleibt bestehen und wird in Zukunft stärker hervortreten. Und vor allem: heute haben in ihr vorwiegend die Technokraten das Wort, die Funktionäre der Regierungen und der Gemeinschaftsbürokratie selbst sowie die Lobbyisten der mächtigen Interessengruppen, die „Sachverständigen" der einzelnen Wirtschaftszweige, allen voran die der „Grünen Front", die Experten des Zoll-, Steuer- und Kartellrechts, die Spezialisten der sog. „Harmonisierung". Niemand außerhalb der Kreise dieser „Geweihten und Eingeweihten" versteht mehr, was hier geplant, empfohlen, beschlossen und dekretiert wird.

Selbst die so regierungstreue FAZ schreibt über diese Entwicklung:

> „Im Namen Europas focht jeder für ‚seine' Bauern. Wer aber kämpft eigentlich für ‚seine' Konsumenten? . . . Ist es ein Europa der Agrarproduzenten, oder ist es ein Europa der Konsumenten, der Bürger?" [2])
>
> „An jedem zweiten der 365 Tage eines Jahres erscheint ein Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft, und wenigstens in jeder dritten Nummer wird das Lieblingsthema der Eurokraten traktiert: die Neueinführung, Änderung oder Erweiterung von Marktordnungen, die Schaffung von Einfuhrkontingenten, die Festsetzung von Schwellenpreisen, Richt- und Orientierungspreisen, Interventionspreisen, Freigrenzepreisen, Einschleusungspreisen, Abschöpfungen, Zusatzabschöpfungen, mittleren Abschöpfungen, Zusatzbeträgen, beweglichen Teilbeträgen, Erstattungen, Umrechnungsfaktoren . . . Der Gemeinsame Agrarmarkt steht in voller technokratischer Blüte." [3])

Und die völlig unabhängige „Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft" äußert sich in ihrem Rundbrief Nr. 2/64:

> „Wenn eine die Reiseinfuhr aus Drittländern stark beschränkende Reismarktordnung eingeführt und z. B. eine Margarinesteuer erhoben werden soll, um einerseits die Margarine in ihrem Konkurrenzverhältnis zu Fetten aus dem Gemeinschaftsraum stärker zu belasten, andererseits sogar aus dem Aufkommen dieser Steuer eine Hilfe an den italienischen Olivenanbau zu zahlen, so hat das mit Marktwirtschaft nichts zu tun . . . Als Sinn der Öffnung der Grenzen wurde mit Recht der Öffentlichkeit immer wieder hingestellt, daß auf diesem Wege die Preise gesenkt und der Wohlstand gehoben werden müsse. Statt dessen geschieht das Gegenteil: Wir werden durch Preiserhöhungen als Folge der EWG überrascht." [4])

Der frühere Bundeswirtschaftsminister, jetzige Bundeskanzler Erhard war sich — wie jeder liberale Nationalökonom und Wirtschaftspolitiker — von Anfang an über die Unzulänglichkeiten der EWG, über die Mängel in ihrer Konstruktion im klaren. Dieses Gebilde stellte gewiß einen beachtlichen Block dar, rd. 26 % der gesamten Einfuhr und rd. 31 % der gesamten Ausfuhr der Bundesrepublik entfielen schon 1957 auf die übrigen Länder der Gemeinschaft. Aber wie konnte man — nicht etwa von einer Wirtschaftsgemeinschaft in Europa, sondern — von einer „Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft" sprechen, wenn Großbritannien und die skandinavischen Länder, wenn selbst Österreich und die Schweiz in ihr fehlten? Auch mit den Ländern der European Free Trade Association (EFTA), zu der sich Großbritannien, Schweden, Norwegen, Dänemark, Finnland, Österreich, die Schweiz, Portugal und ihre Überseegebiete zusammengeschlossen haben, setzte die Bundesrepublik 1957 immerhin rd. 21 % ihrer Ein- und rd. 29 % ihrer Ausfuhr um, — sollten sie wirklich auf die Dauer außerhalb der EWG bleiben? „In England wie am Kontinent sind es die Menschen mit Selbstvertrauen, die der Zukunft zugewandt sind, die Mutigen, die keine Angst vor Neuem, vor Veränderungen, vor Umstellungen haben, die eine weltoffene, großeuropäische Lösung als Grundlage für eine gesamtwestliche Partnerschaft erstreben. Deshalb werden wohl die recht behalten, die sich ein Europa weder vorstellen können noch auch wollen ohne das Land der Shakespeare und Newton, der Turner und Nelson, der Burke und Disraeli, ohne das Land der Habeascorpus-Akte und der Magna Charta." [5]) Zum mindesten Großbritannien mußte zunächst einmal zum Beitritt gewonnen werden, dahin gingen Erhards ständige Bemühungen, und gegen Ende des Jahres 1962 schienen denn auch die Verhandlungen hierüber ziemlich weit gediehen zu sein.

Da setzte Präsident de Gaulle Anfang 1963 dem Eintritt Großbritanniens in den

Die Führungspersönlichkeiten des Nationalsozialismus in psychologischen Einzel- und Gruppenporträts

JOACHIM C. FEST

Das Gesicht des Dritten Reiches

Profile einer totalitären Gesellschaft

515 Seiten
36 Abbildungen auf Kunstdruck
Leinen DM 22,–

„Die einfache Wahrheit, der Ton der Darstellung gefallen mir ungemein ... Das Wahnsinnige, noch heute eigentlich Unbegreifliche der Ereignisse jener Jahre wird hier im Spiegel der Personen gezeigt, die damals eine Rolle spielten. So kann eine jüngere Generation, die selber nicht beteiligt war, sehen." Prof. Karl Jaspers

„Alles in allem: Fest hat das Buch geschrieben, das bisher gefehlt hat: die plastische Schilderung von Haupt- und Nebentätern. Zum ersten Male sieht man, wie sie in dem von ihnen selbst ausgeworfenen Netz zappeln; zum ersten Male werden die psychologischen und soziologischen Hintergründe mit dem Vordergründigen zusammen deutlich."
Harry Pross in der „Stuttgarter Zeitung"

R. PIPER & CO VERLAG
München

Die erste Gesamtdarstellung des Faschismus als europäischer Erscheinung

ERNST NOLTE

Der Faschismus in seiner Epoche

Die Action française
Der italienische Faschismus
Der Nationalsozialismus

633 Seiten. Leinen DM 35,–

„Ein Buch, das klar in seiner Gedankenführung, eindrucksvoll in seinem Stil und souverän in seiner Beherrschung des historischen Substrats ist. Hier wurde aus Geschichte und Philosophie keine Geschichtsphilosophie, sondern Geschichtswissenschaft mit einer methodisch beherrschten Tiefendimension."
Kurt Sontheimer in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung"

„Das Werk ist ohne Frage ein großer Wurf. Die zukünftige Historie wird sich gerade unter dem Gesichtspunkt der Methodik mit ihm auseinandersetzen müssen. Aber auch für den, der nur den Faschismus in seinen historischen Spielarten studieren möchte, ist der Band wertvoll, denn er bietet umfassende Informationen . . ."
„Ordo Sozialis", Osnabrück

R. PIPER & CO VERLAG
München

Gemeinsamen Markt sein schroffes „Nein" entgegen. Die ganze Problematik der EWG trat nun in voller Klarheit hervor. Was der französische Staatschef, a toutes les gloires de la France, wollte und der damalige Bundeskanzler Adenauer nicht nur zuzugestehen, sondern zu begrüßen bereit war, ein Kontinental-Kleineuropa unter französischer Führung, war mit den Aufgaben einer wirklich europäischen, europäisch-atlantisch orientierten, weltoffenen Politik nicht vereinbar. Die beiden Alten hatten, von ihrer Zielsetzung her, durchaus recht, wenn sie den Beitritt Großbritanniens zur EWG entweder nur widerwillig und lau unterstützten (Adenauer) oder offen und ehrlich bekämpften und verhinderten (de Gaulle). Eine EWG unter Einschluß Großbritanniens und im weiteren Verlauf natürlich auch noch anderer Länder würde sich unmöglich der übrigen Welt gegenüber so absichern können wie das bisherige in Brüssel domizilierende und weitgehend von Paris her gelenkte Unternehmen. Entweder die eigentliche Konzeption des Vertrages von Rom von 1958 oder die Ziele einer wirklich liberalen Wirtschaftspolitik mußten früher oder später preisgegeben werden. Dabei siegten vorerst die Kleineuropäer. Ja, sie siegten nicht nur, indem sie die Verhandlungen über den Eintritt Großbritanniens in den Gemeinsamen Markt zum Scheitern brachten, sie bekräftigten diesen Sieg auch noch durch einen deutsch-französischen Freundschaftsvertrag, der u. a. eine Konsultation der beiden Regierungen in allen sie gemeinsam betreffenden Fragen vorsah.

II

Bundeskanzler Adenauer hat diesen Vertrag als die Krönung seines Lebenswerks bezeichnet. Wenn das richtig ist, — und es besteht keine Veranlassung, daran zu zweifeln, daß er selbst die Dinge so sieht —, dann war es jedenfalls eine nur matt schimmernde Krone, die er sich auf das ehrwürdige Haupt gesetzt hat. Niemand unter uns, der nicht aufrichtig ein freundschaftliches Verhältnis zu Frankreich wünschte, der Verfasser dieser Zeilen, der schon als junger Mensch glücklichste Studienmonate in Paris verbracht hat und seitdem immer wieder in dieses Land und zu seinen Schätzen zurückgekehrt ist, am allerwenigsten. Aber wir hatten ja seit Jahren, auch dank der Bemühungen Adenauers, gute Beziehungen zu Frankreich. Es gab keine territorialen oder sonstigen Streitfragen, die der Vertrag vom Januar 1963 hätte bereinigen müssen oder auch nur bereinigen können. Andererseits: was wirklich an Interessengegensätzen — sehr massiven Gegensätzen — vorhanden war, etwa auf dem Gebiet der Agrarpolitik, das ist durch den Vertrag überhaupt nicht berührt worden, sondern kam in voller Schärfe bei den Verhandlungen der EWG in Brüssel im Dezember 1963 zum Ausdruck, wobei die bedeutendste Entscheidung, die über die Senkung der deutschen Agrarpreise, lediglich vertagt wurde, — die deutschen Bauernverbände waren „noch einmal davongekommen". Konsultationen über wichtige Fragen sollten unter befreundeten Regierungen auch ohne ausdrückliche Verpflichtungen gepflegt werden, und das geschieht denn auch vielfach. Wie wenig allerdings gerade Frankreich in letzter Zeit deutsche Interessen zu berücksichtigen geneigt war, hat sowohl die Behandlung des Falles Argoud (den freilich auch die Bundesregierung nur lahm und lau verfolgt hat) wie die — sachlich durchaus verständliche und begrüßenswerte — Anerkennung Chinas ohne vorherige Konsultation auch nur der Bundesrepublik gezeigt; auch die Galadiners beim Besuch zahlreicher Bundesminister unter Führung Ludwig Erhards in Paris im Februar d. J. haben daran nichts geändert. Wahrlich, vom deutschen Interesse her gesehen, stellt sich der deutsch-französische Vertrag keineswegs als eine Meisterleistung dar. Wer die Geschichte der Weimarer Republik kennt, mag sich an Gustav Stresemanns Eintragung in sein Tagebuch im Mai 1925 erinnern: „Persönlich ist

Adenauer für Köln unzweifelhaft glänzend, ob immer im Reichsinteresse handelnd, wohl zu bezweifeln . . ." [6])

III

Die Kämpfe der Bürokraten und Lobbyisten in Brüssel werden weitergehen. Die Marktordner werden sich zusammenraufen, auf unsere, der Verbraucher Kosten natürlich, denn „das weiß doch jedes Kind, daß Marktordnungen stets nur den Zweck haben, Preise künstlich hochzuhalten". [7]) Den Technikern der Harmonisierung mag es gelingen, diese oder jene Materie gesetzgeberisch zu vereinheitlichen. Die Verfassungsjuristen und Verwaltungsfachleute werden mit Erfolg an der Zusammenlegung der Exekutiven von Montan-Union, EWG und Euratom basteln.

Aber täuschen wir uns nicht: aus alledem wird k e i n n e u e s E u r o p a entstehen. Man überschätzt die Bedeutung von Institutionen, überschätzt rein organisatorische Maßnahmen und einheitliche gesetzgeberische Teilregelungen, wenn man hiervon Wesentliches erhofft. Schon im Kleineuropa der Sechs zeigen sich heute deutlich die Grenzen, über die hinaus die Völker und Staaten nicht bereit sind, ihre Souveränität preiszugeben. Die italienische Regierung hat Bundeskanzler Erhard bei seinem kürzlichen Besuch in Rom klar gesagt, daß sie fürs nächste nicht gewillt sei, seinen — im übrigen wohl auch noch wenig ausgereiften — Plänen eines stärkeren politischen Zusammenschlusses der Länder des Gemeinsamen Marktes zu folgen. Das Frankreich de Gaulles denkt gar nicht daran, auf eine eigene auswärtige und Militärpolitik, aber auch nicht auf eine eigene Wirtschaftspolitik, zu verzichten; es will, wie es Premierminister Pompidou kürzlich formuliert hat, „dem amerikanisch-sowjetischen Bilateralismus einen Pluralismus der Mächte gegenüberstellen, in dem Frankreich durch seine geographische Lage und seine Geschichte dazu verurteilt ist, die Rolle Europas zu spielen". [8]) Die Bundesrepublik ihrerseits wird sich nicht unbegrenzt weiter in die Inflationspolitik hineinziehen lassen können, die einige ihrer Nachbarn treiben, sondern eines Tages autonome Maßnahmen der Gegenwehr ergreifen müssen. Schon diese wenigen Beispiele zeigen, daß alle Pläne, dem Straßburger Europa-Parlament — das zur Zeit auf beratende Aufgaben beschränkt ist — gesetzgeberische Kompetenzen zuzuweisen, zum mindesten erheblich verfrüht sind. Nicht daß solche Befugnisse überhaupt geschaffen werden, ist wesentlich, sondern welchen Inhalt und Umfang sie haben sollen. Bisher sind in Brüssel auf dem Wege zu einer einheitlichen Wirtschafts- und Finanz-, Währungs- und Konjunktur-, Wettbewerbs- und Verkehrspolitik kaum Ansätze zu erkennen [9]). Erst wenn man ernstlich beginnt, sich hierüber zu unterhalten, wird sich die Problematik einer stärkeren politischen Einigung auch nur des Europas der EWG erweisen.

Einer der Vorkämpfer einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, überzeugter Anwalt der „Sozialen Marktwirtschaft", zugleich mutiger und scharfsinniger Kritiker innereuropäischer Blockbildungen — Wilhelm Röpke, Genf — hat schon vor Jahren nicht nur das „Fiasko des Schumanplanes" festgestellt [10]), sondern immer wieder auf die Gefahren hingewiesen, die einer echten Integration der westlichen Volkswirtschaften von der Konstruktion der EWG her drohten. In unseren Tagen zeigt sich, daß er nur allzu recht hatte. „Das interventionistisch-dirigistische Ordnungsprinzip (ist), weil eine supranationale Exekutive voraussetzend, nur innerhalb engster sachlicher und geographischer Grenzen anwendbar" . . . „nur anwendbar, wenn es die Integration auf diejenigen Länder begrenzt, die allenfalls freiwillig zur Unterwerfung unter eine gemeinsame Wirtschaftslenkung bereit sind. Die Bildung eines geschlossenen Wirt-

schaftsblockes ist davon nicht zu trennen" [11]). Das ist in der Tat unwiderlegbar. Heute erleben wir u. a. an dem hartnäckigen Widerstand, den die Bundesregierung unter dem Druck der Bauernverbände einer Senkung des deutschen Getreidepreises entgegensetzt, wie schwer selbst innerhalb des „Gemeinsamen Marktes" eine gemeinsame Wirtschaftspolitik durchgesetzt werden kann. Daß sich die Schweiz, daß sich die skandinavischen Länder beliebigen Anordnungen eines Straßburger Parlaments oder einer Brüsseler Bürokratie unterwerfen werden, muß als sehr unwahrscheinlich angesehen werden. Und der Beitritt Großbritanniens zum „Gemeinsamen Markt" ist ohnehin auf einen unabsehbaren Zeitpunkt hinausgeschoben. Warum gerade Bundeskanzler Erhard sich, wie aus immer wiederholten Äußerungen von ihm hervorgeht, so viel von einer fortschreitenden politischen Einigung Europas verspricht, ist schwer verständlich. Entweder nämlich die EWG entwickelt sich — was früher einmal lebhaft diskutiert wurde, aber schon vor der „Machtergreifung" de Gaulles am Widerstand Frankreichs gescheitert ist — doch noch zu einer „Großen Freihandelszone"; dann bedürfte es in erster Linie monetärer Disziplin der angeschlossenen Länder, und alle Voraussetzungen für eine zunehmende Integration der Volkswirtschaften in ihrer Gesamtheit wären — sogar ohne gemeinsame politische Institutionen — gegeben. Oder aber es kommt nicht dazu, dann bedeutet „politische Einigung" — einmal unterstellt, sie ließe sich irgendwie erreichen — doch nur mehr Bürokratie, mehr Kompetenzkonflikte, stärkere Abschließung nach außen. Wie kann ein liberaler Wirtschaftspolitiker wie Erhard das für ein größeres Europa wünschen, was er für das Klein-Europa der Sechs mit Recht bedauert? Hier wird noch viel geklärt werden müssen, ehe man zu einem abschließenden Urteil über die Möglichkeit und Wünschbarkeit eines intensiveren Zusammenschlusses Westeuropas gelangen kann.

Zur Zeit spricht schon angesichts der Haltung Frankreichs alles dafür, daß die Krise der EWG andauern wird. Diese Krise der Gemeinschaft wird nur überwunden werden können, der Gemeinsame Markt einiger Länder Westeuropas nur dann zu einer wirklich Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft werden, wenn Großbritannien und die übrigen Länder der EFTA beitreten. Das aber bedeutet, daß die bisherige Gemeinschaft im Grund und Kern umgestaltet werden muß. Nicht eine bloß erweiterte EWG, auch nicht ein westeuropäischer Bundesstaat, sondern ein „wirtschaftlicher Großraum politisch locker föderierter Staaten" [12]), weltoffen soweit nur irgend möglich, sollte das Ziel sein. Blicken wir doch einmal auf die nordischen Länder. „Heute ist die skandinavische Zusammenarbeit eine stille Selbstverständlichkeit, manchmal sogar ohne Paragraphen, eine ganz natürlich gelebte Praxis" [13]). „Ein Staatenbund kann ... auch locker sein bis zur Grenze der Unverbindlichkeit und dennoch wirksam wie in Skandinavien" [14]). Nur eine solche Konzeption verdient und hat ernsthafte Chancen, verwirklicht zu werden. Die Haltung der EWG bei den kommenden Verhandlungen im GATT über die sog. Kennedy-Runde wird der nächste Prüfstein für ihre Entwicklungsfähigkeit sein.

IV

Wenn es nötig ist, die Grundfragen unserer Politik schon der westlichen Welt gegenüber neu zu durchdenken, so gilt dasselbe erst recht von unserem Verhältnis zu den Ländern Osteuropas. Zur Zeit ist dieses in erster Linie von Angst bestimmt. Man zittert vor den Bolschewisten, erschrickt zu Tode vor dem Gedanken, es könnte eines Tages an den so mühsam erworbenen „Lebensstandard" gehen. Die Zugehörigkeit der Bundeswehr zur NATO genügt längst

nicht mehr. Man muß — wenn schon nicht selbst nuklear gerüstet sein, so doch mindestens über den Einsatz von Kernwaffen mitbestimmen können.

Um so notwendiger scheint es mir zu sein, mit meinem Frankfurter Kollegen Walter Lewald „Gegnerschaft gegen die Ideen- und Ausweglosigkeit einer Politik" anzumelden, „die in kleinmütiger Weise an den Symptomen herumdoktert, weil sie im Zirkel des militärischen Sicherheitsdenkes gefangen bleibt, statt in beherztem Wagnis den europäischen Gefahrenherd auszuräumen, aus welchem der Kalte Krieg immer neue Kräfte zieht" [15]).

Der Entwurf für den Bundeshaushalt 1964 sieht Ausgaben in Höhe von 60,4 Mrd. DM vor, von denen der Bundesminister für Verteidigung 19,3 Mrd. DM = rd. 32 % beansprucht (während der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung mit 13,6 Mrd. DM auskommen muß) [16]). Das wäre zu wenig, wenn der Schutz der Bundesrepublik mehr erforderte. Aber man wird nachdenklich, wenn man die Ausführungen eines so angesehenen Militärschriftstellers wie des ständigen Mitarbeiters der FAZ Adalbert Weinstein vernimmt. Weinstein hat in einem Vortrag vor der Frankfurter Gesellschaft für Handel, Industrie und Wissenschaft vom 22. 1. 1964 „Auf der Suche nach der richtigen Verteidigungskonzeption" die „bestürzend schwache Ausgangsposition des Westes bei einem etwaigen konventionell beginnenden Krieg in Mitteleuropa" hervorgehoben [17]). „Man kann den freien Teil des Vaterlandes mit herkömmlichen Mitteln auch nicht verteidigen", schrieb er eine Woche später [18]). Das ist dieselbe These, die ich in meiner Schrift „Die Bundesrepublik und Osteuropa" vertreten habe [19]). Aber wenn die Bundeswehr, so muß man fragen, doch nicht in der Lage ist, die militärische Sicherheit unseres Landes zu gewährleisten, sind dann Ausgaben von mehr als 30 % des Bundeshaushalts für die Wehrmacht wirklich sinnvoll angewandt?

Nicht wenige unter uns legen sich diese Frage vor. Und nicht wenige scheinen sie zu verneinen, wie man vielleicht auch aus dem geringen Interesse schließen darf, das der Bundeswehr entgegengebracht wird. „Das Prestige der Bundeswehr ist nicht besonders groß. Trotz aller lauten Deklamationen stößt sie auch heute noch auf Ablehnung", schreibt wiederum A. Weinstein [20]). Das ist nicht gerade ein befriedigendes Ergebnis einer zehnjährigen Aufbauarbeit.

Das „atomare Patt" im Verhältnis zwischen den USA und der Sowjetunion hat zu einer teilweisen Verständigung der beiden Großen geführt. „Die Atomwaffen haben für die Vereinigten Staaten ihren Wert als militärische Waffen verloren" [21]). „Die Perspektiven des Nuklearkrieges haben die Sorge um die Erhaltung des Friedens zum überragenden Problem aller Politik, auch der amerikanischen, werden lassen; sie haben die Risikobereitschaft zwangsweise herabgesetzt und die alten Vorstellungen von ‚Befreiung' auf langfristige Hoffnungen auf Veränderungen infolge innerer Wandlungen des Sowjetreichs reduziert" [22]). Das bedeutet für die USA zugleich: „Ein Staat kann ... nicht mit seiner atomaren Bewaffnung, die in der Substanz von der herkömmlichen Bewaffnung so verschieden ist, politische Ziele mehrerer souveräner Staaten verfolgen" [23]).

Was ergibt sich hieraus für die Verteidigung der Bundesrepublik? Unser Gewährsmann von der Frankfurter Allgemeinen spricht die auch sonst bekannte Ansicht der Bundesregierung aus, wenn er sagt: „Keine nationale Atommacht, aber Einfluß auf die Verwendung taktischer Atomwaffen muß ... von der Bundesrepublik erreicht werden, auch im Hinblick auf die Zeit des Auslaufens des Nordatlantikpakts." „Nach seiner Ansicht muß, wenn die Polaris-Flotte nicht zustande kommen sollte, eine europäische Atommacht als zweites Abschreckungszentrum neben dem amerikanischen entstehen. Voraussetzung sei ein politisch

geeintes, mit Amerika eng verbundenes Europa." Darüber hinaus fordert er „ein Berufsheer der NATO als Kaderarmee neben den Divisionen der Wehrpflichtigen" [24]).

Es ist erstaunlich, daß ein so nüchterer Beobachter unserer Schwächen so unkritisch wird, wenn es um konstruktive Ideen geht. Sehen wir ganz davon ab, daß die von ihm selbst gemachte Voraussetzung, „ein politisch geeintes, mit Amerika eng verbundenes Europa", heute in nebelhafter Ferne liegt. „Einfluß auf strategische Atomwaffen können uns unsere amerikanischen Partner nicht geben", schreibt Weinstein selbst [25]). Und was erwartet man eigentlich davon, daß die Bundesrepublik „Einfluß auf die Verwendung taktischer Atomwaffen" erhält? Nichts, aber auch gar nichts spricht dafür, daß die Sowjetunion einen Angriffskrieg gegen die Bundesrepublik vom Zaun bricht. Aber unterstellen wir einmal, sie könnte — aller Wahrscheinlichkeit zum Trotz — eines Tages doch ein Interesse an einem solchen haben, dann ist sonnenklar: ein Einsatz von Atomwaffen — auch „nur" von taktischen Atomwaffen — durch die Bundeswehr würde mit Sicherheit Gegenschläge der Roten Armee zur Folge haben, die auf dem engen Raum der Bundesrepublik nichts übrig ließen, was noch zu verteidigen wäre. „Waffen aber, die militärisch sinnlos sind, verlieren auch an Bedeutung als politische Waffen", — das muß wiederum Weinstein selbst zugeben [26]). Die Bundesrepublik hat durch den Besitz solcher Waffen oder die Mitverfügung über sie nichts zu gewinnen, sondern nur zu verlieren. Die Forderung nach Einfluß auf die Verwendung von Atomwaffen ist politisch nicht nur Wahnsinn, sondern ein Verbrechen am deutschen Volk.

Wir brauchen eine Bundeswehr, darüber sollte kein Zweifel bestehen. Aber sie muß in der Bevölkerung und insbesondere in der Jugend verwurzelt sein, sonst hat sie keinen Wert. Dazu gehört, daß ihre Aufgaben jedem, der guten Willens ist, verständlich sind. Das ist heute nicht der Fall. Einzige militärische Aufgabe der Bundeswehr ist es, Westdeutschland, solange die deutsche Spaltung besteht, gegen einen etwa eigenmächtig unternommenen Angriffskrieg der DDR oder etwaige Umsturzversuche im Innern zu schützen. Auch ein solcher Angriffskrieg ist zwar im höchsten Grade unwahrscheinlich. Aber wenn er unternommen werden sollte, dann hätte die Verteidigung gegen ihn wenigstens Aussicht auf Erfolg. Atomwaffen benötigen wir zu diesem Zweck nicht. Der Besitz solcher Waffen oder die Möglichkeit der Mitverfügung über sie kann für unser Land, das bisher weder die rechtliche Existenz der DDR noch die Grenzen der Volksrepublik Polen anerkannt hat, keine Sicherung des Friedens sein, sondern nur zur Aufrechterhaltung der internationalen Spannungen beitragen, weil er von unseren östlichen Nachbarn als Bedrohung empfunden werden muß.

V

Je mehr die Fronten der beiden Großen in der Weltpolitik, der USA und der Sowjetunion, sich lockern — und dahin geht glücklicherweise die Entwicklung — desto größer wird der Spielraum der kleineren Staaten für eine eigene Politik. Frankreich ist offensichtlich gewillt, diesen Umstand zu nutzen, wobei es hier keine Rolle spielt, ob wir einzelne Maßnahmen — wie die Anerkennung Chinas — begrüßen oder — wie die Weigerung, dem Moskauer Abkommen über die teilweise Einstellung von Kernwaffenversuchen beizutreten, und die Fortsetzung solcher Versuche im Pazifik — bedauern. Auch die Bundesrepublik sollte endlich beginnen, die Folgerungen aus der sich abzeichnenden internatioalen Entspannung zu ziehen und das Ihre zu dieser Entspannung beizutragen.

Das aber bedeutet für uns, die Pufferstellung, die wir bisher auf der Seite des Westens eingenommen haben, allmählich aufzugeben und uns darauf zu besin-

nen, daß die Bundesrepublik — zumal wenn sie ernstlich die Absicht hat, die deutsche Spaltung zu überwinden — mehr noch als das frühere Reich Brücke und Mittlerin zwischen den Nationen sein muß.

> „Nicht ‚Zünglein an der Waage' zwischen West und Ost, sondern die Herstellung eines ganz und gar anderen, neuen Verhältnisses zu den Slawen — unüberhörbarer Anruf der Geschichte an die Heimatvertriebenen — ist die europäische Funktion deutscher Politik in Gegenwart und Zukunft; ist das Schicksal der Deutschen schlechthin, eine Aufgabe, die ihnen niemand abnehmen, aber auch niemand wegnehmen kann" [27]).

Wenn es kein Europa ohne Großbritannien und die skandinavischen Länder, ohne Österreich und die Schweiz geben kann,

> „ist europäisches Bewußtsein ohne das Volk der Karamasow und Anna Karenina, der Ssolowjew, Tschaikowskij und Mussorgskij, der Puschkin und Gorki auf Dauer denkbar?" [28])

Der das schrieb, Karl Anton Prinz Rohan, ein Mann aus altem französischen Adel, dessen Geschlecht zur Zeit der Großen Revolution nach Mitteleuropa auswanderte und in Böhmen ansässig wurde, hat in seinem neuesten schönen Buch wirklich „Heiße Eisen" angepackt. „So wenig Bolschewismus das letzte Wort Rußlands an die Welt bleiben wird, so gewiß ist das Verhältnis zwischen Deutschen und Slawen eine der großen Schicksalsfragen Europas" [29]). Niemand wird sich Illusionen über die Schwierigkeiten machen, die einer Neugestaltung dieses Verhältnisses entgegenstehen. Aber niemand kann auch bestreiten, daß wir 30 Millionen Polen und 14 Millionen Tschechen und Slowaken zu Nachbarn haben und daß hinter ihnen die Sowjetunion mit über 200 Millionen Einwohnern steht, die zugleich über ein Viertel unserer Landsleute herrscht. Sollte es nicht eine deutsche Verpflichtung sein, wenigstens einen Teil der Anstrengungen, die wir seit fünfzehn Jahren mit Erfolg auf die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zu unseren früheren Gegnern im Westen verwandt haben, auch unseren Nachbarn im Osten zuzuwenden, von denen Polen und die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg unendlich mehr gelitten haben als Frankreich?

„Das völlig Neue der gegenwärtigen Situation ist die zwischen den Völkern der Erde bestehende Gefahrengemeinschaft" [30]). Nirgends sind die Gefahren größer als in Mitteleuropa, wo das Deutschland Adolf Hitlers den Zweiten Weltkrieg entfesselt hat, seine Folgen am deutlichsten sichtbar sind und West und Ost einander unmittelbar gegenüberstehen. Deshalb „fordert der gesunde Menschenverstand —

> schon als brennendes deutsches Anliegen! — das Auseinanderrücken der beiden Machtblöcke, also das Disengagement als Kernstück eines europäischen Sicherheitssystems!" [31])

VI

Kehren wir zum Ausgangspunkt unserer Überlegungen zurück. Bundesregierung und Bundestag besitzen heute keinerlei klare außenpolitische Konzeption. Sie beschwören die deutsch-französische Freundschaft und haben doch insgeheim Furcht vor dem Führungsanspruch in Europa, den de Gaulle unmißverständlich für sein Land geltend macht und in dessen Zeichen er vielleicht bald auch mit Chrustschow verhandeln wird. Sie können sich — mit Recht — kein Europa ohne Großbritannien vorstellen, mißtrauen aber der Labour Party, deren Sieg bei den kommenden Wahlen sie wohl für wahrscheinlich halten. Sie wissen, daß wir ohne

Amerika verloren sind und blicken doch mit argwöhnischen Augen auf jeden Schritt der Verständigung zwischen den USA und der Sowjetunion, da er auf unsere Kosten gehen könne. Sie sind nicht töricht genug, um sich Täuschungen über die Realität der DDR und der Oder-Neiße-Grenze hinzugeben, wagen aber nicht, dem Volk die Wahrheit zu sagen, und flüchten sich in juristische Scheinpositionen. Das ist die Lage ein halbes Jahr nach dem von den eigenen Freunden erzwungenen Rücktritt des ersten Bundeskanzlers. Aber seine Partei, die führende Regierungspartei der CDU, ist bereits so weit erstarrt, hat so wenig mehr an neuen Ideen, Männern und Taten zu bieten, so wenig Vertrauen offenbar auch in die eigene Kraft, daß sie den Achtundachtzigjährigen, dessen Außenpolitik bis in ihre Grundfesten erschüttert ist, noch einmal für weitere zwei Jahre zum Vorsitzenden wählt, weil sie sich von der Zugkraft seines Namens bei den Massen für die kommenden Wahlen etwas erhofft.

„Allerdings muß man schon ein großer Optimist sein", schrieb Rüdiger Altmann in seiner Studie „Das Erbe Adenauers", „um zu erwarten, daß die christlichen Demokraten unmittelbar nach der Ära Adenauer den Elan aufbringen, sich freiwillig einer Entfettungskur zu unterziehen. Sie vertrauen instinktiv und nicht ohne Grund darauf, daß den Sozialdemokraten noch weniger einfällt als ihnen. Vielleicht hilft ihnen das, zu überwintern, — auf Kosten ihrer Idee und zum Nachteil Deutschlands" [32]). Das war ganz richtig gesehen. Aber auch hier wird sich schließlich die alte Erkenntnis als richtig erweisen, daß der Verzicht auf Politik nicht vor Veränderungen schützt. Wenn von den Parteien, einzelne Persönlichkeiten ausgenommen, keine politischen Impulse zu erwarten sind und sie in ihrer Gesamtheit daher heute bei der Bevölkerung mehr und mehr der Verachtung anheimfallen, — das Rad der Weltgeschichte steht nicht still. Die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik ist problemgeladen, hier können sich, auf dem Weg über die Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften, Ansatzpunkte für neue Initiativen ergeben. Aber auch die Umwelt in West und Ost, diesseits und jenseits des Atlantik, ist in Bewegung. Das läßt uns für ein neues Europa hoffen.

Anmerkungen

1) Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 2, 1964, S. 177.
2) Jürgen Eick, FAZ v. 8. 2. 1964 Nr. 33.
3) Fritz Ulrich Fack, FAZ v. 18. 2. 1964 Nr. 41.
4) Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Heidelberg, Rundbrief 2/1964 v. 6. 2. 1964.
5) Karl Anton Prinz Rohan, Heiße Eisen. Deutschland, Europa, der Westen.
6) Stresemann, Vermächtnis 1932/3, II 300; zit. nach Eschenburg, Die improvisierte Demokratie, München 1963, 207.
7) Eick a. a. O.
8) Neue Zürcher Zeitung v. 26. 2. 1964 Nr. 56.
9) Hierzu Bericht des Bonner Korrespondenten der NZZ i. d. Ausgabe v. 28. 2. 1964 Nr. 58 „Das deutsche Malaise und die Integration".
10) Zwischenbilanz der deutschen Integration. Kritische Nachlese. „Ordo". Jahrbuch f. d. Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, XI, 1959, S. 84.
11) a. a. O. S. 85; früher schon „Gemeinsamer Markt und Freihandelszone", „Ordo", X, 1958, S. 31 ff.
12) Rohan a. a. O. S. 14.
13) Eric Graf Oxenstierna, Skandinavien, Zürich 1962, S. 5.
14) Oxenstierna a. a. O., S. 44.
15) Walter Lewald, Recht und Humanität, München 1962, S. IX.
16) Finanzbericht 1964, herausgegeben vom Bundesministerium der Finanzen, S. 266 f.
17) FAZ v. 23. 1. 1964, Nr. 19.

18) FAZ v. 29. 1. 1964, Nr. 24.
19) Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1963, S. 92 ff.
20) FAZ v. 22. 1. 1964, Nr. 18 (Der gezähmte Himmelstoß)
21) Weinstein, FAZ v. 5. 2. 1964, Nr. 30.
22) F. L., NZZ v. 2. 2. 1964, Nr. 32.
23) Weinstein, FAZ v. 20. 2. 1964, Nr. 43.
24) FAZ v. 23. 1. 1964, Nr. 19.
25) FAZ v. 9. 3. 1964 Nr. 58 (Das multilaterale Steckenpferd). Hier heißt es im übrigen: „Man sieht keinen zwingenden Anlaß, daß die Bundesrepublik für die Polarisflotte als multilaterale Atomstreitmacht viele Milliarden Mark bezahlt." „Jede Milliarde, die wir der Polarisflotte zukommen lassen, wird unseren Streitkräften verloren gehen."
26) FAZ v. 5. 2. 1964, Nr. 30.
27) Rohan a. a. O., S. 277/8.
28) Rohan a. a. O., S. 70.
29) Rohan a. a. O., S. 290/1.
30) Lewald a. a. O., S. 109.
31) Lewald a. a. O., S. 117.
32) Kindler-Taschenbücher, München 1963, S. 96/7.

Auschwitz

Das Kreuz der Prozesse

Zwanzig Jahre nach dem Wüten der gigantischen Mordfabrik versucht der Frankfurter Auschwitz-Prozeß die vergangenen Verbrechen zu rekonstruieren, die Atmosphäre von Mord, Raub, uferloser Gewissenlosigkeit heraufzubeschwören. Da steigt Grauen aus der Stille des Saales, gespenstisch-widerwärtiges Grauen, — obwohl oder vielleicht gerade weil eine so lange Zeit des Vergessens sich dazwischen schob, die Justiz es säuberlich in ihre blanken Formeln bannt, die einstigen Blutschergen als Biedermänner mit feierlich-silbergrauer Krawatte „von nichts wußten" und höchstens ihre „Pflicht erfüllten". Dieses Grauen schafft Unwohlsein, wirft Fragen auf: Wie war das möglich? Was geschah, um nach den Verantwortlichen dieses größten Verbrechens der Geschichte zu fahnden? Was wurde unternommen, um Ähnliches in Zukunft auszuschließen? Dieser Prozeß (und andere seiner Art) ist ein Kreuz für uns, erinnert er doch vor allem an eine schlecht gelöste Aufgabe, an eine ungenügend abgetragene Schuld.

Warum zwanzig Jahre danach? Warum mußte eine so lange Zeit verstreichen zwischen Auschwitz und Frankfurt? Was den mehr oder weniger verschämten Anhängern der mit Auschwitz beladenen Diktatur als Argument dient, um „nach so langer Zeit" das Ende der Prozesse und sogar eine alles auslöschende Amnestie zu verlangen, enthüllt gerade das beklemmende Problem schlecht abgebauter Schuld. Warum zwanzig Jahre danach? Warum finden diese Prozesse so spät, so strichweise statt? Warum sehen wir eher Komparsen auf der Anklagebank als die Häupter? Das liegt wohl unzweifelhaft daran, daß es schier unerschöpflicher Kraft bedarf, der Überwindung unendlicher Schwierigkeiten, um diese Konfrontierung mit der Vergangenheit herbeizuführen.

Die Gutwilligen, deren hervorragendstes Beispiel der hessische Generalstaatsanwalt Dr. Bauer ist, müssen ständig gegen den Strom schlechten Willens und bewußter Gegnerschaft schwimmen. Zu groß ist die psychologische Abwehr, ist die Solidarität weitverzweigter Mittäterschaft (die von höchsten Stellen geübt

wird), als daß es leicht wäre, die ansonsten prompt arbeitende Justizmaschinerie auf ihre Pflicht einzustellen. Von Beteiligten wissen wir, wie schwer sie es haben, sich gegenüber allen Fallen durchzusetzen, wie sehr gutwillige Untersuchungsrichter mitunter Gerichts- oder Polizeiorganen mißtrauen müssen, weil sie sich auf deren Mitarbeit nicht verlassen können. Der Fall Heyde war keinesfalls eine Ausnahme, wo man den gesuchten Massenmörder als Gerichtsexperten im Amte sah, während hohe Richter ihn beschützten. Auch zum Auschwitz-Prozeß führten Zufälle, ohne die es ihn vielleicht gar nicht gegeben hätte. Im Mai 1945 hatte ein KZ-Häftling Lager-Akten gefunden; sie gelangten dreizehn Jahre später in die Hände Dr. Bauers. Was wäre geschehen ohne den Fund dieser Akten oder wenn sie nicht Dr. Bauer, sondern seinen Kieler Kollegen Dr. Voss erreicht hätten, der seine freundschaftliche Hand über Heyde hielt?

Gerade die Schwierigkeiten, die dieser „Bewältigung der Vergangenheit" entgegenstehen, beweisen die Hohlheit gar manches festtäglichen demokratischen Bekenntnisses. In der Wirklichkeit unseres Staates klaffen Wort und Tat nicht unbeträchtlich auseinander. Das ist wohl die erste Lehre, die sich aus dem Auschwitz-Prozeß ziehen läßt. Stellen wir uns die Frage nach der Ursache der verschleppten Konfrontierung mit der Vergangenheit, so müssen wir unweigerlich juristisches Gebiet verlassen und das der Politik ergründen. Im Laufe der Entwicklung der Bundesrepublik verdrängte die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus diejenige mit dem Nationalsozialismus immer mehr. Dieser erlebte eine beschränkte, doch nicht zu übersehende Rehabilitierung: War er nicht antikommunistisch, gab er nicht vor, ein „christlich-abendländisches" Bollwerk zu schaffen? Die vehement reaktionäre Ideologie der Bundesrepublik wertete den Nazigeist auf, ließ Vertreter des Dritten Reiches wieder nach vorn rücken. Antikommunisten von gestern fanden sich mit Antikommunisten von heute zusammen: gewöhnlich waren es die gleichen. Das Hitler-Reich wurde nicht mehr in allen seinen Teilen als schlecht empfunden (weil sie alle — sogar die Autobahnen! — einem durch und durch schlechten Ziel dienten), es wurden deren gute entdeckt. Es gab Auschwitz, aber es gab auch die Freuden der Volksgemeinschaft; es gab Himmler, aber auch wackere Patrioten, die ihr Vaterland an der Wolga verteidigten; es gab Gaskammern, aber auch Bischöfe, die den „Abwehrkampf" mit Wonne genossen; es gab eine Million ermordete Kinder, aber auch steigende Gewinne; es gab den bösen Hitler, aber auch den guten Flick (einst SS-Förderer, heute Träger des Großen Bundesverdienstkreuzes mit Schulterband und Stern). Das Nazi-Reich wurde nachträglicher Korrektur unterzogen: Es sei nicht alles schlecht gewesen, es habe viel Indealismus gegeben (siehe die üppige Entfaltung der Großindustrie), von den Verbrechen habe man im übrigen sowieso „nichts gewußt". So konnten sich nicht nur die Industriellen wieder bequem einrichten, die einst Giftgas nach Auschwitz lieferten und dortselbst Hunderttausende Sklaven wohlfeil ausbeuteten. Die Generale, die Krieg für das Auschwitz-System führten, drängen heute genauso mutig zum Kampf für „westlichen Humanismus". Währenddessen durfte Herr Globke eineinhalb Jahrzehnte lang, als rechte Hand des Bundeskanzlers, brillantes Symbol dieses Staates sein und in SS-Prozessen (wer hätte es anders erwartet?) als Entlastungszeuge auftreten.

Der Kalte Krieg, sagte Thomas Mann 1950, „zerstört, was er bewahren will: die Demokratie. Denn sie unterliegt der Versuchung, den Teufel mit Beelzebub auszutreiben und den Faschismus zum Waffengefährten zu nehmen, ihn zu stützen und wieder großzuziehen..." Nirgends wurde diese Wahrheit uneingeschränkter erhärtet als in der Bundesrepublik: sie erlebte, seitdem diese weisen Worte gesprochen wurden, eine tausendfache Bestätigung. Das ist die gewaltige

politische Schwierigkeit, die sich einer Auseinandersetzung mit der Vergangenheit widersetzt: Nicht wenig Vergangenes hat sich in die Gegenwart hinübergerettet und tritt uns heute als Turmwächter der Demokratie entgegen. Im Zuge dieser schamhaften Teil-Rehabilitierung wurde Auschwitz zum Fauxpas eines Regimes, dem auch „gute Seiten" nachgesagt werden. Doch vermochte diese Operation, die sich noch dazu als demokratisch-wiedergutmachend ausgab, die moralische Malaise nicht zu beseitigen. Die nicht abgetragene Schuld wuchert um so giftiger in der Schuldanklage gegen andere. Die Versöhnung mit den Nazis schlägt in unversöhnliche Feindschaft gegen die Russen um. Die Berliner Mauer löst eine unvergleichlich stärkere Empörung aus als alle Hitlerschen Folterstätten. Diese sollen möglichst vergessen werden oder bestenfalls dazu dienen, die neue-alte Feindschaft zu nähren. Der Verdrängungsprozeß gipfelt in der Gleichstellung Auschwitz = DDR, womit vergessen werden soll, daß ehemalige SS-Offiziere im demokratischen Kreuzzug ihren Platz gefunden haben. Das ungelöste Problem im Innern treibt gerade dazu, wieder als Träger höherer Mission nach außen aufzutreten. So führt die seelische Verdrängung zu einer innenpolitischen Zwitterlage und zu einer verhängnisvollen außenpolitischen Haltung.

Zum anderen muß der Prozeß daran gemahnen, daß Auschwitz, wo vier bis fünf Millionen Menschen gemordet wurden, nur das letzte Glied einer Kette war, unverwechselbar-folgerichtiger Teil der gesamten Diktatur. Ihr ganzes Wesen drängte dorthin, fand in Auschwitz ihren höchsten Ausdruck. Über den individuellen Grausamkeiten, die in Frankfurt vom bleichen Licht des Gerichts gestreift werden, darf nicht vergessen werden, daß auch sie nur Partikel der großen Vernichtsmaschine waren. Die sadistischen Kumpane amüsierten sich im blutigen Spiel, doch war auch das nur möglich, weil hinter Schreibtischen Ministerial- und Justizräte, hohe Offiziere, Reichsbahn- und Reichsbankbeamte den Massenmord mit weißen Hände planten. Die Gerechtigkeit wird so lange eine gähnende Lücke aufweisen, als diese Herren (vielleicht weil sie heute schon wieder Ministerial- und Justizräte, Offiziere, Bahn- und Bankbeamten sind?) sich ihrer ungeheuren Verantwortung nicht zu stellen brauchen. „Eine Diktatur wie das Dritte Reich ist nicht allein durch Gewalt aufzubauen; sie bedarf der Juristen, die zu begründen verstehen, daß die Gewalt legal und der Unrechtsstaat ein Rechtsstaat sei". Das schreibt Ilse Staff in „Justiz im Dritten Reich". Die Diktatur bedurfte jedoch nicht nur der Juristen; sie bedurfte der Soldaten zu ihrer Verteidigung, der Priester, die sie mildtätig segneten, der Schriftsteller, die sie priesen, der Finanziers, die ihr willens waren, eines ganzen Volkes, das blind gehorchte. In der Bundesrepublik hat man sich damit abgefunden, die erschreckend gewaltige Wahrheit zu amputieren, bis das kleine Stückchen übrigblieb, wonach das Nazi-Unheil das Werk einiger weniger gewesen sei.

Die Wahrheit sieht nicht so aus. Sie ist größer, aber auch unendlich schwieriger zu meistern. Eher zwingt sie, mit Erich Kuby dem deutschen Volk folgendes zu sagen: „Schau dir das an, mach nicht die Augen zu, du begegnest dir selbst, obwohl du, du in deiner Gesamtheit, nicht das Cyclon in die Gaskammern geschüttet hast; aber du hast zugelassen, du hast es für durchaus in Ordnung befunden, daß ein Teil der unter dir lebenden Menschen, deine Mitmenschen, aus der menschlichen Gemeinschaft ausgestoßen worden sind. Dazu hast du nicht nur ja gesagt, in deiner überwiegenden Mehrheit hast du dich daran beteiligt. Und nun überlege, wie du heute zu deinen Mitmenschen stehst, und zwar nicht zu denen, die du magst, schätzest, achtest, sondern zu denen, die dir aus irgendeinem Grunde widerwärtig sind." Auschwitz wurde zur Endstation eines Antihumanismus, der das „Deutschtum" über alles stellte und „Fremdvölker" als

minderwertig achtete. Auschwitz begann 1933 mit der Verfemung der Juden und dem Verrbennen der Bücher. Zuerst mußte humanistisches Schrifttum in die Flammen geworfen werden, die Menschen folgten danach. Aber Auschwitz begann noch früher in Deutschland: Seit dem Scheitern der demokratischen Revolution in der Mitte des letzten Jahrhunderts wurden die Weichen gestellt, indem das politische Denken sich zusehends mehr vom Humanismus abwandte und der bloßen Macht verschrieb. Als Recht wurde ausgegeben, was Deutschland nützte, wievele Rechtsnormen auch vergewaltigt wurden, und Deutschland wurde dem Interesse der Obrigkeit gleichgesetzt. Die Verletzung rechtstaatlichen Denkens ging schrittweise, doch konsequent vor sich. Die uralte, nicht erst von Hitler erfundene These vom „Recht ist, was dem deutschen Volke nützt", führte folgerichtig, jeden Rechtsbruch durch einen noch zynischeren übertrumpfend, nach Auschwitz. Erst die jahrzehntelange Gewöhnung an reine Machterwägungen, außerhalb aller Rechtsbegriffe, ermöglichte die rohe Gleichgültigkeit, die Millionen Menschen dem Machtzweck opferte. In diesem Sinne trägt jede hemmungslose Machtpolitik die Keime von Gaskammern in sich. Erst eine uneingeschränkte demokratisch-humanistische Haltung, die den Menschen im Innern eines Staates wie die Völker im zwischenstaatlichen Zusammenleben achtet, vermöchte die Gefahr zu bannen. So wird die Überwindung von Auschwitz zu einem Problem der Demokratie, der Demokratisierung der menschlichen Verhältnisse im Innern und nach außen: Verdammung der Verfemung, Herstellung des Zwiegesprächs innerhalb eines Landes wie in den Beziehungen zwischen Völkern. Der amerikanische Schriftsteller Arthur Miller stellte nach einem Besuch beim Frankfurter Prozeß die Frage: „Wie aber sieht es in den Herzen der Deutschen aus? Ist darin der Sinn für Recht verankert oder der Sinn für Konformismus und bedingungslosen Gehorsam?" Diese Frage erhebt unweigerlich das grausige Fanal von Auschwitz. Notwendig ist nicht nur die Bestrafung der Schuldigen (selbstredend sind es nicht nur die Zweiundzwanzig von Frankfurt), sondern eine beständige und tiefgreifende Demokratisierung unseres gesellschaftlichen Daseins. Ist es notwendig zu unterstreichen, daß dies eine unbewältigte Aufgabe ist, die täglich eher größer denn kleiner wird? Es ist wahr, die Bundesrepublik verfemt nicht die Juden. Sie beschränkt sich darauf, Haß gegen die Länder im Osten und gegen den Kommunismus zu säen. Aber ist das besser, ist das ein Fortschritt? Liegt darin bereits nicht wieder der Keim zu einem neuen Auschwitz (oder zu einem neuen Hiroshima)? Statt konsequente Friedenspolitik zu treiben, wird einer gepanzerten Machtpolitik gefrönt, in der vergangenes Unheil nur allzu deutlich mitschwingt. Es gehört zum guten bundesdeutschen Ton, Auschwitz zu verdammen, doch bleibt es ein Lippenbekenntnis, wenn man uns, wie Adenauer es tat, die Russen als „Todfeinde" verketzert. Die Überwindung von Auschwitz ist eine juristische Aufgabe, noch mehr ist sie eine Aufgabe politischer Art: sie verlangt einen täglichen erbitterten, unaufhörlichen Kampf um die Demokratisierung unserer Verhältnisse, um die Sicherung des Friedens, um die Überwindung machtpolitischen Denkens, das sich in Auschwitz ein schauriges Monument selbst errichtete.

Heinz Abosch

„Ende unserer Welt", ein neuer polnischer Spielfilm aus dem KZ-Lager Auschwitz

Unwillkürlich stellt sich die Frage: ist es überhaupt möglich, in und über die Stätten unmenschlichen Leidens, wie sie die Konzentrationslager waren, einen Spielfilm zu drehen? Der neue polnische Film „Ende unserer Welt", der am 4. März auf Einladung des „Internationalen Auschwitz-Komitees" im Zeil-Filmtheater in Frankfurt/M. vor geladenen Gäten erstaufgeführt wurde, beantwortete

diese Frage zugunsten des Films. Frau Wanda Jakubowska drehte ihn nach dem gleichnamigen Buch des polnischen Schriftstellers Tadeusz Holuj. Beide sind Überlebende des Vernichtungslagers Auschwitz.

„Dieser authentische Streifen, der in Polen noch keine Uraufführung erlebte, soll die Atmosphäre des Lagers vermitteln", sagte der Autor in einer kurzen Einführung. Die schon fast sprichwörtlich gewordene Qualität polnischer Filme wurde hier schon kurz nach Beginn der ersten Szenen sichtbar. In der Tat, was hier geleistet wurde, ist erstaunlich: ein durchaus objektiver Film von starker Ausdruckskraft und mit jener Transparenz, die d a s sichtbar macht, was nicht gezeigt werden kann, weil es sich jeder Gestaltungsmöglichkeit entzieht: die Unfaßbarkeit der Verbrechen von Menschen an Menschen. Diese Schwierigkeit konnte nur gemeistert werden durch Überwindung subjektiven Grolls und durch künstlerische und besondere filmische Mittel.

Sie lassen weder Sentimentalität aufkommen, noch legen sie die Grausamkeiten plump auf die Leinwand. Beides wäre gefährlich gewesen. So aber entsteht statt unverbindlicher Rührung ein intensives Erlebnis mit der Schlußfolgerung: so etwas darf es nie wieder geben! Außerdem kann dieser Film auch dem zarter besaiteten Publikum „zugemutet" werden. Die Verbindung dieser beiden Fakten: erschütterndes Erlebnis und Zumutbarkeit, werden diesen Spielfilm gewiß ein großes Publikum gewinnen lassen.

Erinnerungsbilder führen mitten in das Lagergeschehen, das sich hinter den Mauern vollzieht. Verfremdungen sorgen für die Möglichkeit, das Filmgeschehen, wo es nottut, zu vergessen, um mit den Tatsachen konfrontiert zu werden. Die Atmosphäre wird erlebbar. Eines der filmischen Verfremdungsmittel ist die zeitweise Einblendung eines jungen Amerikaners mit Rollfilmkamera und seiner Braut, einer jungen Französin, deren Vater im Lager Auschwitz umgekommen ist. Sie gehen durch die Erinnerungsstätte, die heute als Staatsmuseum international besucht wird.

Von besonderer Gestaltungskraft zeugen Szenen, die das Schwerwiegende nur andeuten. Nach den Kugeln der Erschießungen Vogelgezwitscher über dem Gelände. Nach dem Genickschuß das Verschwinden eines Menschen, an dessen Stelle ein Kranz an die Hinrichtungsmauer geheftet wird. Und wenn das Geschehen einem Höhepunkt entgegengeht, wie etwa bei der Ankunft neuer Gruppen von Frauen, die sich, noch unwissend und hoffend im freien Gelände ausziehen müssen, um nackt in den vorgeschriebenen Tod zu gehen, dann steht die Kamera plötzlich still. Mitten in den Film werden Original-Fotos eingeblendet — von Häftlingen einst heimlich gemacht — und stehen stumm und unvergeßlich wie ein unüberhörbarer Aufschrei des entwürdigten Menschengeschlechtes. Zackige deutsche Militärmusik als makabre Fassade für offizielle Anlässe im Lager — die schwarzen Lederhandschuhe des Obersten, der mit den Fingerspitzen spielt angesichts der intelligenten Gesichter neuer Ankömmlinge —, die Zigeunerkapelle, die ihr eigenes Abschiedskonzert gibt, bevor sie in die Gaskammer eingeriegelt wird — der Zyklon-B einwerfende SS-Offizier, der noch schnell den Goldzahn eines Häftlings entfernen läßt, — die im Laufschritt arbeitenden Häftlinge („Tempo, Tempo, ihr Schweine!"), — die hellen Gesichter der Kinder, die ihre Schuhe ordentlich aufstellen, bevor sie in die dunklen Gaskammern getrieben werden, — die schöne junge Jüdin, die aus einem Neutransport unauffällig hinter einen Holzstoß geführt und durch einen Kopfschuß erledigt wird (vielleicht aus der menschlichen Regung heraus, ihr den langen Leidensweg zu ersparen), — der Vorbeilauf erschöpfter und ausgemergelter Häftlinge im Halbdunkel durch Wasserpfützen und Schlamm, die Hände am Hinterkopf verschränkt, stürzend und im

Schlamm fast erstickend und von Kameraden weitergeschleppt, — das alles spielt sich hinter der großen Lageraufschrift ab: „Arbeit macht frei".

Es folgen eindringliche Szenen: der Standortarzt und sein Schreiber (der einem Augenzeugen im Auschwitzprozeß nachgezeichnet ist), geraten einigemale in ein kurzes Gespräch. Der Arzt: „Nur der Kontakt mit meiner Frau erlaubt es mir, das alles durchzuhalten. Wenn sie nur verstehen würde, was es heißt, Befehle auszuführen." Der Schreiber: „Aber es sind doch Menschen." Der Arzt: „Menschen? Das ist die große Weltreinigung! Wenn ich so ein Mensch wäre, müßte ich mir in den Schädel knallen." Später, während eines Lageraufstandes, schießt er sich angesichts eines waffenlosen Häftlings ins Gesicht.

Im Mittelpunkt des Geschehens steht der authentische Bericht über einen jungen polnischen Ingenieur, der den Krieg mit seiner jungen Frau Maria anständig überleben will. Weil er aber eine auf der Straße mißhandelte Frau mit ihrem Kind schützen will, kommt er dennoch nach Auschwitz. Schon in den ersten Tagen wird er schwach und krank. Im Häftlingskrankenbau steht er als arbeitsunfähig zur „Abspritzung" an. Während er noch ohnmächtig ist, stecken ihm ein polnischer und ein deutscher Häftling der Widerstandsbewegung die Häftlingsnummer eines soeben Verstorbenen zu und retten ihn damit vor dem Tode. Unter dem Namen des Toten darf er weiterleben. Seine Frau erhält die Todesnachricht. Nach einiger Zeit wird er typhuskrank und muß erneut in den Krankenbau. Er erfährt nun, wem er sein Leben zu verdanken hat, und beschließt, von nun an den Kameraden der Widerstandsbewegung zu helfen. Inzwischen trifft auch seine Frau unter dem Namen eines ihm bekannten Offiziers, der soeben im Häftlingskrankenbau liegt, im Lager ein. Er besucht den Kranken und stellt ihn zur Rede. Von ihm erfährt er, daß Maria von seinem Tode völlig überzeugt gewesen sei und ihn geheiratet habe. Wenige Tage später jedoch wird dieser Kranke zur politischen Abteilung geholt und auf dem berüchtigten Block 11 erschossen.

Es folgen fünf heimliche Begegnungen des Häftlings 20020, der einst ein junger Ingenieur war, mit seiner ehemaligen Frau Maria. Auch hier weiß die Kamera die Atmosphäre und den Seelenzustand der beiden darzustellen. Maria ist glücklich, nachdem sie ihn erkennt, aber sie versteht seine Arbeit in der Widerstandsgruppe nicht. Jede einzelne dieser heimlichen Begegnungen wird in der Dauer kürzer und räumlich entfernter. Die vorletzte geschieht nur noch durch einen Drahtzaun, die letzte aus jener Entfernung, die nur noch das Wesen des Menschen zeigt. Es bleiben nur noch Augen übrig, große, staunende, endlich begreifende Augen einer jungen Frau, die mit den singenden Kindern, die sie bis zur Befreiung des Lagers betreuen wollte, ins Gas geht. Nach ihrem Tod ist der Mann verbittert und hart, auch gegen seine Kameraden, die ihn inzwischen zum Blockältesten gemacht haben. Später beteiligt er sich an dem aussichtslosen Kampf der noch verbliebenen Häftlinge gegen die Massenmörder des Lagers und bleibt als einer der wenigen übrig. Es konnte den Besuchern des Films nicht entgehen, daß er die Züge seines Autors Tadeusz Holuj trug.

Es wäre nicht nur ein Gewinn, sondern geradezu eine Notwendigkeit, diesen Film, in dem polnisch, deutsch, englisch, französisch gesprochen wird, eines Tages in der Bundesrepublik in allen Lichtspielhäusern sehen zu können.

Ursula Rütt

Gedanken eines Ausländers, der an der Frankfurter Verhandlung teilnahm

Der bekannte amerikanische Schriftsteller Arthur Miller schrieb nach dem Besuch eines Verhandlungstages des Auschwitz-Prozesses u. a.:

... der Arzt, der an diesem Tage Stunde für Stunde seine Aussagen macht, läßt an den Tatsachen keinen Zweifel. Er war selbst als Häftling im Lager; da er mehr zu essen bekam, steht er hier und kann sprechen. Er berichtet von kleinen Kindern, die man den Armen ihrer Mütter entriß; von Bettwäsche, die zweimal im Jahr gewechselt wurde; von dem fast völligen Fehlen aller Medikamente; von Rote-Kreuz-Wagen, die die Häftlinge in den Tod fuhren; von Schlägen und Folterungen — und er nennt die Angeklagten, einen nach dem anderen, als die Ausführenden. Die deutschen Hausfrauen, aus denen sich die Geschworenenbank zum großen Teil zusammensetzt, brechen in Tränen aus oder sitzen mit vor Entsetzen weit aufgerissenen Augen auf ihren Plätzen.

Diese Frauen gehören offenbar zu der Altersgruppe, die damals, als dies geschah, in Nazideutschland lebte. Sie kauften ein, brachten ihre Kinder ins Bett, fuhren an sonnigen Tagen ins Grüne, sorgten sich um das Hochzeitskleid der Tochter oder um das Wohlergehen des Sohnes im Heer, während Mütter gleich ihnen und Kinder gleich den ihren gezwungen wurden, alle ihre Kleider abzulegen, in einen kargen Raum zu treten und das Gas einzuatmen, das einige der Angeklagten, die jetzt hier sitzen, sorgfältig in den Raum leiteten.

Und doch sind die Ankläger in diesem Prozeß überzeugt, daß neunzig Prozent aller Deutschen gegen diesen und gegen alle ähnlichen Prozesse eingestellt sind. Sie schließen das aus den Briefen, die sie erhalten, aus den Schwierigkeiten, die man ihnen macht, wenn sie bei Verhaftungen die Mitarbeit örtlicher Stellen erbitten, und endlich auch aus der Tatsache, daß sich noch immer unter den Deutschen keine klare Stimme erhebt und zur Wiederherstellung der Ehre des Landes die Bestrafung solcher Mörder verlangt.

Im Gegenteil sagen die Juristen: man ist weithin der Ansicht, daß diese Prozesse Deutschlands Ruf nur schaden. Es ist alles ja so lange her! Wozu soll man heute noch, nach so vielen Jahren, Männer aus ihrem jetzigen Leben herausreißen! Immer wieder mußten diese Männer des Gesetzes die Verhafteten selbst quer durch Deutschland nach Frankfurt vor die Schranken des Gerichts bringen, weil sich kein Polizeibeamter fand, der ihnen half.

Dafür zahlt ihnen der Staat 25 Mark Spesen pro Tag. Die gewöhnlichste Unterkunft für eine Nacht kostet elf Mark. Und doch ist diese Handvoll Deutscher entschlossen, die Schuldigen bis zum letzten Mann weiterzusuchen, bis zum Lastwagenfahrer, der die Häftlinge in die Gaskammern brachte. Auf daß der Gerechtigkeit Genüge getan werde.

Hat all dies wirklich — auf lange Sicht gesehen — einen Sinn? Sie wissen es nicht. Einige arbeiten seit 1959 an den Fällen — seit die ersten Verhaftungen dieser besonderen Gruppe vorgenommen wurden. Sie haben in den Schriftsätzen Millionen Worte gelesen, sie haben die Fotos angestarrt, die ein SS-Mann aufgenommen hat, dessen Hobby Fotografieren war. Darauf sieht man die Angeklagten bei ihrer Tätigkeit: sie trennten die zum Tode Bestimmten von den vorübergehend Geretteten, die noch im Lager arbeiten mußten. Längst berührt sie nicht mehr, was andere denken: unbeirrt verfolgen sie ihr Ziel.

Und was ist ihr Ziel? Diese Anwälte des Staates, etwa Mitte Dreißig, waren selbst einmal Soldaten der Wehrmacht, durch und durch Deutsche. Sie kennen ihr Volk und wissen: selbst wenn der letzte SS-Mann für seine Verbrechen abgeurteilt worden ist, so würde dadurch ein Wiederaufleben des brutalen Natio-

nalismus und eine Wiederkehr des deutschen Problems nicht automatisch unmöglich gemacht. Es ist etwas anderes, worauf diese Männer abzielen.

In jedem Wort der Zeugenaussagen, ja schon in der Einberufung des Verfahrens steckt ein Dilemma, das angesichts der Geschichte der Konzentrationslager in erster Linie ein deutsches Dilemma ist, in Wahrheit jedoch ein ungelöstes Problem der ganzen Menschheit. Denn alle diese Angeklagten verteidigten sich mit der Feststellung, sie hätten auf höheren Befehl gehandelt.

Die Tatsache, daß so viele Deutsche gegen den Prozeß protestieren, bedeutet nicht einfach, daß sie gegen Leid und Not unempfindlich sind oder daß die Gerechtigkeit ihnen gleichgültig ist. Auch Deutsche weinen um ihre Toten, helfen den Kranken und hängen sehr an ihren Kindern. Und Achtung vor dem Gesetz haben sie in übertrieben hohem Maße.

Was jedoch viele Deutsche erschreckt und was sie noch heute den Ausländern rätselhaft erscheinen läßt, ist ihre Tendenz zum moralischen und physischen Zusammenbruch vor einem Befehl von oben ...

(Aus „New York Herald Tribune")

William Warbey, M. P.

Vietnam: Krieg ohne Ende?

Bis in die Jahre 1949/50 war es Ziel der amerikanischen Politik im Pazifik und Ostasien, sich mit dem gewaltig anwachsenden Anti-Kolonialismus zu arrangieren. Man unterzeichnete einen Friedensvertrag mit Japan, gewährte den Philippinen (bei Aufrechterhaltung militärischer Stützpunkte) die Unabhängigkeit, drängte die Holländer, den Indonesiern alle Macht zu übertragen, und die Franzosen, Laos, Kambodscha und Vietnam (innerhalb der Französischen Union) die Unabhängigkeit zu geben. Großbritannien, das nicht wünschte, die Franzosen und Holländer im Besitz von Einfluß- und Machtpositionen in einem Gebiet zu sehen, aus dem sich England bereits teilweise zurückgezogen hatte, stand in dieser Politik den Vereinigten Staaten zur Seite.

Die USA waren jedoch gezwungen, ihre antikolonialistische Haltung aufzugeben, in Folge eines Ereignisses, das zu verhindern sie erfolglos versucht hatten: des Sieges der kommunistischen Partei in China. Auf Grund der Konsolidierung der chinesischen Revolution und der darin liegenden Drohung, daß ihr Beispiel und Einfluß sich über ganz Asien und den Westpazifik ausbreiten könnte, entschlossen sich die von Präsident Truman und John Foster Dulles repräsentierten mächtigsten kapitalistischen Gruppen in den Vereinigten Staaten, ihre Politik zu ändern und von der „Befreiung der Kolonialvölker" auf die „Eindämmung des Kommunismus" umzuschalten.

Die Truman-Administration hatte bereits begonnen einen Ring amerikanischer Basen und Militärbündnisse rund um die (sowjetische) kommunistische Welt zu ziehen. Dabei versuchten die Amerikaner, sich auf gefügige antikommunistische Regierungen zu verlassen, die willens waren, amerikanische Militärhilfe in jeder Höhe anzunehmen, ohne auf einer Entsendung amerikanischer Truppen zu bestehen.

Zur Zeit der Machtübernahme durch die chinesischen Kommunisten hofften Lincoln White und — später — Dean Acheson zeitweise, daß Mao Tse Tung bereit sein könnte, die Rolle eines asiatischen Tito zu übernehmen, mit dem man dann zu einer Verständigung kommen könnte. Diese amerikanische Lagebeurteilung änderte sich dann infolge des Koreakrieges vollständig. Die Teilung Koreas in eine kommunistische und antikommunistische Hälfte war das Ergebnis einer direkten russisch-amerikanischen Vereinbarung, bezüglich welcher man weder die Koreaner noch die Chinesen konsultiert hatte. Tatsächlich widersprach sie der Deklaration von Kairo, an der Tschiang Kai Schek teilgenommen hatte und die besagte, daß Korea ein einheitlicher, freier und unabhängiger Staat werden sollte.

Die Kriegführung General MacArthurs in Korea, sein Vorstoß zum Yalu, zwang die Chinesen zu einem massiven Eingreifen. Die Amerikaner erlitten eine schreckliche und blutige Niederlage, die später nur mit großen Kosten an Geld und Blut und begleitet von einer Drohung, Atombomben einzusetzen, wieder ausgeglichen werden konnte.

Als im Juli 1953 in Korea Waffenstillstand geschlossen wurde, hatten die Amerikaner ihre Chinapolitik, aber auch ihre globale Strategie, vollständig revidiert. Sie kamen zur Überzeugung, daß es nun einen ungeheuren kommunistischen Block gebe, der sich über das eurasiatische Festland von der Elbe bis zum Pazifik erstrecke und daß dieser der „Feind der freien Welt" sei, den man zuerst mit militärischen Mitteln eindämmen und dann mit wirtschaftlichem und ideologischem Druck zwingen müsse, seine Hörner einzuziehen und sich einer amerikanisch beherrschten Welt anzupassen. Diese Strategie erforderte eine gewisse Arbeitsteilung innerhalb der „freien Welt". Die NATO-Alliierten der Vereinigten Staaten, nun unter Einbeziehung Westdeutschlands, sollten allmählich den Hauptanteil der Einkreisung des Warschauer Blocks in Europa übernehmen, während sich die Vereinigten Staaten wachsend darauf konzentrieren würden, diesen Ring auf den Mittleren Osten, Nordindien, Thailand und Indochina auszudehnen, um über die pazifischen Basen den Anschluß bis nach Japan und Alaska zu finden. Dies paßte gut zur traditionellen amerikanischen Politik, Europa in seiner Verteidigung soweit wie möglich sich selbst zu überlassen und dafür sich eine „offene Tür" nach Westen über den Pazifik nach China und den anderen westpazafischen Küstenländern vorzubehalten. Diese Politik erhielt ihre erste Wiederbestätigung durch Pearl Harbour, als Japan und nicht Deutschland die Vereinigten Staaten in den Zweiten Weltkrieg hineinzwang. Der zweite und entscheidende Impuls in dieser Richtung kam, als MacArthurs Truppen vom Yalu zurückgetrieben wurden.

All das scheint von Vietnam recht weit entfernt zu sein, aber wir kommen allmählich dorthin. Nach dem Waffenstillstand in Korea traten die Amerikaner eine Reihe fester Entscheidungen. Erstens: Westdeutschland als ihren militärischen Hauptalliierten in Europa aufzubauen. Zweitens: Südkorea durch eine militärische Satellitenregierung zu halten, die von amerikanischen Truppen und „Beratern" gestützt werden würde. Drittens: Formosa und bis zu einem gewissen Maße Quemoy und Matsu als nukleare Außenposten gegen China einzusetzen. Viertens: Eine „Groß-Südostasien-Barriere" gegen den Kommunismus zu errichten, die sich von Thailand, durch Indochina, nach Malaya, Indonesien und den Philippinen erstrecken sollte. Fünftens: Eine günstige Gelegenheit zu suchen, um das „militärische Vakuum" der bündnisfreien Länder Pakistan, Indien und Burma auszufüllen.

Die ersten drei Ziele wurden während der letzten zehn Jahre in der Hauptsache erreicht. Das fünfte teilweise durch die Einbeziehung Pakistans in die CENTO- und SEATO-Pakte sowie durch die Stationierung amerikanischer Flugzeuge in

Nordindien, nachdem die Chinesen unsinnigerweise ihren Grenzstreit mit Indien so ausgedehnt hatten, daß er zeitweise wie der Beginn eines größeren Krieges aussah. Diese Position in Südostasien ist jedoch infolge des Streites zwischen Indien und Pakistan über Kaschmir und der andauernden Bündnisfreiheit Burmas sehr unstabil. In ein oder zwei Jahren mag die chinesisch-indische Auseinandersetzung geregelt sein und die Amerikaner werden sich aus Indien zurückziehen müssen. Das Bewußtsein dieser Schwäche ist um so mehr Veranlassung für die Amerikaner, ihr viertes und am weitesten gestecktes Ziel mit Nachdruck anzustreben: den Aufbau der Südostasien-Barriere.

Der Schlüssel dazu befindet sich in den Händen Vietnams, genauer gesagt Südvietnams. Für alle amerikanischen politischen und militärischen Führer, von der Zeit Eisenhowers über die Kennedys zu Lyndon Johnson, ist Südvietnam das, was Calais für die Engländer im sechzehnten Jahrhundert war. Es zu verlieren, bedeutet das Eingeständnis, daß der asiatische Kontinent von China beherrscht wird und beherrscht bleiben wird. Das Pentagon hält — analog der Domino-Spielregel — daran fest, daß, falls Südvietnam „in die Hände der Kommunisten fällt", bald die Reihe an Malaya und Indonesien kommen wird. Die politischen Führer akzeptieren dieses strategische Konzept und trafen daher eine Reihe von Maßnahmen, um die Front gegen diese angenommene Expansion des Kommunismus zu halten.

Zuerst versuchten sie den Franzosen zu helfen die Viet-Minh zu besiegen. Aber als dies in Dien-Bien-Phu scheiterte und die Dulles'sche atomare Vergeltungsdrohung gegen China von der britischen und französischen Regierung zurückgewiesen wurde, entschloß man sich zum Aufbau einer antikommunistischen Allianz so nahe als möglich der chinesischen Grenze. Dabei geriet man in einen scharfen Konflikt mit der britischen und französischen Politik, die ein tieferes Verständnis als die Amerikaner für die historische Entwicklung der Völker Indochinas besaß. Sir Anthony Eden und Mendès-France, die auf der Genfer Konferenz von 1954 zusammenarbeiteten, gingen von der Annahme aus, daß die Vietnamesen, die Laoten und die Kambodschaner hauptsächlich ihre Unabhängigkeit von jeder ausländischen Vorherrschaft erreichen wollten und daß weder Ho Chi Minh noch die anderen kommunistischen Führer für die Unabhängigkeit gegen die Franzosen kämpften, nur um ihr Land dann den Chinesen zu übergeben. Sie stellten fest, daß Tschu En Lai ganz damit einverstanden war, Vietnam, Laos und Kambodscha als neutrale Pufferstaaten zwischen China und den Gebieten unter westlichem Einfluß hinzunehmen, und sie kamen zu dem Schluß, daß eine Vereinbarung möglich sei, die zwar die vietnamesischen Kommunisten und ihre Alliierten in Laos in einer beherrschenden Position in diesem Gebiet belassen würde, die aber zugleich gewährleisten würde, daß sich China aus dieser Region so lange heraushält, solange dies auch für den Westen gilt.

Auf Grund dieser Lagebeurteilung kam es zur Genfer Vereinbarung, die — es lohnt sich heute daran zu erinnern — auf der Einheit und Unabhängigkeit Vietnams basierte (die innerhalb zweier Jahre durch freie Wahlen gesichert werden sollten), ebenso auf der von Laos und Kambodscha sowie auf der militärischen Neutralisierung der drei Länder und dem ausdrücklichen Verbot der Errichtung ausländischer Militärstützpunkte, ausländischer militärischer Intervention oder der Teilnahme an Militärbündnissen mit ausländischen Mächten.

Bekanntlich haben es die Amerikaner abgelehnt, an den Genfer Vereinbarungen teilzunehmen. Sie zogen es vor, sich auf den Aufbau des SEATO-Bündnisses zu konzentrieren, mit Thailand als Vollmitglied und der Einbeziehung von Laos, Kambodscha und Vietnam südlich des 17. Breitengrades als Schutzgebiete des Paktes und dies gegen den Willen dieser Länder.

Aus dieser ersten amerikanischen Entscheidung, allein vorzugehen, Vietnam

eine koreanische (Teilungs-) Lösung aufzuzwingen und einen antichinesischen Geist in allen Gebieten, die sie mit militärischer und sonstiger Hilfe durchdringen konnten, aufrechtzuerhalten, folgt logisch die ganze weitere Geschichte.

Während Thailand (wenigstens bis zum Tod von Marschall Sarit Thanarat) der amerikanischen Sache durch militärische Hilfe und Mitgliedschaft in der SEATO fest verbunden war, war die amerikanische Suche nach örtlichen antikommunistischen Kreuzzüglern in den indochinesischen Ländern nicht so erfolgreich. In Kambodscha stieß man auf die festgegründete Popularität und die Neutralisierungsabsichten von Prinz Sihanouk, der die amerikanische Hilfe, aber ebenso auch die von anderer Seite annahm. Während des vergangenen Jahres hat er sich mit den Amerikanern zerstritten, weil diese nicht gewillt waren, gegen die Verletzung der Grenze von Kambodscha durch ihre thailändischen und südvietnamesischen Verbündeten einzuschreiten.[1])

In Laos konnte sich der von den Amerikanern unterstützte General Phoumi Nosavan nicht gegen die Kommunisten und Neutralisten durchsetzen. Trotz der Genfer Laos-Konferenz des Jahres 1962 dauert der Kampf dort an und wurde inzwischen so sehr Teil der Auseinandersetzung um die Beherrschung des benachbarten Vietnam, daß Hoffnungen auf einen Frieden im Inneren so lange aufgeschoben werden müssen, bis der Konflikt in Vietnam selbst entschieden ist.

In Nordvietnam verfügt Ho Chi Minh über eine konsolidierte Autorität und die wenigen Guerilla-Überfälle, die versuchsweise vom Süden gestartet wurden, haben keine örtliche Unterstützung gefunden. Im Gegensatz dazu hat in Südvietnam der Krieg gegen die Kommunisten von Jahr zu Jahr an Intensität und Heftigkeit zugenommen. Im gleichen Maße stellen sich mehr und mehr südvietnamesische Bauern und Intellektuelle hinter die Vietcong-Guerillas. Was 1959 als ein Kampf begann, um das Regime Ngo Dinh Diem zu zwingen, die Genfer Abmachungen zu erfüllen, d. h. die amerikanischen „Berater und Instruktoren" auszuweisen und mit Ho Chi Minh Beratungen über die Wiedervereinigung Vietnams aufzunehmen, ist inzwischen zu einem ausgewachsenen nationalen Befreiungskrieg geworden. Die südvietnamesische Befreiungsfront verfolgt nun drei Hauptziele: die Ersetzung des tyrannischen Militärregimes in Saigon durch eine möglichst alle Schichten vertretende demokratische Regierung, die Ausweisung der ausländischen (amerikanischen) Interventionisten und die Neutralisierung Südvietnams. Die Vereinigung mit Nordvietnam und die Neutralisierung des Gesamtstaates wird als ein Ziel angesehen, das erst nach der Lösung der ersten drei Aufgaben in Angriff genommen werden kann.

Alle verfügbaren Nachrichten — von amerikanischen, britischen und französischen Korrespondenten in Saigon, aus den Berichten der Internationalen Kontrollkommission und aus denen des Untersuchungsausschusses des amerikanischen Senats unter Führung des Sprechers der Mehrheit, Mike Mansfield, — führen unausweichlich zu der Schlußfolgerung, daß die Ziele der südvietnamesischen Befreiungsfront wachsende Unterstützung durch die Volksmassen dieses ins Elend geratenen und vom Krieg heimgesuchten Landes erhalten.

Trotz zweier militärischer Staatsstreiche, von denen der eine das Diem-Regime stürzte, der andere General Khanh als obersten militärischen Diktator an die Macht brachte, und trotz der verstärkten amerikanischen Militärhilfe, zu der nun 15 000 amerikanische „Kampfführer" gehören, die mit raketentragenden Hubschraubern, Artillerie und Napalm-Bomben ausgerüstet sind und für die anderthalb Millionen Dollar im Tag ausgegeben werden, geht der Krieg weiter und fordert im Durchschnitt wöchentlich 600 Opfer von beiden Seiten. General Khanh

[1]) Vgl. den Kommentar in diesem Heft.

hat persönlich durch eine offizielle Proklamation des Revolutionären Militärrates, der heute Saigon beherrscht, den totalen Krieg gegen „alle Kommunisten und Neutralisten" angeordnet und immer mehr Bauern werden in den „strategischen Dörfern" zusammengetrieben. Präsident Johnson hat nach dem vierten Besuch MacNamaras in Saigon sich persönlich verpflichtet, „General Khanh zu unterstützen bis der Krieg gewonnen ist", gleichgültig wie lange es dauert.

Einige Amerikaner glauben immer noch an das gemeinsam von der CIA und den südvietnamesischen Behörden erzeugte Propagandabild, wonach die Antiregierungskräfte im Süden vom Norden dirigiert, ausgerüstet und auch zum großen Teil mit Menschen aufgefüllt werden. Aber jüngste Berichte westlicher Korrespondenten von Ort und Stelle haben diese Illusion weitgehend zerstört. Mr. David Halberstam, Korrespondent der New York Times, der kürzlich von einer ausgedehnten Reise aus Vietnam zurückkehrte, berichtete in seiner Zeitung am 6. März:

> „Der Krieg ist im Wesentlichen ein Konflikt der Leute aus dem Süden, der auch im Süden selbst ausgetragen wird. Es konnten keine nordvietnamesischen Gefangenen im Süden gemacht werden und es wird allgemein angenommen, daß die meisten Waffen der Viet Cong den südvietnamesischen Streitkräften abgenommen wurden ... Einige Kader der Viet Cong sind im Norden ausgebildet worden oder haben in der nordvietnamesischen Armee gedient, aber sie sind selbst Südländer. Sondereinheiten, so Sanitäts- oder Zerstörungsgruppen, wurden ebenfalls im Norden ausgebildet. Die normalen Guerillas sind Südländer, die kaum jemals den Süden verlassen hatten."

Mr. Dennis Bloodworth, der von Saigon aus für den Londoner „Observer" berichtet, sagte am 8. März, daß

> „laut offiziellen vietnamesischen Zahlen mehr als 20 000 kommunistische Aufständische in den Sümpfen und Dschungel getötet wurden, während 12 500 sich ergaben. Aber von neuem haben sich die Viet Cong schätzungsweise von 25 000 auf 27 000 vermehrt und der hydraköpfige Feind beherrscht nun bis zu 70 % einige der Provinzen des sumpfigen Mekong-Deltas.
>
> Neutrale Beobachter am Ort weisen entschieden die Ansicht zurück, daß ein Hauptstoß gegen Nordvietnam den Krieg im Süden beenden könne. Man nimmt an, daß ungefähr 2500 kommunistische Kader und Sondertruppen vom Norden her in den Süden eingesickert sind und daß einige chinesische Waffen — hauptsächlich Granatwerfer — durch Dschunken in das unübersichtliche Labyrinth des Deltas, in dem die Guerillas operieren, gebracht wurden. Aber im Wesentlichen sind die Viet Cong auf sich selbst angewiesen."

Die Schlußfolgerung Mr. Bloodworths lautet:

> „Es besteht die Gefahr, daß das neue Regime so damit beschäftigt ist, politische Gegner auszuschalten, in der Administration und in der Armee Rechnungen mit alten Feinden zu begleichen und nach neuen zu forschen — dazu mögen noch die Fraktionskämpfe innerhalb der eigenen Reihen kommen —, daß der Krieg im Süden durch eigenes Verschulden verloren geht und der Vorstoß gegen den Norden zum letzten verzweifelten Ausweg zu werden scheint."

Es ist diese Aussicht auf den „letzten Verzweiflungsstoß" gegen den Norden, die amerikanischen Liberalen wie Senator Mansfield und dem bekannten außenpolitischen Experten Walter Lippmann Sorgen macht. Ebenso wie informierte Beobachter in Großbritannien und Frankreich fürchten sie, daß eine solche letzte

Verzweiflungstat den Amerikanern in einem Versuch, das Prestige zu wahren, aufgezwungen werden könnte. Dies aber würde die Chinesen nötigen, so wie in Korea in massiver Weise einzugreifen. Die Folge davon jedoch könnte dieses Mal durchaus ein dritter Weltkrieg sein, den einige amerikanische militärische Führer möglicherweise lieber j e t z t durchkämpfen möchten, als zu einem Zeitpunkt, wo China beginnt, seine eigenen Kernwaffen zu entwickeln.

Als Reaktion auf diese gefährliche Aussicht in die Zukunft beginnt die informierte Meinung in Amerika und Großbritannien nach einem Ausweg zu suchen, der es den Amerikanern ermöglichen würde, die Neutralisierung Vietnams zu akzeptieren, ohne zuviel Gesicht in Asien zu verlieren. Gleichwohl hat der britische Premier, Sir Alec Douglas-Home, in kleinlicher Weise auf die Initiative General de Gaulles reagiert und in seinem Bemühen, die Gunst der Amerikaner zu erhalten, den Zeitpunkt für richtig erachtet, sich gegenüber Präsident Johnson für eine „volle britische Unterstützung der Politik der Vereinigten Staaten in Südvietnam" zu verpflichten. Dieses Umschalten der britischen Politik in Südostasien, weg von der Linie Sir Anthony Edens im Jahre 1954, wurde von der Notwendigkeit diktiert, der britischen Regierung für die Malaysia-Föderation und gegen die Ansprüche Indonesiens und der Philippinen die amerikanische Rückendeckung zu verschaffen.

Präsident Johnson war aber vorsichtig genug, nicht die territoriale Integrität von Malaysia zu garantieren, sondern bloß seine „friedliche nationale Unabhängigkeit" — eine Garantie, die ungefähr jener entspricht, die Chamberlain der Tschechoslowakei zur Zeit des Münchner Abkommens gegeben hatte! Den Amerikanern ist es natürlich darum zu tun, die Tür für ein Abkommen mit Präsident Sukarno auf der Basis des Maphilindo-Konzepts (der Konföderation von Malaysia, der Philippinen und Indonesiens) offenzuhalten. Dies würde „territoriale Berichtigungen" in Borneo als eine Regelung innerhalb der Partner der Konföderation ermöglichen. Die Amerikaner arbeiten heute noch für das Konzept der „Großen Barriere", aber sie zögern, sich auf die Thailand-Maphilindo-Linie zurückziehen. Obgleich ihnen de Gaulles Befürwortung der Neutralisierung des gesamten Gebietes von Laos, Kambodscha und Vietnam politisch das Konzept verdorben hat, klammern sie sich zur Zeit immer noch an die Hoffnung, daß wenigstens Südvietnam innerhalb der antikommunistischen Front gehalten werden könne. Heute unterstützt sie die britische Politik in dieser Illusion, aber nach den Wahlen wird die britische Politik in Südostasien unvermeidlich wieder zur Eden-Linie zurückschwenken.

Aus dem Englischen von Dr. Rudolf Hilf

Prof. Dr. Vittorio de Caprariis, Rom

Historische Perspektiven der Entwicklung in Italien

Um die neue Richtung der italienischen Politik zu charakterisieren, ist in der politischen Literatur in den letzten Monaten häufig der Ausdruck einer „historischen" Wende aufgetaucht, der übrigens auch in der Parlamentssitzung, die mit dem Vertrauensvotum für die Regierung Moro endete, gebraucht wurde. Der Verfasser dieser Zeilen ist von Beruf Historiker und weiß daher nur zu genau, daß oft die verschiedenartigsten Ereignisse in dem Moment, in dem sie in Erscheinung treten, als „historisch" bezeichnet werden, um dann später den Glanz zu verlieren, der ihnen mit diesem Ausdruck verliehen wurde. Man soll wohl auch auf die in Italien angebahnte politische Entwicklung den Ausspruch Manzoni's anwenden: „Das schwierige Urteil sei der Nachwelt überlassen". Und doch hat die Anwendung des Wortes „historisch" auf die neue italienische Wendung insofern eine Berechtigung — bei allem Respekt vor dem Recht der Freiheit der Urteilsbildung, das der Nachwelt überlassen bleiben soll —, als die Probleme, vor denen die neue Koalition steht und die sie zu lösen versucht, in der historischen Vergangenheit Italiens seit langem tief verankert sind.

I

Die Tatsache, daß die Sozialistische Partei Italiens (PSI) Bestandteil der parlamentarischen Mehrheit und der neuen Regierung ist, kann nicht als ein normaler Wechsel im Spiel der an die Macht gelangenden Parteien gewertet werden. Um die volle Bedeutung dieses Ereignisses zu verstehen, muß man sich nicht nur vor Augen halten, daß die Sozialistische Partei bis 1956 durch einen politischen Einheitspakt mit der Kommunistischen Partei Italiens (PCI) verbündet war, sondern man muß auch an die weit zurückliegenden Traditionen der Sozialisten anknüpfen. Es genüge hier, daran zu erinnern, daß eine dieser Traditionen (und das Beispiel enthält zugleich einen ideellen und psychologischen Hinweis auf die schweren inneren Kämpfe, die die Partei in den letzten Jahren kennzeichneten) der Neutralismus war. Die italienische Sozialistische Partei hielt als einzige unter den sozialistischen Parteien der europäischen Großmächte während des Ersten Weltkrieges an dieser Position fest. Während die deutsche und die französische Sozialdemokratie und selbst die englische Labour Party in ihrer großen Mehrheit mindestens zu Beginn nicht zögerten, an der Seite der anderen, in ihren Ländern wirkenden politischen Kräfte, für den vollen Kriegseinsatz einzutreten, verneinte der italienische Sozialismus (oder, wie es damals hieß, der „offizielle" Sozialismus zum Unterschied von der kleinen Bewegung der „Reformsozialisten") den sogenannten „Krieg der Bourgeoisie"; die Sozialisten bewilligten keinen der vom Parlament für die Kriegführung beantragten Kredite und betonten stets ihre grundlegende Differenzierung gegenüber den anderen Parteien, die mehr oder weniger spontan den Krieg gewollt und akzeptiert hatten. Und diese Haltung änderte sich nicht, auch als sich die Sozialisten hinter die Formel „Keine Anerkennung des Krieges, aber auch keine Sabotage" verschanzten. Auch nach der siegreichen Beendigung des Krieges beharrten die Sozialisten auf ihrer These, daß der Krieg von der „Bourgeoisie" verschuldet worden sei und daß eben diese Bourgeoisie, wie es in einer berühmten Rede von Claudio Treves hieß, dafür „Sühne zu leisten habe". Man hatte damals den Eindruck, daß die Sozialisten irgendwie einen Fremdkörper in der Nation bildeten. Aber es ging um mehr als um diese scheinbare oder wirkliche Fremdheit. Es muß festgestellt werden, daß die neutralistische und pazifistische Einstellung der Sozialistischen Partei Italiens

in der Zeitspanne 1914—18 einer intransigenten Ablehnung des „bürgerlichen Staates" gleichkam, deren Endziel der totale Umsturz war. Gewiß gingen damals nicht alle „offiziellen" Sozialisten so weit; aber die große Mehrheit tat es. Dies erklärt auch den überwältigenden Eindruck, den in jenen Tagen der Mythos des „Roten Oktobers", das heißt der Revolution der Sowjets auf den italienischen Sozialismus machte, und es erklärt ferner, warum auch nach der Spaltung im Jahre 1921, aus der die italienische Kommunistische Partei hervorging, der größte Teil der PSI seine agitatorische, revolutionäre Plattform, seine intransigente Haltung beibehielt, wiederum im Gegensatz zu der in Frankreich, Deutschland und England sich abzeichnenden Entwicklung. Und schließlich liegt hier auch die Erklärung dafür, warum angesichts des Faschismus der überwiegende Teil des italienischen Sozialismus sich weigerte, mit den „bürgerlichen" Liberalen gemeinsame Sache zu machen zur Verteidigung der Demokratie, oder es erst tat, als es bereits zu spät war.

Es steht außer Frage, daß es historische Gründe gab für diese so radikal von den anderen sozialistischen Bewegungen Europas abweichende Entwicklung und Ausrichtung des italienischen Sozialismus. Worauf es ankommt, ist jedoch die Feststellung dieser Abweichung, die schwer ins Gewicht fiel bei der Krise der liberalen Institutionen zwischen 1922 und 1924 und die ihren Schatten auch auf die Situation warf, wie sie sich 1945, das heißt nach dem Sturz des Faschismus und dem Ende des Zweiten Weltkrieges ergab. Das Bündnis zwischen PSI und PCI von 1945 war nicht nur ein Produkt des noch immer lebendigen intransigenten Sozialismus: die Politik der Volksfronten, der Mythos von der organischen und undifferenzierten Einheit der Arbeiterklasse, die Anziehungskraft der siegreichen kommunistischen Revolution, dies alles erklärt, wie und warum es zu dem sozialistisch-kommunistischen Pakt kam. Aber dieser Pakt hätte dem Druck der Polemik des sozialdemokratischen Flügels der PSI unter der Führung von Saragat und dem Erlebnis der brutalen Eingriffe Stalins in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei nicht standgehalten, wenn er nicht eben von der traditionellen doktrinären Haltung des alten Sozialismus getragen worden wäre. Solange der Traum von einer kompromißlosen Revolution und der Errichtung eines proletarischen Regimes in Italien lebendig blieb, mußte die bürgerliche Demokratie als eine rein „formale" Demokratie nach wie vor abgelehnt werden. Dazu kam, daß das Gedankengut des „offiziellen" Sozialismus aus der Zeit zwischen 1912 und 1922 ideologisch einer anderen Generation angehörte und überaltert schien, was den intransigenten Flügel der PSI — besonders nach der Abspaltung der Sozialdemokraten 1947 — dazu trieb, sich der Ideologie und der Praxis des Leninismus in seiner damaligen Form — also dem Stalinismus — zu verschreiben. Das schwerwiegendste Resultat dieser radikalen sozialistischen Politik war der immer geringer werdende Spielraum, in dem sich die italienische Demokratie bewegen konnte, was eine Verschiebung des politischen Gleichgewichts nach rechts zur Folge hatte, in einem Maß, das nicht wünschenswert schien.

Unter derartigen Umständen hat die politische Klasse des demokratischen Italien ohne Zweifel Reife und Verantwortungsgefühl bewiesen, indem sie den Abrutsch in das extrem rechte Lager verhinderte, den Verlockungen der nationalen Fronten nicht nachgab und die republikanischen Institutionen zugleich mit der wirtschaftlichen Lage des Landes kräftigte. Mit einem Wort, es gelang, einen politischen Hintergrund zu erhalten, vor dem sich eine neue Entwicklung der sozialistischen Politik anbahnen konnte. Die Geschichte Italiens in den letzten zehn Jahren ist zugleich die Geschichte dieses langsamen Reifeprozesses einer neuen sozialistischen Politik.

Ohne Zweifel haben der offizielle Feldzug gegen den Stalinismus, wie er nun-

mehr in der Sowjetunion im Gange ist, und die Unruhen in Polen und Ungarn stark dazu beigetragen, daß die Sozialisten ihre starren traditionellen Positionen neu überdenken und schließlich überwinden konnten. Es muß jedoch anerkannt werden, daß die Mehrheit der Sozialisten das Problem sofort in seinem exakten Umfang erkannte. Es handelte sich nicht nur um die Aufkündigung des Paktes mit den Kommunisten, sondern zugleich und vor allem um die Feststellung, daß über die grundlegenden Fragen des demokratischen Staates, das heißt über die Auffassung der Begriffe Freiheit, Demokratie, Handhabung der staatlichen Macht, Vielheit der politischen Parteien, nunmehr keinerlei Übereinstimmung mehr bestand zwischen den Ideen der Sozialisten und der Kommunisten. Die Feststellung der unterschiedlichen Auffassung vom Rechtsstaat und die Tatsache, daß die Sozialisten nunmehr der von ihnen so stark kritisierten „bürgerlichen" Demokratie einen nicht nur formalen, sondern substantiellen Wert zuerkannten, mußte zu einer Revision der politischen Strategie des Sozialismus führen. Im Zuge dieser Revision mußte es zu einer Beurteilung der italienischen Gesellschaftsordnung und ihrer Probleme kommen, die der zeitgenössischen Wirklichkeit besser entsprach, und zu einer modernen Auffassung der Aktionsmöglichkeiten, die dem Sozialismus im Rahmen einer demokratischen Gesellschaftsordnung offen stehen. Eine solche ideologische Umstellung konnte nicht in wenigen Monaten oder Jahren vor sich gehen, noch war es zu erwarten, daß es darüber nicht zu Spannungen und Kontrasten innerhalb der PSI kommen würde, in deren Schoß eine schlagkräftige Minorität an dem Mythos der intransigenten Doktrin festhielt und entschlossen jede Form der Zusammenarbeit mit den „bürgerlichen Parteien" ablehnte.

Die Regierung Moro stellt eine erste Etappe dar in diesem Reifeprozeß der italienischen Sozialisten: zum ersten Mal in der Geschichte Italiens (mit Ausnahme der Periode zwischen 1944 und 1947, die aber durch die außergewöhnliche Lage der Nachkriegssituation charakterisiert war und daher in diesem Zusammenhang nicht als gültig angesehen werden kann) ist die Sozialistische Partei Italiens an der Regierung beteiligt. Die Gespenster der intransigenten Doktrin, die Mythen, die seit über 70 Jahren die Partei gefangen hielten, sind beiseite geschoben worden, und der italienische Sozialismus steht nun den harten Tatsachen der Machtausübung gegenüber: sollte das Experiment von Dauer sein, so ist es sicher, daß die Auseinandersetzung mit den konkreten Fragen der öffentlichen Verwaltung, mit den realen und gewichtigen Ausmaßen der notwendigen Reformen aus der PSI eine moderne und selbstbewußtere Partei machen wird. Im Zuge dieser sozialistischen Reifung ist für die italienische politische Welt die Verstärkung ihres Gleichgewichts und die rasche Annäherung an das Vorbild der angelsächsischen Demokratien zu erhoffen, die noch immer ein Muster für die europäischen Länder darstellen. Heute sind die demokratischen Institutionen in Italien weitaus gesicherter, als dies noch gestern der Fall war, und diese Tatsache allein macht es möglich, die Probleme, die sich in der zweiten Hälfte des Zwanzigsten Jahrhunderts stellen, in großzügigerer Weise anzupacken.

Aber über die Aktualität einer Regierung, dieser Regierung hinaus muß der autonome Revisionsprozeß des italienischen Sozialismus in einer weiteren Perspektive gewertet werden. Falls die dem Geschehen der letzten zwei oder drei Jahre innewohnende Logik sich im Rahmen dieser Perspektive auswirken und entfalten kann, wird es zu tiefgreifenden Änderungen in dem politischen Kräftefeld Italiens kommen.

II

Bei näherer Betrachtung stellt sich auch das entscheidende wirtschaftliche und soziale Problem, das die neue Regierung in Angriff zu nehmen berufen ist, als

ein geschichtlich weit zurückreichendes Problem dar: es handelt sich um das nie verwirklichte Gleichgewicht zwischen dem italienischen Norden und Süden. Als die führende liberale Schicht, die die Einheit Italiens gewollt hatte, diese verwirklichen konnte, bestand ein sozusagen „europäisches" Italien, das, wenn auch nur am Rande, so doch an den Lebensbedingungen der fortgeschrittenen europäischen Länder jener Zeit teilhatte; daneben gab es ein unterentwickeltes, südliches Italien, das in seiner Rückständigkeit nur mit den Mittelmeerländern Griechenland und Spanien zu vergleichen war. Die Politik der führenden liberalen Schicht war auf die Erstarkung des Teiles Italiens, den ich als europäisch bezeichnete, ausgerichtet; die Folge war, daß am Vorabend des Ersten Weltkrieges Italien als einziges unter den Mittelmeerländern die Struktur eines modernen Industriestaates aufwies. Es war dies ein wirklich bedeutendes und außergewöhnliches Ergebnis, das zu ernsthaften Zweifeln berechtigt an dem Sinn und dem Wert der heftigen Kritik, die zwischen 1890 und 1910 an dem Protektionismus der liberalen Regierungen jener Zeit geübt wurde. Ebensolche Zweifel sind berechtigt, was die nicht weniger scharfe Kritik anbetrifft, die von marxistisch inspirierten oder radikalen Historikern an jenen Regierungen geübt wurde und noch geübt wird, und dies im Namen einer mythischen Revolution des Bauernstandes, die angeblich von dem Klassengeist der Liberalen unterdrückt oder verhindert wurde. In den Jahrzehnten zwischen 1880 und 1920 machte Italien nicht nur eine wirtschaftliche Entwicklung durch; es ging gleichzeitig ein historischer Wachstumsprozeß vor sich, der Italien zwar nicht auf das Niveau der anderen europäischen Länder brachte, es jedoch dem Entwicklungstyp der großen europäischen Mächte anglich. Es ist natürlich und normal, daß dieser Prozeß, wie jeder historische Vorgang, seinen Preis hatte. Aber es wäre historisch falsch gesehen, wollte man nur den Preis und nicht zugleich auch die ungeheuer positiven Seiten dieses Prozesses erwähnen. Es muß auch festgestellt werden, daß es der politischen Entscheidung, die um die Jahrhundertwende getroffen wurde, zu danken ist, wenn das moderne Italien heute das Problem des unterentwickelten Südens mit Aussicht auf Erfolg überhaupt in Angriff nehmen kann.

Der am schwersten wiegende Preis, der für diesen Prozeß gezahlt wurde, war der Weiterbestand und die teilweise Vertiefung der Kluft zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung des Nordens und des Südens von Italien, und dieses Erbe belastete noch 1945 die Lage, erschwert überdies durch die schrecklichen Zerstörungen, die ein verlorener Krieg auch in den Industriegebieten des Nordens angerichtet hatte, und durch die verheerenden Folgen der steigenden Inflation, die das ganze Land in Mitleidenschaft zog. Die entschlossene anti-inflationistische Politik, die mit Luigi Einaudi 1947 einsetzte, und die Hilfe des European Recovery Program (ERP) ermöglichten eine Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage. Aber die energische Verteidigung der Lira enthielt ein Gefahrenmoment, über das sich die verantwortungsbewußten Männer unter den italienischen Politikern bereits zwischen 1948 und 1949 klar waren und auf das auch die amerikanischen Wirtschaftsberater des Marshallplans in Italien hinwiesen: die Gefahr nämlich, daß sich die italienischen Regierungen zunehmend dazu verleiten ließen, die ERP-Gelder zur Stabilisierung der Währung zu verwenden statt zur Rekonstruktion und Modernisierung der Industrieanlagen; und vor allem, daß man sich nicht über die günstige Auswirkung einer leichten inflationistischen Tendenz auf die Belebung der Produktion klar wurde (eine Erscheinung, die durch die amerikanische Erfahrung zwischen 1930—1936 bewiesen worden war). Mit dem Jahre 1950, als in der italienischen Regierung Männer saßen, die eine modernere und verantwortungsbewußtere Auffassung der wirklichen italienischen Situation hatten, begann dann der wirtschaftliche Aufschwung, der zu dem „italienischen

Wunder" führen sollte und dessen erste Ansätze begünstigt wurden durch den „boom", der mit dem Koreanischen Krieg einsetzte.

Die Politik der Liberalisierung des Handels, der Eintritt Italiens in die Europäische Kohlen- und Stahlgemeinschaft, die Gründung des staatlichen Monopols der natürlichen Kraftquellen im Gebiet von Padua (das zugleich als regulierendes und antreibendes Moment in dem am stärksten industrialisierten Teil des Landes wirkte), die Einrichtung eines Institutes zur Regelung der öffentlichen Ausgaben (der „Kasse für den Süden" = Cassa del Mezzogiorno) in den unterentwickelten Gebieten Italiens, dies alles zusammen gab der Produktion einen Antrieb, der wiederum der Privatinitiative neuen Aufschwung verlieh. Die Regierungen jener Jahre bemühten sich, eine Investierungspolitik mit staatlichen Mitteln im Süden durchzuführen, die ohne Zweifel ihre Früchte trug. Dennoch war das entscheidende Moment ein sozusagen spontaner Vorgang, nämlich die Abwanderung der Arbeitskräfte aus dem Süden nach dem fortschrittlichen Norden und die Emigration in jene europäischen Länder, die bereits das Stadium der Vollbeschäftigung erreicht hatten und neue Arbeitskräfte benötigten (Deutschland, Holland, Belgien, Schweiz, Frankreich).

Die Entvölkerung der südlichen Landgegenden, an sich eine positive Erscheinung, hatte natürlich auch ihre Kehrseite. Die negativen Aspekte offenbarten sich sowohl im Süden wie im Norden. In Norditalien ergaben sich schwierige Probleme der sozialen Eingliederung, die auch städtebauliche Fragen und Probleme der Gemeindeordnung aufwarfen. Die Einordnung der neu Zugewanderten brachte Spannungsmomente mit sich, die es zu neutralisieren galt. Und im Süden bedeutete die Abwanderung nicht immer und nicht unbedingt eine Hebung, sondern oft eine Verschlechterung der Lebenshaltung.

Die Selektion der Gebiete des Südens, die für eine Industrialisierung geeignet sind, und der Industrialisierungsprozeß selbst stellen ein Problem, dessen Lösung noch in weiter Ferne liegt und das überhaupt nur angepackt werden kann durch eine organische Planung. Es gilt, eine gründliche Erhebung durchzuführen über die effektiven lokalen Entwicklungsmöglichkeiten im Rahmen der Gesamtsituation und eine strenge Prioritätsordnung aufzustellen. In einem Wort, das historische Problem des unterentwickelten Südens, der Kluft zwischen Nord- und Süditalien stellt sich heute im Zeichen einer demokratischen Planung: die Lösung dieses historischen Problems unter diesem neuen Gesichtswinkel ist eben die Aufgabe, vor der die Regierung steht.

Es braucht wohl kaum erwähnt zu werden, daß es sich nicht um ein rein ökonomisches Problem handelt, sondern um eine soziale Frage im weitesten Sinne des Wortes. Denn es geht darum, der italienischen Gesellschaftsordnung ein einheitliches Gepräge zu geben und nicht nur die wirtschaftlichen, sondern auch die kulturellen Ungleichheiten zu beseitigen. Die süditalienische Welt hat ihren bäurischen Charakter durch Jahrzehnte hindurch in all seiner Rückständigkeit bewahrt. Die Welle der Auswanderung und der Kontakt mit der so andersartigen Zivilisation des industriellen Nordens hat alte Mythen hinweggefegt, hat richtunggebende Prinzipien und traditionelle Strukturen überrannt (es sei hier nur an die Institution der Familie erinnert), auf denen die bäuerliche Ordnung ruhte, ohne sofort durch neue Grundlagen ersetzt zu werden. Ideale, Richtlinien, Mythen und soziale Strukturen, die das Gerüst einer Gesellschaftsordnung bilden, können natürlich nicht mit Hilfe eines Breviers der Industrialisierung ins Leben gerufen werden, sondern erwachsen spontan innerhalb der Gesellschaft selbst. Dennoch besteht die Möglichkeit, ja die Notwendigkeit, daß die nationale Gemeinschaft einen solchen spontanen Wandlungsprozeß anregt und fördert, um nicht nur einen wirtschaftlichen Unterbau zu schaffen, sondern auch das politische

und kulturelle Gerüst. Auch in diesem Falle gilt es, das Werk fortzuführen, das die führende Schicht Italiens während der ersten Jahrzehnte der Einheit begonnen hatte; eine Schicht, die für die Vereinheitlichung der sozialen Struktur Italiens weit mehr tat, als man es heute wahr haben will. Der Beweis dafür wurde 1915—1918 geliefert, als dies Land, nach knapp fünfzig Jahren seiner staatlichen Einheit, sich besser als viele ältere Staatsgebilde den Anforderungen und der Spannung eines grauenhaften und kostspieligen Krieges gewachsen zeigte. Heute alledings stellen sich diese Fragen unter anderen Vorzeichen als vor fünfzig Jahren.

III

Eine letzte Betrachtung bleibt noch anzustellen. Sie betrifft die Tatsache, daß die heutige italienische Regierung sich auf die Katholiken und die Sozialisten (beider Parteien) stützt, das heißt also, auf die Kräfte, die im wesentlichen an dem Unifikationsprozeß Italiens nicht teil hatten oder ihm feindlich gegenüberstanden und nach seinem Abschluß den liberalen Einheitsstaat bekämpften oder mindestens für lange Zeit sich weigerten, ihn als ihren Staat anzuerkennen. Dies gilt nicht nur für die Sozialisten, sondern auch für die Katholiken, deren Eingliederung in den liberalen Staat erst während der beiden ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts erfolgte, und auch dann nicht ohne Vorbehalte.

Welche Bedeutung also kommt der Tatsache zu, daß die Führung des italienischen Staates heute Parteien anvertraut ist, die seiner Gründung feindlich gegenüberstanden oder an ihr nicht teil hatten? Hier stellt sich ein historisches Problem von größter Bedeutung, dem die italienische geistige Welt bisher nicht genügend Beachtung geschenkt hat. Es ist dies hier nicht der Ort, um eine Frage aufzugreifen, die tiefschürfendere historische Betrachtungen erfordert, als sie in einem politischen Artikel am Platz sind. Ich möchte jedoch folgendes dazu sagen: Die hier angeführten Gegebenheiten lassen klar erkennen, daß es in der italienischen neuen Geschichte eine Bruchstelle gibt (die wenigstens vier Jahrzehnte zurückliegt; aber eben dies haben die Historiker der jünsten italienischen Geschichte vernachlässigt). Andrerseits zeigt sich, daß Katholiken und Sozialisten schließlich den Geist und teilweise die Gesellschaftsordnung des liberalen Staates, wie er im Risorgimento geschaffen wurde, anerkannt haben, wenn auch immer noch nur teilweise und nicht immer in voller ideologischer Bewußtheit. Auch hier bewahrheitet sich, wie in allen in der Geschichte verzeichneten Revolutionen — mögen sie großen oder kleinen Ausmaßes sein —, daß neben den Elementen des totalen Umbruches die Elemente der Kontinuität fortbestehen: wer den Versuch unternimmt, die Zukunft zu entziffern, darf weder die einen noch die anderen vernachlässigen.

Aus dem Italienischen von Dr. Lily E. Marx

Dr. Emil Hoffmann

Interzonenhandel in der Wandlung

Seit einer Reihe von Monaten wird die westdeutsche Öffentlichkeit in zunehmendem Maße an gewisse Probleme des Interzonenhandels herangeführt, was darauf schließen läßt, daß die zuständigen Stellen in der Bundesrepublik damit ganz bestimmte Absichten verfolgen. Es handelt sich im wesentlichen darum, den Interzonenhandel nach einer 15jährigen Diffamierung in der öffentlichen Meinung peu à peu mit positiveren Akzenten zu versehen und dadurch die Bewußtseins-Sphäre der Bevölkerung durch neue Elemente zu verändern.

Zwar hatten sich schon zu Anfang des Jahres 1961 kurz nach der Wiederingangsetzung des im September 1960 abrupt gekündigten Interzonenhandelsabkommens erstmals einige bundesdeutsche „politische Schwalben" gezeigt, die ganz im Gegensatz zur Auffassung des damaligen Bundeswirtschaftsministers und jetzigen Bundeskanzlers, Professor Erhard, daß der Interzonenhandel für Bonn „das Alleruninteressanteste sei, was es geben könne", plötzlich in Presseerklärungen von dem „sehr, sehr wichtigen Interzonenhandel" sprachen oder den Interzonenhandel für „ehrenhaft und verdienstvoll" erklärten. Diese damals erstaunlich klingenden Töne leiteten jedoch noch keinen neuen Sommer ein, weil die Kräfte des Kalten Krieges damals noch gewaltige Resonanz besaßen und die obigen Erklärungen verschiedener amtlicher Bonner Stellen nicht etwa Ausdruck einer gewandelten politischen Auffassung, sondern einer ganz bestimmten politischen Taktik waren. In den für die Deutschland- und Berlin-Fragen zuständigen US-amerikanischen Kreisen hatte man nämlich nach der Kündigung des Interzonenabkommens durch Bonn nach amtlichen Verlautbarungen über die Rechtslage im Interzonenhandel seitens der Regierung der DDR plötzlich die Erkenntnis gewonnen, daß gewisse Zusammenhänge zwischen Interzonenhandel und Berlin-Verkehr bei der diesbezüglich schwachen westlichen Plattform zu höchst unerwünschten politischen Entwicklungen führen könnten. Unter diesen Umständen hielt man es nicht länger für opportun, im Interzonenhandel nach außen hin den „wilden Mann" zu spielen und der am längeren Hebel befindlichen DDR den Berlin-Verkehr berührende Trümpfe in die Hand zu geben. Man hatte also nicht etwa den Interzonenhandel von der Sache her oder im Hinblick auf seine fundamentale Bedeutung für die Entspannung und Normalisierung zwischen den beiden deutschen Staaten, für die Aufrechterhaltung oder Sicherung der noch bestehenden Elemente der früheren deutschen Wirtschaftseinheit oder für die als nationale Aufgabe des deutschen Volkes insgesamt nicht aus dem Blickfeld zu lassende Wiedervereinigung entdeckt. Es ging vielmehr um das von den US-Amerikanern vorgetragene Ersuchen an Bonn, die wirtschaftlichen Beziehungen und den Handel zwischen Bonn und Ostberlin nicht länger zum Zankapfel zu machen oder in der Öffentlichkeit als solchen erscheinen zu lassen. Man rechnete sich aus, die stärker als die Bundesrepublik am Interzonenhandel interessierte DDR werde dann auch in der Frage des Berlin-Verkehrs hübsch brav sein und man werde sich nicht plötzlich nochmals (wie anläßlich der Kündigung des Interzonenabkommens) mit politischen Imponderabilien oder Unsicherheitsfaktoren konfrontiert sehen, die eine Gefährdung der US-amerikanischen Deutschlandpolitik und der Beziehungen zur UdSSR hervorrufen könnten.

Dieses starke Hineinragen des Interzonenhandels in die Bereiche der deutschen und der internationalen Politik hat seinen Ursprung im Potsdamer Abkommen des Jahres 1945. Dieses hatte nicht nur bis zum Abschluß eines Frie-

densvertrages mit Deutschland gewisse alliierte Zuständigkeiten in der Deutschlandfrage statuiert, sondern auch auf Veranlassung Stalins — und gegen den Widerstand de Gaulles sowie starker US-amerikanischer Kreise — die wirtschaftliche Einheit zwischen den vier Besatzungszonen nicht beseitigt. Infolgedessen wurden auch für den Handel binnenwirtschaftliche Gesichtspunkte zum Maßstab gemacht und in Artikel 14 in völkerrechtlich verbindlicher Form festgelegt, für die Produktion und für den Handel mit Erzeugnissen des Bergbaus, der verarbeitenden Industrie, der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei, für Löhne, Preise, Besteuerung, Zölle, Währung und Bankwesen, für die Reparationen und für die Beseitigung des militärischen Potentials der deutschen Industrieproduktion seien gemeinsame Richtlinien aufzustellen und das Export- und Importprogramm für Deutschland als Ganzes zu handhaben.

Wie groß auch die in diesem Postulat des Potsdamer Abkommens liegende Chance für die Wiederherstellung eines einheitlichen deutschen Staates und für die Wiederingangsetzung einer nationalen Verbundwirtschaft war, die Praxis zeigte sehr bald, daß die Entwicklung in eine andere Richtung führte. Denn jede einzelne Besatzungsmacht suchte in der ihr zugesprochenen Zone zuerst einmal die eigenen Interessen zu realisieren, was zwangsläufig ein Auseinanderlaufen der sowjetisch und westlich besetzten Zonen zur Folge hatte. Hinzu kam noch, daß die US-Amerikaner von ihrer starken militärischen, politischen und wirtschaftlichen Position aus in den drei Westzonen sehr rasch ihren Willen zur Geltung bringen konnten, demzufolge das heutige Westdeutschland im Zuge der sich mehr und mehr herauskristallisierenden Kontroverse zwischen Washington und Moskau auf Gedeih und Verderb in den amerikanischen Sog hineinmanövriert wurde.

Auch kommerziell war diese Entwicklung gleichlaufend. Soweit der Interzonenhandel davon berührt war, stießen sich im Hinblick auf Lieferungen an die damalige Trizone amerikanische Interessen mit solchen der ostdeutschen Wirtschaftsgebiete bei Zucker, Textilien, anderen Leichtindustrieerzeugnissen, Kautschuk sowie anderen Verbrauchs- bzw. Ernährungsgütern. Man setzte daher über das behördliche Genehmigungsverfahren die handelspolitischen Hebel an, um die eigenen Geschäfte zu sichern und diejenigen der damaligen Ostzone zurückzudrängen. Diese Tendenzen wurden besonders deutlich, als 1949 das erste generelle Interzonenhandelsabkommen zur Debatte stand. Schon vor, bei und nach den bei ziemlich gutem politischen Klima zwischen den zwei deutschen Verhandlungsdelegationen geführten Besprechungen hatte es laufende Reglementierungen durch die Hohen Kommissare, die sogenannten „Heiligen drei Könige vom Petersberg", gegeben, und nach dem Abschluß des Abkommens gingen Wochen ins Land, bis sie ihr Placet darunter gesetzt hatten.

Das Mißtrauen der Westalliierten und besonders der Amerikaner gegen den Interzonenhandel wurde noch verstärkt, weil die westdeutschen Produktions- und Handelsbetriebe mit voller Kraft darangingen, ihre alten Beziehungen zur Wirtschaft in der heutigen DDR wieder aufzubauen. Ein solches Unterfangen mußte den Amerikanern insbesondere nach dem Beginn des Koreakrieges als verwerflich erscheinen, zumal sie die asiatischen Ereignisse zum Anlaß nahmen, die Strategie des Kalten Krieges und des Kalten Handelskrieges zu entwickeln, auszubauen und zu perfektionieren.

Obwohl sich die Restriktionsmaßnahmen gegen den Handel mit den sozialistischen Ländern „allround the world" vollzogen, die Amerikaner zahlreiche westliche Länder mit dem Schrecken vor dem Kommunismus auf Vordermann bringen konnten oder sich auch direkt in den Handel dieser Staaten einmischten, richtete sich die massivste Kontrolle und Reglementierung doch gegen den Interzonen-

handel. Er war das verbindende Element zwischen den Deutschen in Ost und West. Über ihn waren Tausende deutscher Firmen und Kaufleute in beiden Teilen unseres Vaterlandes eng miteinander verbunden, aufeinander angewiesen und bereit, sich gegenseitig zu unterstützen. Durch den Interzonenhandel erhielt die Wirtschaft in Ostdeutschland unzweifelhaft auf gewissen Gebieten Hilfe und Impulse, um sich aus dem Dilemma des verlorenen Krieges wieder aufzurichten, was im Zuge der zwischen West und Ost entstandenen Blockbildung in gewissem Umfang auch den anderen sozialistischen Staaten zugutekam. Endlich bot die damals noch offene grüne Grenze viele Chancen der Begegnung und entzog damit den Reglementierern und Spaltern die Kontrolle.

Zu den hier genannten, im amerikanischen Sinne höchst suspekten Tatsachen kam auch im Zusammenhang mit der Roll-back- und Stützpunktpolitik von Dulles die Spekulation hinzu, die Bevölkerung der „Zone" im eigenen Saft so lange schmoren zu lassen, bis sie — wie es hieß — befreit werden könne, bzw. sich durch einen Aufstand gegen das Regime selber befreien werde. Daß ein auch auf eine Verbesserung der Lebensverhältnisse abzielender Interzonenhandel einer solchen Zielsetzung nicht dienlich ist, liegt auf der Hand. Also mußten entsprechende Maßnahmen gegen diesen getroffen werden.

Was alles in den 12 Jahren des Kalten Interzonenhandels-Krieges von den Amerikanern hintergründig initiiert und von der deutschen Administration und Politik durchgeführt worden ist, kann hier nur in ein paar Strichen nachgezeichnet werden. Hand in Hand mit einem an der „deutschen Gründlichkeit" ausgerichteten System des perfektionierten Dirigismus und autonom festgesetzter Reglements gingen solche falschen Propheten einer freien Marktwirtschaft gezielt dazu über, die öffentliche Meinung in ihren Schlepp zu bringen, was ihnen im Laufe der Jahre infolge ständiger Wiederholung ihrer den Osten, den Osthandel und den Interzonenhandel herabsetzenden Thesen auch gelang. Da es keine Kodifikation des Interzonenhandelsrechts gibt und der Bundestag es bisher versäumte, die von den Grauen Eminenzen des Kollegiums der Staatssekretäre unter Leitung der früher Verantwortlichen, Adenauer und Globke, ausgehenden und rein auf politische Zweckmäßigkeit gestellten Anordnungen für den Interzonenhandel zu kontrollieren, hatte nur ein Häuflein Eingeweihte die Möglichkeit, das „grausige Spiel" mit dem Interzonenhandel zu überblicken und zu erkennen, daß alles im Sinne der psychologischen Kalten Kriegsführung darauf hinauslief, die öffentliche Meinung diesbezüglich narrensicher zu machen. Da hieß es, man verstehe nicht, wieso man mit der „Zone" überhaupt Geschäfte machen könne. Es sei unmoralisch, Interzonenhandel zu betreiben. Wer dies nicht einsehe, sei ein politisch instinktloser Geschäftemacher. Neben solchen Berieselungen aus der politischen Bakterienspritze wurde mit freundlicher Unterstützung des Verfassungsschutzes oder von Industriewarndiensten zur Erhaltung der „freiheitlichen Ordnung in der Bundesrepublik" der Versuch gemacht und jahrelang wiederholt, die — frei nach Adenauer — „Dummköpfe oder Verbrecher" zu eleminieren. Das begann damit, daß systematisch politischer Rufmord betrieben wurde oder daß man über Parteien, Handelskammern, Verbände oder Banken das kreditschädigende Wort „Vorsicht, ein Ostmann" flüstern ließ und dadurch dazu beitrug, die Diskriminierten finanziell kurzatmiger zu machen. Wer entsänne sich nicht auch der ständigen Abwertung und Verunglimpfungen der Leipziger Messe und ihrer Aussteller und Besucher aus der Bundesrepublik? Mehr noch: Selbst über die Verfassung setzte man sich hinweg, als man mehr als 40 ehrenwerte Interzonenhandelskaufleute im Rahmen der „Vulkan"-Aktion wie die Hasen jagte und einsperrte oder ganze Gruppen — wie die Mitglieder des Ausschusses zur Förderung des deutschen Handels e. V. — durch geheimen Kabinettsbeschluß und durch vom

heutigen Bundeskanzler gegebene Ausführungsbestimmungen dazu vom 22. 12. 1960 von ihrer verfassungsmäßig garantierten Tätigkeit im Interzonenhandel ausschloß, so daß den Betroffenen erst durch die Gerichte ihr Recht gesichert werden konnte. Kurzum, auf der Walstatt des Kalten Interzonenhandelskrieges sind all die Jahre ungezählte Firmen und Einzelpersonen ruiniert, gelähmt, schwerstens geschädigt, Hoffnungen vernichtet, Initiativen zerschlagen, Verdächtigungen genährt und ausgesprochen sowie Menschen aus der Bahn geworfen und verfolgt worden; die Erinnerung daran geistert noch heute wie ein Schemen durch den Alltag.

Im gleichen Umfang negativ erscheint die volkswirtschaftliche und nationale Bilanz. Diejenigen, die scheinheilig oder unwissend darüber klagen, daß Ostdeutschland heute seinen Handel zu rd. 75 % mit den Ländern des sozialistischen Lagers abwickelt, sollten zur Kenntnis nehmen, daß die verantwortlichen Politiker in der Bundesrepublik in überragendem Maße daran die Schuld tragen. Sie haben im Zuge der amerikanisch initiierten Politik das Embargo und die Blockade gegen die DDR mitgemacht und in den entscheidenden Jahren des Aufbaus die DDR gezwungen, ihre aus der Zeit der deutschen Verbundwirtschaft noch bestehende Abhängigkeit in den Schlüsselzweigen von Stahl, Schwermaschinenbau, Elektrotechnik und Chemie, sowie im Schiffsbau, in der EBM-Industrie und in anderen Zweigen zu beseitigen und das Profil der DDR-Wirtschaft zu komplettieren und demjenigen der Bundesrepublik anzupassen. Das geschah nicht, ohne daß vorher und alle Jahre wieder Dutzende von Vorschlägen gemacht worden sind, die auf eine Verbesserung des „Innerdeutschen Handels" — wie die DDR den Interzonenhandel jahrelang genannt hat — zielten. Im eigenen handelspolitischen Interesse, wohlgemerkt! Denn es muß doch einleuchten, daß man sich nicht ohne schwerwiegende Gründe von den Vorteilen eines Binnenhandels lösen und eine Komplettierungswirtschaft beginnen durfte, die einer ganzen Generation schwerste Belastungen auferlegt hat — mögen diese einmal auch für die Kinder in umgekehrtem Umfang zum Segen gereichen. Wer also der DDR einen Vorwurf daraus macht, daß sie sich — weil sie leben mußte und leben wollte — immer mehr in den Ostwirtschaftsblock integrierte, der sollte zuerst vor seiner eigenen Tür kehren. Auch diejenigen Deutschlandpolitiker, für die Deutschland sich mit der Bundesrepublik identifiziert, oder die Europäer, die das europäische Leben östlich des „freien Westens" nicht wahrnehmen wollen, haben entscheidend Schuld daran, daß die große Chance des Interzonenhandels für die Zusammengehörigkeit aller Deutschen und für die deutsche Wirtschaftseinheit nicht nur nicht genützt, sondern vertan worden ist. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß die immer wieder interessebedingten Impulse aus der DDR und aus der Wirtschaft beider Teile unseres Vaterlandes und das hohe Maß an kämpferischer Verantwortungsgefühl der nicht bornierten Politiker und Streiter für eine gerechte nationale Sache in beiden gleichberechtigten deutschen Staaten es trotz aller Schwierigkeiten, die Bonn dem Interzonenhandel gemacht hat, zuwege brachten, daß der Interzonenhandel volumenmäßig systematisch anstieg.

Indessen, weder das Volumen des Handels an sich, noch der individuelle Nutzen für die beteiligten Firmen können vom national-volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt aus der Bedeutung des Interzonenhandels gerecht werden. Maßgebend ist seine Bedeutung als Brücke über die Elbe, für die Verständigung zwischen den Deutschen, für die Festigung der Beziehungen untereinander, für die internationale Befriedung des mitteleuropäischen und deutschen Raumes und für eine wieder anzustrebende gemeinsame deutsche Zukunft. Wer auf diesem Wege voranschreitet, wird nicht ohne Kümmernisse registrieren müssen, daß die DDR nach der Kündigung des Interzonenhandelsabkommens (und unter dem Damokles-

schwert der außerhalb aller normalen geschäftlichen bona-fide-Grundsätze einseitig festgesetzten Bonner „Wiederrufsklausel" stehend) mit der Aktion „Störfreimachung von westdeutschen Lieferungen" einen Weg betrat, der von den wirtschaftlichen Gemeinsamkeiten und von den noch bestehenden Bindungen und Verbindungen wegführte und in entscheidendem Maße das Tempo der Desintegration in Deutschland beschleunigte. In dieser Tatsache liegt sowohl die Tragik im Interzonenhandel als auch in der gesamten Deutschlandfrage. Denn diejenigen, die echte Lösungen zu verhindern trachteten, sich aber nach außen heuchlerisch-scheinheilig als Politiker des guten Willens zu placieren wußten, setzten diejenigen unter Zwang, die jahrelang durch konkrete und reale Vorschläge und interessebedingte Bemühungen für solche Lösungen gestritten hatten, bis man endlich das aussichtslose und vergebliche Bemühen aus existenziellen Gründen nicht weiter aufrechterhalten konnte und über Opfer zu neuen Ufern streben mußte.

Dennoch brach Ostberlin trotz lautestem Störfreimachungsgetöse die Brücken nicht ab, sondern beschränkte sich auf den Umbau der Struktur des Interzonenhandels. Für viele Firmen wurde diese Entwicklung allerdings zum Trauerspiel. Sie mußten mit Bitterkeit konstatieren, daß die DDR die ständigen Bonner politischen Herausforderungen im Interzonenhandel und insbesondere die durch die Widerrufsklausel gegebene Gefährdung der Vertragstreue und Vertragssicherheit mit Maßnahmen beantwortete, durch die ihre jahrelangen Beziehungen eingeengt oder sogar ganz beseitigt wurden. Es lohnte sich für sie daher auch nicht mehr, die Leipziger Messen zu besuchen, die immer Hauptvertragsschließungsplatz im Interzonenhandel gewesen sind. Als gesamtdeutsche Messe verlor Leipzig zweifellos an Gewicht, zumal vordringlich potentielle Zweige wie Eisen und Stahl, die chemische Iindustrie, die Elektrotechnik und der Schwermaschinenbau von den Geschäftseinbußen betroffen wurden. An ihre Stelle traten jedoch Firmen aus den Bereichen der Leicht- und Konsumgüterzweige, aus der Lebensmittelindustrie und aus anderen Gebieten, bei welchen eine etwaige politische Erpressung oder ad-hoc-Kündigung des Interzonenabkommens oder die Stornierung von Verträgen nicht in bedrohlichem Umfang Sand ins Getriebe der Planwirtschaft der DDR bringen konnte. Im Rahmen einer solchen Wandlung bemühte man sich in Ostberlin auch wieder um eine Steigerung des Volumens im Warenaustausch, die im abgelaufenen Jahr auch erreicht wurde. Man ging sogar noch weiter. Angesichts der immer fühlbarer werdenden politischen Entspannung zwischen Washington und Moskau verzichtete man auf früher herausgestellte Prestige-Gesichtspunkte und griff wieder auf Projekte zurück, die eigentlich durch die Störfreimachung überholt schienen, nämlich auf die sogenannte Kreditaktion im Bereich der vordringlich den Maschinenbau und die Investitionszweige berührenden Sparten. Obwohl man sich dadurch der bekannten Propaganda der Kalten Krieger in der Bundesrepublik aussetzte, ließen die zwischen MAI und Treuhandstelle für Interzonenhandel geführten Verhandlungen erkennen, daß man in Ostberlin die Fragen der Kredite, der etwaigen Swingausweitung und des Interzonenhandels insgesamt in starkem Maße in den Rahmen der laufenden Entspannungsversuche zwischen den USA und der Sowjetunion gestellt hatte, daß also beweglich auch im Sinne der wieder neu zu knüpfenden Festigung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den am Interzonenhandel beteiligten Firmen in Ost- und Westdeutschland operiert wurde. Als dann Bürgermeister Brandt mit seinen engen Koordinationsverbindungen zur Washingtoner Kennedy-Administration und später im Zuge der Fortsetzung dieser Linienführung durch Präsident Johnson ähnliche Entspannungsmöglichkeiten im Interzonenhandel sah und mit den Initiativen und den Impulsen, die sich durch das Passierscheinabkommen in der deutschen Frage ergeben hatten, auch in organisatorischer Hinsicht erste

größere Schritte zu einer Kooperation vorbereitete, bereiteten sich die eingangs geschilderten substantiellen Wandlungen in der Einschätzung des Interzonenhandels vor. Entsprechende Hoffnungen der interessierten Firmen gründen sich auch auf die von Vizekanzler Dr. Mende gemachten, die politische Situation zwischen Bonn und Ostberlin erstmals richtig einschätzenden Äußerungen, daß die wieder ins Gespräch gekommenen Kreditverhandlungen nicht an politische Bedingungen geknüpft werden dürften. Schließlich liegt es auf der Hand, daß jeder Warenverkehr zwischen verschiedenen Ländern durch eine Koppelung mit politischen Problemen erschwert wird, wobei für den Interzonenhandel noch die besondere Variante hinzukommt, daß in den Deutschland betreffenden politischen Fragen nicht nur ein deutsches Mitspracherecht, sondern auch alliierte Entscheidungen zur Debatte stehen.

Wird also auf der von Minister Mende aufgezeigten Linie weiterverhandelt, kann es im Interzonenhandel bald zu wirklichen Fortschritten und zu einer bedeutenden Ausweitung des Warenverkehrs kommen. Allerdings ist momentan auch festzustellen, daß die restaurativen und restriktiven Kräfte in der Bundesrepublik eine solche Entwicklung mit verstärkter Aktivität zu verhindern trachten. Aber sie haben an Terrain verloren und werden weiter verlieren, weil die politische Entspannung ihnen den Wind aus den Segeln nimmt und weil sie daher schon heute kaum noch Möglichkeiten haben, die sich wandelnde Beurteilung des Interzonenhandels in der öffentlichen Meinung von der negativen Seite zu beeinflussen. Diese Tatsache wurde insbesondere bei der jüngsten Leipziger Frühjahrsmesse deutlich, die nur noch hintergründig sabotiert, jedoch nicht mehr öffentlich diskriminiert worden ist. Für die interessierte Wirtschaft ist dadurch gleichfalls eine neue Lage geschaffen. Sie kann wieder hoffen und sich auf größere Perspektiven einstellen, weil die Entpolitisierung Fortschritte macht, wobei es zweitrangig erscheinen wird, in welchen organisatorischen oder juristischen Formen die Entspannung in Deutschland ihren Niederschlag findet.

Wenn Sie die Entwicklungen in der weltpolitischen Wirklichkeit Schritt für Schritt miterleben wollen, um sich jederzeit mit Ihren persönlichen Überlegungen im Einklang mit dieser Entwicklung zu befinden, dann dürfen Sie sich nicht auf Urteile, Kommentare und Prognosen aus dritter und vierter Hand stützen. Sie müssen selbst die Quellen studieren.

Asien-Afrika aus erster Hand

und

Deutsch-Polnische Hefte

sind die beiden informativen Zeitschriften des Kontakt-Verlages, deren Lektüre Ihnen den steten Kontakt mit dem Geschehen ermöglicht.

Auf Wunsch werden wir Ihnen gern Sonderprospekte zuschicken.

KONTAKT-VERLAG – 8114 Uffing am Staffelsee/Obb.
Verlag für internationale Beziehungen

HAROLD RASCH

Die Bundesrepublik und Osteuropa

Grundfragen einer künftigen deutschen Ostpolitik

148 Seiten, Paperback
Glanzumschlag
7,80 DM

PAHL-RUGENSTEIN VERLAG
KÖLN

„Blätter für deutsche und internationale Politik", 4/64

Aus der Wirtschaft

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Auseinandersetzungen in Italien

Nach der inflationären Entwicklung der vergangenen Monate und den Bemühungen der Regierung Moro um eine Stabilisierung haben die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und sozialen Spannungen in Italien in den letzten Wochen weiter zugenommen. In zahlreichen Unternehmen ist es zu einer zum Teil wesentlichen Arbeitszeitverkürzung und zur Entlassung von Arbeitnehmern gekommen.

Zu einer einschneidenden Verkürzung der Arbeitszeit ist auch ein großer Teil der Betriebe des führenden europäischen Büromaschinenkonzerns Olivetti, Ivrea, übergegangen. Ab 1. April beträgt für rund 10 000 der 17 000 Arbeitnehmer dieses Konzerns die wöchentliche Arbeitszeit für zunächst sechs Wochen statt 44 nur noch 26 Stunden und 20 Minuten. In einem Eigenbericht der „Neuen Zürcher Zeitung" war am 3. April von dem „über Nacht zu einem eigentlichen wirtschaftlichen Notstandsgebiet gewordenen Industriezentrum des Aostatals und des Canavese" die Rede. — In der italienischen Öffentlichkeit haben Berichte über eine bevorstehende Änderung der Besitzverhältnisse bei Olivetti Aufsehen und Unruhe erregt. Z. Zt. befindet sich mit 76 % der stimmberechtigten Aktien rund die Hälfte des Aktienkapitals in den Händen der Familie Olivetti. Diese bemüht sich seit einiger Zeit, ihre Aktienmehrheit an eine Reihe anderer wirtschaftlicher Großunternehmen zu veräußern. U. a. ist die Rede von Fiat und Pirelli. In einer Interpellation einer Gruppe christlich-demokratischer Abgeordneter und Gewerkschaftsvertreter an die Regierung wurde diese um Aufschluß über vermutete Manipulationen dieser Wirtschaftskreise und um ein Eingreifen ersucht. Es wurde u. a. gefragt, ob die Regierung entschlossen sei, „in der gegenwärtigen konjunkturellen Phase den finanziellen und industriellen Konzentrationsprozeß im Bereich der italienischen Wirtschaft ‚aktiv' zu überwachen, um zu verhindern, daß die Wirtschafts-Programmation den Privatinteressen geopfert werde" (vgl. NZZ). — Der Chefredakteur der sozialistischen Parteizeitung „Avanti", der bekannte sozialistische Politiker Lombardi, hat auf die drohende Gefahr einer neuen Machterweiterung des Fiat-Konzerns, d. h. der Bildung eines nahezu allmächtigen privatwirtschaftlichen „Staates im Staate" hingewiesen. Er fordert die Regierung auf, zu veranlassen, daß die staatliche Holding-Gesellschaft IRI (Institut für industriellen Wiederaufbau) einen Teil des Aktienkapitals von Olivetti unter ihre Kontrolle bringt, um eine unbeschränkte Herrschaft privater Wirtschaftsmächte zu verhindern.

Der italienische Gesundheitsminister Mancini kündigte eine Aktion der Regierung zur Revision der Verkaufspreise sämtlicher Arzneimittel unter Berücksichtigung der Herstellungskosten an. Die Regierung hält die Gewinne der pharmazeutischen Industrie für zu hoch. Die Verkaufspreise von 650 Spezialpräparaten sind auf ihre Veranlassung bereits um 10—35 % gesenkt worden.

Auf Grund von Besprechungen des Gouverneurs der italienischen Zentralbank, Prof. Carli, in Washington und New York ist Italien seitens der Vereinigten Staaten und einer Reihe europäischer Zentralbanken ein Kredit von einer Milliarde Dollar zur Stützung der Lira gewährt worden. Außerdem stellt der Internationale Währungsfond Italien weitere 225 Millionen Dollar zur Verfügung. Der Gesamtbetrag von 1125 Milliarden Dollar (rund 765 Milliarden Lire) entspricht etwa dem Vorjahrsdefizit der italienischen Zahlungsbilanz in Höhe von 774 Milliarden Lire.

Bonn lehnt Mansholt-Plan ab

Anläßlich der Diskussion einer Großen Anfrage der CDU/CSU und der FDP erklärte Bundeskanzler Erhard am 19. März im Bundestag, die Bundesregierung könne sich für 1964 und 1965 nicht zu einer Angleichung der deutschen Agrarpreise an das von der EWG-Kommission vorgeschlagene mittlere Niveau bereit erklären und auch keine Zusage für einen späteren Termin geben. In Brüssel bestätigte Landwirtschaftsminister Schwarz am 24. März

diese Haltung der Bundesregierung, die praktisch eine endgültige Ablehnung des sogenannten Mansholt-Planes bedeutet. Die EWG-Kommission, deren Vizepräsident der Holländer Sicco Mansholt ist, hatte bereits für das Wirtschaftsjahr 1964/65, d. h. ab 1. Juli 1964, eine Preisangleichung gewünscht. Der Richtpreis für Weizen sollte pro Tonne ab 1. Juli 1964 425,— DM betragen, d. h. 50,— DM weniger als der bisherige deutsche Preis. — Der Präsident der EWG-Kommission, Prof. Hallstein, hatte noch am 4. März eine Entscheidung über die Preisangleichung auf dem europäischen Agrarmarkt für dringlich erklärt, vor allem auch im Hinblick auf die bevorstehenden Genfer GATT-Verhandlungen mit den USA. Von den Staatssekretären der vier mit dem Agrarpreis-Problem beschäftigten Bonner Ministerien war als Kompromißlösung eine Zusage zur Agrarpreissenkung mit dem 1. Juli 1967 vorgeschlagen worden. Die Bundesregierung lehnte jedoch, aus wahltaktischen Gründen, auch diesen Vorschlag ab und verzichtet vorerst auf jede eigene Alternative zu dem von ihr verworfenen Mansholt-Plan. Sie hat sich durch ihre starre Haltung in der Agrarpreisfrage innerhalb der EWG isoliert. — Die endgültige politische Entscheidung über das Schicksal des Mansholt-Planes wird am 13./14. April im EWG-Ministerrat fallen.

Austausch von Handelsmissionen mit Bulgarien

In Bonn ist am 6. März zwischen der Bundesrepublik und Bulgarien ein langfristiges Waren- und Zahlungsabkommen sowie ein Vertrag über den Austausch von Handelsmissionen abgeschlossen worden.

Der Handel mit der Sowjetunion

Nach einer UPI-Meldung vom 4. März ist zwischen der sowjetischen Außenhandels-Organisation „Techmasch-Import" und der Firma Krupp ein Vertrag über die Lieferung chemischer Anlagen für Produkte aus dem Landwirtschaftssektor im Wert von rund 21 Millionen DM abgeschlossen worden. — Ein Mitglied des Export-Dienstes der Firma Krupp, das für den Geschäftsverkehr mit der Sowjetunion zuständig ist, hat ein einjähriges Visum für den Aufenthalt in der UdSSR erhalten.

Zwischen der Sowjetunion und Großbritannien haben am 1. April in London Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Handelsabkommens zwischen beiden Ländern begonnen, das am 1. Juli, mit einer Laufzeit von fünf Jahren, in Kraft treten soll. Wie in London mitgeteilt wurde, hat sich die britische Regierung gegen den Rat der USA und anderer NATO-Staaten bereit erklärt, der Sowjetunion langfristige Kredite in Höhe von rund hundert Millionen Pfund (1,2 Millionen Schweizer Franken) zu gewähren, u. a. für die Lieferung kompletter Kunstfaser- und Kunstdünger-Fabriken aus Großbritannien. — Die britische Firma General Engineering Ltd. erhielt einen sowjetischen Auftrag zur Errichtung einer vollständigen Fabrik für Fernseh-Bildröhren in der Sowjetunion mit einem Wert von zwei Millionen Pfund gegen Barzahlung. Eine andere britische Firma soll, laut NZZ v. 11. 3. 64, die Verpflichtung für den Kauf von Maschinen in der Sowjetunion zum Gegenwert von ebenfalls zwei Millionen Pfund übernommen haben.

Am 22. März ist in Genua in Gegenwart des sowjetrussischen ersten Vizeministerpräsidenten Kosygin eine sowjetische Industrieausstellung eröffnet worden. Von italienischer Seite wurde anläßlich des Besuches Kosygins der Wunsch nach einer weiteren Ausdehnung der italienisch-sowjetischen Handelsbeziehungen zum Ausdruck gebracht.

Der West-Handel der DDR

In Leipzig wurde am 9. März ein Vertrag zwischen dem DDR-Außenhandelsunternehmen „Chemieausrüstungen" und dem Vertreter der Petro-Chemie S. A. Paris, Gordon, über die Lieferung von zwei Anlagen zur Mischung von Motorenöl und Schmieröl an die DDR unterzeichnet, die in den nächsten Monaten im Chemiewerk Lützkendorf installiert werden sollen.

Zwischen Kanada und der DDR ist ein Abkommen über die Lieferung von rund 750 000 t Weizen zwischen 1. August 1964 und 31. Juli 1967 abgeschlossen worden. Es handelt sich um das erste Weizenlieferungsabkommen zwischen Kanada und der DDR seit acht Jahren. (Vgl. NZZ v. 19. 3.).

(Vgl. auch den Kommentar über die Genfer Welthandelskonferenz und den Aufsatz von Dr. E. Hoffmann über den Interzonenhandel in diesem Heft.) A. v. B.

Fernseh-Spalte

Proportionen der Demagogie

Kaum hatte PANORAMA seine seit Monaten servierten Reader's-Digest-Plattheiten zu den Akten gelegt, um es — unter Eugen Kogons Leitung — mit einem sachlichen politischen Magazin mal zu versuchen, erhoben die Parteischolastiker der Bundesrepublik schon wieder lautstark Protest. Die Vorgänge, auch die Erwiderungen Kogons und des NDR, dürfen als bekannt vorausgesetzt werden. Daß Kogon den Herrschaften besonnen eine Lektion in Demokratie erteilte, ist erfreulich. Indessen haben wir keinen Anlaß, beruhigt zu sein. Die Christlichen Demokraten versuchen immer wieder, mit zeitgemäßen Mitteln eine Tradition fortzusetzen, die Westeuropa im Laufe der Jahrhunderte konsequent eliminiert hat, während sich Deutschland nicht davon trennen kann. Gemeint ist die finstere geistespolitische Hypothek, die die abendländische Christenheit den modernen Nationalstaaten vererbt hat: den Autoritätsmythos mit seinen sowohl katholischen (augustinisch-thomistisch-inquisitorischen) als auch reformatorischen (calvinistisch-lutherischen) Aspekten. „So soll nun die Obrigkeit hie getrost weitergehen und mit gutem Gewissen dreinschlagen ..." (Luther). Die CDU/CSU, die ohnehin jeden Intellektuellen am liebsten außer Landes verweisen oder vor ein inquisitorisches Ehrengericht zerren möchte, stützt sich entschieden auf solche Traditionen, so absurd oder gesucht das manchem Zeitgenossen erscheinen mag. Die beiden DDR-Staatsanwälte, die Lutz Lehmann für PANORAMA interviewt hatte (und die übrigens nicht einmal wie rote Menschenfresser aussahen), gaben Einzelheiten über juristische und staatsrechtliche Möglichkeiten hinsichtlich der Beschaffung von Belastungsmaterial für NS-Verbrecher-Prozesse bekannt. Man merkte ihnen das Bemühen, sachlich zu bleiben, an. Aber sie blieben sachlich. Das CDU-Protesttelegramm an den NDR enthält fast nur unsachliche Argumente und eine grobe Verdrehung. Wir aber haben ein Recht auf objektive u n d subjektive Information. Warum denkt man in Deutschland nie an die einfachsten Dinge? Soll doch die CDU/CSU im Deutschen Fernsehen eine Gegendarstellung bringen. Alle Mittel und Wege dazu stehen ihr offen. So kann sich der Zuschauer selbst seine Meinung bilden. Aber nein: Proteste jener Art, die die Christlichen Demokraten bevorzugen, haben Verdikt-Charakter. Sie wirken aufs deutsche Gemüt furchterregend: da ist doch wieder etwas Ungesetzliches geschehen. Und die Proportionen der Demagogie nehmen monströse Mißgestalt an, wenn man folgendes bedenkt: Die meisten politischen Sendungen in beiden Fernsehprogrammen sind bieder wie der politische Feuilletonismus unserer Tageszeitungen. Und mehr noch. Innerhalb weniger Tage geschah im Vaterlande folgendes: Dr. Bütefisch (ehem. hoher SS-Führer, Vorstandsmitglied der I. G. Farben, sechs Jahre Gefängnis wegen Kriegsverbrechen) wurde mit dem Großen Bundesverdienstkreuz dekoriert; Generalinspekteur Heinz Trettner vom Ausland schwerem Verdacht ausgesetzt; der Untersuchungsausschuß in der Telefonaffäre enthüllte bemerkenswerte Mißstände; Verfahren gegen die mutmaßlichen Mörder Thälmanns eingestellt; der Ostberliner Sachverständige Prof. Kuczynski im Auschwitzprozeß wegen Befangenheit abgelehnt. Zu alledem schweigt das Fernsehen. Aber Mainz geht mit bewunderswertem Elan und ohne Rücksicht auf Kosten einer winzigen Meldung der „New York Herald Tribune" nach, die an einem unzulänglichen Beispiel westdeutschen Antisemitismus demonstrierte (Oskar Schindler). Mainz wollte damit dokumentieren, daß es erstens keinen Antisemitismus bei uns gibt und zweitens im Ausland noch immer gegen Deutschland gehetzt wird. Wir sind bereit, schwerwiegende Fälle von Antisemitismus darzulegen. Und wir möchten daran erinnern, daß kaum eine Woche ohne Nazi-Enthüllungsskandal vergeht (besonders im Bereich der Polizei). Die dümmliche Kompromittierungs-Reportage über Fidel Castro (Mainz) paßt genau so in diese Dimension wie Marianne Kochs infantiler astrologischer „Test" (Südwestfunk), in dem u. a. primitive Buschneger als Quiz-Objekt herhalten mußten. Dazu hüpfte eine Schar brüllender Faschingsneger auf dem Podium herum. Afrikas Emanzipation im Deutschen Fernsehen. Die Proportionen der Demagogie erreichen kriminelle Ausmaße.

E. H. Wahl

Rudolf Rolfs

Was ich noch sagen wollte . . .

Ich habe nichts gegen die Monarchie . . . in anderen Ländern. Sollen es jene mit sich ausmachen, ob sie der Monarchie den Garaus machen oder nicht. Es tangiert mich nicht.

Wenn jetzt der König Paul von Griechenland starb, so halte ich das für menschlich, wie jedes Sterben, und da ich mit dem König Paul nicht bekannt war, so, pardon, trauere ich nicht, denn täglich sterben Millionen Menschen, von denen viele gut und edel sind, und ich trauere auch nicht. Das heißt: Ich habe getrauert, ich wußte es nur nicht, denn unser Bundespräsident schickte ein Telegramm nach Griechenland, in dem geschrieben stand: das ganze deutsche Volk trauere . . .

Da ich mich, schon laut Paßport, für deutsch halte, so konnte ich natürlich nicht abseits stehen, und so trauerte ich laut bundespräsidentialer Anordnung mit.

Mir fällt immer wieder auf, wenn ich Staatstelegramme lese, was ich alles tue, ohne es zu wissen: mal „verabscheue" ich im Rahmen des „ganzen deutschen Volkes eine Untat", ich stehe als Deutscher einsortiert ins „ganze deutsche Volk" als Ergriffener, Dankbarer oder Gratulierender da.

Noch nie bin ich gefragt worden, ob ich, dieses Volksbruchteilchen, nicht vielleicht einmal anderer Meinung sei als der Staatstelegrammaufsetzer. Ich finde, hier betreibt die Staatsmacht Meinungsselbstbedienung. Natürlich kann man mich nicht jedesmal konsultieren, doch man sollte diese Artigkeitsoberflächlichkeiten mit der „ganzen-deutschen-Volk"-Phrase nicht noch mehr „vernichtssagen". Auch unser tausendjähriger Schnurrbart annektierte die Volksmeinung und hätte am liebsten für 101 % des Volkes gesprochen, obwohl sich herausstellt, daß immer mehr von denen, die dafür waren, dagegen waren.

Selten offenbart sich die Staatsbürgermißachtung augenscheinlicher als beim Umgang mit dem vereinfachten „ganzen-deutschen-Volk"-Kalauer.

Das „ganze deutsche Volk" kann nie e i n e r Gemütsverfassung, Ansicht oder Disposition sein. Die Werbeschizophrenen sagen dies zwar dem deutschen Nachkriegsdenkmal, dem Volkswagen, nach, doch sogar der „deutsche Mensch nullachtheute" bedarf zu seiner Produktion eines höchst individuellen Chromosoms.

Das „deutsche Volk" steht deshalb, Chromosom-sei-dank, niemals geschlossen hinter irgendetwas oder -jemand, es ist in seiner Gänze nie „erschüttert" oder „beglückt", es ist in seiner Totalität nie „ergriffen" oder „empört"!

Wäre es anders, wäre es traurig.

Ich bedauere nur, daß man bei denen, die sich emporhieven ließen, nicht ohne leeres nationalistisches Bla-Bla auskommt. Darüber hinaus stört es mich, daß man mit einer solchen Menschen-eines-Stammes-Gleichmacherei dem Untertanen-Gefühl Vorschub leistet. Ein Präsident sollte bei uns kein Monarch-Ersatz sein, sondern höchster Demokratie-Repräsentant.

Ich mag nicht, wenn andere ungefragt glauben, in meinem Namen sprechen zu dürfen. Die Zeiten sollten endlich vorüber sein, in denen wir in Reih und Glied uniformes Lebensgefühl auszudrücken hatten.

Ich stelle meine Kerze ins Fenster, wann und warum ich will, und lasse mir nicht vorschreiben, wann ich spontane Fackelzüge zu welchem Zweck unternehme, nur um dem Gefasel vom „ganzen deutschen Volk" etwas Saft zu geben. Ein jedes Volk schillert in vielen Farben. Wo Anstreicher egalisieren wollen, werde ich seit einiger Zeit skeptisch, wobei es mir wiederum egal ist, welche Farbe der nationale Gleichmacher im Topf oder Kopf hat.

„Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern . . ."

Meinetwegen. Mein Bruder hatte zum Beispiel mit mir gar keine Ähnlichkeit.

Bücher

Bilanz der mächtigen Kirchen

Karlheinz Deschner, Abermals krähte der Hahn. Eine kritische Kirchengeschichte von den Anfängen bis zu Pius XII. Günther Verlag, Stuttgart 1962, 702 Seiten, 8 °, gebunden 38,— DM.

In der kurzen Zeit, in der das Buch auf dem Markte ist, hat es schon einen so beachtlichen Erfolg gehabt, daß die zweite Auflage demnächst fällig sein dürfte. Und das bei dem schwierigen Stoff, bei dem Umfang und dem nicht ganz niedrigen Ladenpreis! Erfolg ist in unserem Kulturkreis zwar noch kein Beweis für Qualität, aber immerhin. Tatsächlich ist es eine Kirchengeschichte, „wie sie noch nie geschrieben worden ist" (Hermann Raschke).

Vor allem das ist Deschners Leistung: Eine Kritik der Kirchen, vornehmlich der Romkirche, vom moralischen und politischen Standpunkte aus, wie sie in dieser Offenheit, Unerbittlichkeit, wissenschaftlichen Gründlichkeit und Breite noch nicht da war. Die Kirchen haben den Geist Jesu verraten. Das ist Deschners Grundthese.

Es war natürlich ein günstiges Zusammentreffen, daß in dieser Zeit auch Hochhuths „Stellvertreter" erschien. Unter dem Druck der beiden Bücher gab die Front der Verschweiger, Beschöniger und Lügner schließlich nach, die sich um die katholische Hierarchie herum zunächst gebildet hatte. Das ergab zweimal eine stattliche Blamage für Rom und die Alt-Klerikalen. Aber eine Blamage muß nicht immer eine Schande sein. Sie ist es gewiß dann nicht, wenn die Bloßgestellten durch die Art, wie sie darauf reagieren, erkennen lassen, daß sie aus der Geschichte gelernt haben. Deshalb ist es erfreulich und anerkennenswert, daß in diesen Tagen (8. 3. 64) Erzbischof Döpfner von München vor einem großen Publikum und doch wohl für die deutschen Katholiken authentisch zugab, man könne Papst Pius XII. auch anders sehen, als dies bislang üblich war, und man sei es der Jugend schuldig, über die Zusammenarbeit der Kirche mit dem Nationalsozialismus endlich die Wahrheit zu sagen.

Diese Wahrheit steht nicht nur bei Hochhuth, an den Döpfner offenbar in erster Linie dachte, sie steht vor allem auch bei Deschner. Bisher wurde in der Bundesrepublik dieses Kapitel im allgemeinen mit einer geradezu ängstlichen Diskretion behandelt, aus falscher Scham und Rücksichtnahme. Denn daß das bald nach 1945 erschienene Werk von Neuhäusler der kritischen Geschichtsschreibung nicht standhalten würde, das war unterschwellig allen Beteiligten klar. Weihbischof Neuhäusler hatte die Dinge einseitig dargestellt und unbekümmert alle Schuld auf die Nazis geschoben, um das Versagen der eigenen Konfession zu verbergen (vgl. Hans Müller in: Polit. Studien. Jg. 1961. S. 474 ff.). Seit 1958 brachten die „Werkhefte", das „Hochland" (Böckenförde in Jg. 1961) ein paar ehrliche Stimmen zu dem Thema*. Auch das, was Pater Pribilla und die katholischen Laien Amelunxen und Amery schrieben, paßte nicht zu der offiziell vertretenen Theorie, daß die Kirche von Hitler verfolgt worden sei und unentwegt Widerstand geleistet habe. Aber all diese Zeugen fanden wenig Gehör. Erst Deschner und Hochhuth bringen das Eis zum Schmelzen.

Die evangelische Kirche hatte weniger Hemmungen gezeigt, als es 1945 hieß: Bekennt eure Schuld! Sie steht darum vor der Öffentlichkeit jetzt günstiger da als die katholische, die sich damals diplomatisch durchgeschlängelt hatte. Nichtsdestoweniger wird jeder gerecht Denkende es zu würdigen wissen, wenn nun auch die katholischen Würdenträger ans Abtragen der moralischen Hypothek gehen. Dies um so mehr, als inzwischen das Pontifikat Johannes XXIII. und ein großer Teil des 2. Vatikanischen Konzils ablief, während welcher Zeit sichtbar wurde, daß in der Romkirche ohnehin ein neuer Geist im Kommen ist. Der wird sich hoffentlich nicht im Bekennen alter Fehler erschöpfen. Unverkennbar ist in weiten Kreisen der Romkirche eine starke Aufgeschlossenheit für Neues und ein Zug zur Demokratisierung, wenn man das so weltlich ausdrücken darf. Das alles könnte ungeahnt positive Folgen haben, wenn es sich endgültig durchsetzt.

Aber Deschner behandelt die Vergangenheit. Sollte also die kirchliche Zukunft sich mehr im Sinne der Bergpredigt entwickeln, so behält Deschner doch recht, denn bisher

* S. auch „Blätter" 6/63 und 8/63

war es eben so. Die Bilanz der Kirchen ist niederschmetternd negativ, beschämend für jeden Geistlichen. Mit dem Christentum des Neuen Testamentes haben immer nur die Sekten oder einsame Einzelne Ernst gemacht. Die offiziellen Kirchen nie. Deschner legt wie Kierkegaard strenge Maßstäbe an; er ist Pazifist, versteht Jesus auch so und erwartet, daß die Religion der Liebe ohne Abstriche und Rücksichten verwirklicht wird. Die weltkluge Vermischung von neutestamentlichen Idealen mit politischen Manipulationen ist für Deschner das schlechthin Verwerfliche. Dasselbe hatte einst Overbeck am Kulturprotestantismus verurteilt. Kierkegaard, Overbeck und Deschner haben grundsätzlich recht. Aber kann eine Kirche von Sündern denn besser sein? Deschners Jesus und Dostojewskijs Großinquisitor, das sind die diametral entgegengesetzten Positionen. Immerhin ist es ermutigend, daß man heute sagen kann: Die Großinquisitorkirche ist überall in der Welt auf dem Rückzug, und wenn ein Christentum noch Chancen hat, dann eins, das Deschners Vorstellungen nahekommt.

Damit dürfte die große Linie des Buches beschrieben sein. Ausschöpfen kann eine Rezension das nicht, was der Autor in jahrelanger Kleinarbeit aus evangelischen und katholischen, aus heidnischen, aus östlichen und westlichen Quellen zusammengetragen hat. Trotzdem finden wir hier nicht eine durchgehende Darstellung der Kirchengeschichte. Die Ur- und Frühgeschichte bis ca. zum Jahre 400 wird eingehend dargeboten. Über diese Periode muß nämlich jeder Bescheid wissen, der hier mitreden will. Aber es ist nicht einfach, durch den Wust von Verdrehungen und Verschleierungen der konfessionsgebundenen Historiker zu den Tatsachen vorzustoßen. Deschner bietet die zutreffende Gesamtschau. Dann verfolgt er den Weg der politisierenden Kirche zur Weltmacht, dies in jeweils thematisch gesonderten Längsschnitten: soziale Frage, Toleranz, Einstellung zum Krieg u. a. „Mittelalter und Neuzeit werden bloß unter den entscheidenden ethischen Aspekten betrachtet" (S. 9).

Man hat dem Verfasser vorgeworfen, er schreibe nicht objektiv. Aber die Beschreibung gerade der dunklen Partien der Kirchengeschichte fehlte bisher.

Beim Thema Kirche und Nationalsozialismus wird Deschners Urteil etwas zugunsten der Kirchen zu korrigieren sein. Die Kirchen waren Hitlers Feinde, sie waren in anderer Hinsicht seine Verbündeten, sie wurden gefördert und bekämpft, sie förderten Hitler vielfach, sie bekämpften ihn aber auch. Das klingt seltsam, aber diese Zusammenhänge sind kompliziert, die Fronten waren bis zuletzt nicht ganz klar. Das müßte jeder, der jene Jahre als Kirchentheologe mit erlebt hat, bezeugen. Deschner sieht die Kirchen im allgemeinen nur als Verbündete Hitlers und als Nutznießer des braunen Regimes. Der Nationalsozialismus und das damalige Christentum hatten einen gemeinsamen Gegner, den Bolschewismus. Doch ansonsten bestand zwischen NS-System und Christentum viel zu wenig Gemeinsames, als daß beide hätten Freunde sein können. Es gab im Gegenteil eine Reihe von harten Streitpunkten. Vor allem brachte schon der Wettbewerb um die Seele des Volkes Regierung und Kirchen gegeneinander auf.

Eine gewichtige Frage, die angesichts von Deschners Methode zu stellen ist, lautet: Kann die rein moralische Kritik einer Religion überhaupt gerecht werden? (Denn darüber sind wir uns ja klar, daß Deschner seine Hauptaufgabe in der moralischen Prüfung des Christentums sah.) Unter politischem Gesichtspunkt dürfte sein Unternehmen als notwendig, gerechtfertigt und schließlich auch als geglückt gelten. Aber religionswissenschaftlich legitim verfuhr Deschner nicht. Dann hätte er nämlich alle Moralkategorien beiseite lassen müssen. Er hätte die Religion nur in ihrer Eigensphäre, im Lichte des Numinosen und Heiligen, der Erfahrung des tremendum und fascinosum würdigen müssen. Es zeigte sich allerdings bereits, daß jemand, der das Christentum nach dieser Methode kritisch vornahm (Pzillas, Lebenskräfte des Christentums, 1960), ebenfalls zu Ergebnissen kam, die für die Kirchen ziemlich unerfreulich sind. Denn es gibt da wenig spezifisch religiöses Leben. Am meisten noch in der Ostkirche.

Ernste Bedenken gegen Deschners Auffassung des synoptischen Jesus brachte Port vor (Pforte, Jg. 13, 1963, 70 f.). Meines Erachtens mit Recht. Der synoptische Jesus ist schätzungsweise zu 90 % ein mythisches Phantom. Die geistesgeschichtlich entscheidende Linie im frühen Christentum aber geht von den Essenern unmittelbar zu Paulus und Johannes. Darum ist es problematisch, wenn Deschner mit der persönlichen Lehre Jesu arbeitet (135 ff.). Der Nazarener weist übrigens auch unsympathische Züge

authentisch informativ interessant

dtv-dokumente

**8 Das Urteil von Nürnberg 1946
13 Deutsche Reden und Rufe Von Luther bis R. Huch
**18 Meister der deutschen Kritik I: 1730–1830 Von Gottsched zu Hegel Hrsg.: G. F. Hering
24 Der Prozeß Jeanne d'Arc. 1431 und 1456
29 Käthe von Normann: Tagebuch aus Pommern 1945/46
**34 Letzte Briefe zum Tode Verurteilter 1939–1945
**39 Der Ruf – Eine deutsche Nachkriegszeitschrift Hrsg.: H. Schwab-Felisch Vorwort: H. W. Richter
**44 M. Buber-Neumann: Als Gefangene bei Stalin und Hitler
**49 C. J. Burckhardt: Meine Danziger Mission 1937–1939
55 Hier hielt die Welt den Atem an Berühmte Reportagen
**62 Die Tragödie Schlesiens 1945/46 Hrsg.: Johannes Kaps
68 Deutsche Briefe des 20. Jahrhunderts
**74 Koestler/Gide u. a.: Ein Gott, der keiner war
***80/81 Die Niederlage 1945. Aus dem Kriegstagebuch des OKW Hrsg.: P. E. Schramm
87 Leo Trotzki: Tagebuch im Exil
**94 Gespräche mit Napoleon. Hrsg.: Friedrich Sieburg
**99 Alex. Hohenstein: Wartheländisches Tagebuch 1941/42
**106 Meister der deutschen Kritik II: 1830–1890 Von Börne zu Fontane Hrsg.: G. F. Hering
**112 Die Affäre Dreyfus Hrsg.: S. Thalheimer
114 Kommandant in Auschwitz Autobiographische Aufzeichnungen des Rudolf Höß
***120/121 Lagebesprechungen im Führerhauptquartier. Protokollfragmente aus Hitlers militärischen Konferenzen 1942–1945 Hrsg.: Helmut Heiber
**130 Die Invasion 1944. Aus dem Kriegstagebuch des OKW Hrsg.: P. E. Schramm
**134 Die Idee Europa 1300–1946. Quellen zur Geschichte der politischen Einigung Hrsg.: R. H. Foerster
140 Mozart. Dokumente seines Lebens Hrsg.: O. E. Deutsch
**146 Die Moskauer Schauprozesse 1936–1938 Hrsg.: Theo Pirker
***152/153 Potsdam 1945 Quellen zur Konferenz der »Großen Drei« Hrsg.: E. Deuerlein
**160 Der Luftkrieg über Deutschland 1939–1945 Hrsg.: Erhard Klöss (November '63)
167 Joseph Scholmer: Arzt in Workuta (Dezember '63)
***174/175 Deutschland und die Welt. Zur Außenpolitik der Bundesrepublik 1949–1963 Hrsg.: Hans-Adolf Jacobsen und Otto Stenzl (Januar '64)
**181 Israels Weg zum Staat Von Zion zur parlamentarischen Demokratie Hrsg.: A. Ullmann (Februar '64)
***187/188 Ich kam, sah und schrieb Augenzeugenberichte aus fünf Jahrtausenden Hrsg.: Martin Wein (März '64)

Normalband DM 2,50
**Großband DM 3,60
***Doppelband DM 4,80

Monatlich erscheint ein Band
Einbandgestaltung: Celestino Piatti, Basel

Deutscher Taschenbuch Verlag

auf (Port a.a.O. 75, gegen Deschner, a.a.O. 140).

Trotz dieser und anderer möglicher Einwände ist Deschners Buch eine glänzende theoretische Leistung und — was mehr ist — eine soziale und politische Tat, zu der man den Autor beglückwünschen muß.

F. P.

Eugen Diesel

Eugen Diesel, Die Menschheit im Katarakt. Andreas Winkler Verlag, Griesbach/Rottal 1963. 355 S., 22,50 DM.

In aufgeschlossener Hingabe an die Aufgaben unserer Zeit, in unübertroffener Sachlichkeit und in wohltuender Offenheit, die man so selten findet, legt Diesel die Grundlinien der Entwicklung unter besonderer Beachtung unserer deutschen und europäischen Verhältnisse dar. Der Verfasser ist der Sohn des Erfinders Rudolf Diesel; auf Wunsch seines Vaters hat er sich nach Abschluß technischer Studien den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und der Kulturphilosophie zugewandt. Nun legt er als Gesamtschau seiner seit mehr als 40 Jahren betriebenen und durch weite Reisen ergänzten Forschungen ein Werk vor, das als soziologisch-geisteswissenschaftliches, kulturkritisches, politisches Ergänzungsstück dem technischen Lebenswerk seines Vaters ebenbürtig zur Seite steht.

Weitblick und Weltschau Diesels sind groß angelegt. Sein Menschenbild in der Darstellung und Würdigung aus dem hohen Ethos des Humanitätsgedankens ist unübertrefflich. „Die Lage des Menschengeschlechts ist verzweifelt", sagt Diesel in Anlehnung an ein früheres Wort des Baron de Grimm. „Wirrnis und Ratlosigkeit auf fast allen Gebieten unseres sittlichen, geistigen, praktischen und politischen Lebens" — „eine einzige Hölle politischer, seelischer und technischer Explosionen."

Im Großen erkennt Diesel die Welteinheit, aber „keine Gleichschaltung", sondern die „großen schöpferischen Strömungen", die allein eine wirkliche Ordnung zu schaffen vermögen. In der Ost-West-Spannung sieht er die natürlichen und zwingenden Ansatzpunkte für Anpassung und Verständigung. Wohl „ballen sich feindliche Kräfte, die d o c h gezwungen sein werden, den gemeinsamen Weg zu finden, Freunde zu werden." Aber die „Hölle auf Erden" wird immer unerträglicher, solange „Erziehung, Kultur, Politik einfach nicht groß, frei, schöpferisch und einsichtig genug sind", um das Rechte zu tun.

Diesel zeigt den Weg: „Ein neuer Geist" muß „die Menschheit aus ihrer seelischen Depression" befreien und die heilsamen Kräfte einer aufbauenden Neugestaltung auf den Plan rufen, statt sie auszuschalten. Es geht nicht mit der „Intrigenmühle der Propaganda", die in einem Volk „sogar sein Großes und Edles für niedrige Zielsetzungen einzuspannen bereit ist". „Aus der Überholtheit des alten nationalen, gesellschaftlichen, konfessionellen, kulturellen Lebens, aus der Unzulänglichkeit der Politik, aus den uns bedrohenden Gefahren . . . ist uns einfach das Ultimatum gestellt, den neuen Zustand anzuerkennen, uns nicht im Vergangenen zu verschanzen." Es ist nicht möglich, die Zukunft mit Methoden zu gestalten, die längst überholt sind und oft genug in die Katastrophe geführt haben.

G. Gr.

Neuerscheinungen

Kulturkritik und Soziologie

Ernst Bloch, Tübinger Einleitung in die Philosophie (2). Suhrkamp Verlag, Frankfurt, 180 S., kart. 3,— DM (Edition Suhrkamp Bd. 58).

Ernst Bloch, Verfremdungen (II). Geographica. Suhrkamp Verlag, Frankfurt, 207 S., kart. 5,80 DM (Bibliothek Suhrkamp Bd. 120).

Karl Vorländer, Philosophie des Mittelalters. Geschichte der Philosophie (II). Mit Quellentexten. Rowohlt Verlag, Reinbek, 268 S., kart. 4,80 DM (Rowohlts Deutsche Enzyklopädie Doppelbd. 193/194).

Vance Packard, Die große Verschwendung. Wirtschaft auf Abwegen. Fischer Bücherei, Frankfurt/Hamburg, 316 S., kart. 3,80 DM (Fischer Bücherei / Buch des Wissens / Großbd. 580).

Georg Lukács, Skizze einer Geschichte der neueren deutschen Literatur. Sonder-

ausgabe außerhalb des Gesamtwerkes. Luchterhand Verlag, Neuwied, 240 S., Ln. 19,80 DM.

Geschichte und Zeitgeschichte

A. Goodwin, Die Französische Revolution. Fischer Bücherei, Frankfurt/Hamburg, 162 S., kart. 2,60 DM (Fischer Bücherei / Buch des Wissens / Bd. 573).

Wolfgang Schieder, Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung. Die Auslandsvereine im Jahrzehnt der Julirevolution von 1830. Ernst Klett Verlag, Stuttgart, 320 S., Ln. 39,50 DM (Schriftenreihe „Industrielle Welt" Bd. IV).

Wanda Kampmann, Deutsche und Juden. Studien zur Geschichte des deutschen Judentums. Verlag Lambert Schneider, Heidelberg, 450 S., kart. 12,90 DM.

Willibalt Apelt, Geschichte der Weimarer Verfassung. 2. unveränderte Auflage. Verlag C. H. Beck, XII u. 416 S., Ln. 38,— DM.

Kurt Tucholsky, Deutschland, Deutschland über alles. Faksimiledruck nach der im Jahre 1929 erschienenen Ausgabe. Rowohlt Verlag, Reinbek, 232 S., Ln. 28,— DM.

Gordon Brook-Shepherd, Der Anschluß. Styria Verlag, Graz / Wien / Köln, 285 S. mit 25 Abb., Ln. 19,80 DM. — Darstellung der Ereignisse, die zum „Anschluß" Österreichs an Deutschland im Jahre 1938 führten.

Akten zur deutschen Auswärtigen Politik 1918—1945. Serie D: 1937—1945. Band X, Die Kriegsjahre, Dritter Band: 23. Juni bis 31. August 1940. Keppler Verlag, Frankfurt, LVII u. 529 S., Großformat, Ln. 35,— DM. — Chronologisch geordnet, enthält dieser Band ausgewählten Schriftverkehr und Memoranden aus den Archiven des deutschen Auswärtigen Amtes.

Albert Krebs, Fritz Dietlof Graf von der Schulenburg. Zwischen Staatsraison und Hochverrat. Leibniz Verlag, Hamburg, 320 S., Ln. 22,50 DM (Hamburger Beiträge zur Zeitgeschichte Bd. 2).

Bodo Scheurig, Stauffenberg. Colloquim Verlag, Berlin, 94 S., Lam. Pappbd. 5,50 DM (Köpfe des XX. Jahrhunderts Bd. 33). — Die erste Biographie des Obersten Graf Stauffenberg, eines der Hauptbeteiligten am 20. Juli 1944, der gleichzeitig zu den scharfen Kritikern der politischen Konzeption Carl Goerdelers gehörte.

Die andere Achse. Die italienische Resistenza und das geistige Deutschland. Berichte. Gesammelt und vorgelegt von Lavinia Jollos-Mazzucchetti. Nachwort von Alfred Andersch. Claassen Verlag, Hamburg, 128 S., Paperback 7,50 DM.

Deutsche Literatur im Exil. Briefe europäischer Autoren von 1933 bis 1949. Herausgegeben von Hermann Kesten. Desch Verlag, München, 384 S., Ln. 19,80 DM. — Mit 350 Briefen, u. a. von Heinrich und Thomas Mann, Albert Einstein, Stefan Zweig, Bert Brecht und Erich Kästner.

Aktuelle Themen

Martin Luther King, Aufbruch der Neger Nordamerikas. Bericht über den Bus-Streik in Montgomery, ergänzt durch den „Brief aus dem Gefängnis". Geleitwort von Propst Grüber. Oncken Verlag, Kassel, 205 S. mit zahlr. Fotos, Paperback 9,80 DM.

Lord Dennings Report zum Fall Profumo oder Die funktionierende Demokratie. Der offizielle Bericht der britischen Regierung. Kommentiert von Ulrich Sonnemann und Martin Löffler. Bechtle Verlag, München / Eßlingen, 224 S., Paperback 9,80 DM.

Erwin Behrens, Tagebuch aus Moskau. Christian Wegner Verlag, Hamburg, 228 S., Paperback 9,80 DM. — Notizen des Korrespondenten der westdeutschen Rundfunkanstalten in der sowjetischen Hauptstadt.

Paul Reynaud, Ehrgeiz und Illusion. Die Außenpolitik de Gaulles. Aus dem Französischen von Lothar Rühl. Droemersche Verlagsanstalt Th. Knaur Nachf., München, 208 S., Paperback 9,80 DM. — Eine kritische Analyse. Der Chinapolitik des Generals ist ein besonderes Kapitel gewidmet.

Kurt Pritzkoleit, Auf einer Woge von Gold. Droemersche Verlagsanstalt Th. Knaur Nachf., München, 548 S. mit 100 Tabellen und Statistiken, kart. 4,80 DM (Knaur Taschenbücher Bd. 40). — Eine materialreiche Darstellung unseres Wirtschaftslebens.

Erwin Fischer, Trennung von Staat und Kirche. Die Gefährdung der Religionsfreiheit in der Bundesrepublik. Eine verfassungsrechtliche Untersuchung. Szczesny Verlag, München, 352 S., Ln. 22,50 DM.

Bemerkungen

Am 19. März d. J. verstarb unser langjähriger Mitarbeiter Dr. Ernst Schwarz (Neustadt/Weinstraße) im Alter von 75 Jahren. Nach dem Studium der Philosophie und Chemie hatte Ernst Schwarz als selbständiger Chemiker, später als Leiter des Gewerbeaufsichtsamtes für die Pfalz gewirkt. In ihm vereinigte sich der klare Sachverstand des Naturwissenschaftlers mit philosophischer Leidenschaft und mutigem politischem Engagement für Demokratie und Frieden. Aus dieser Bemühung erwuchsen die Bücher „Weltbild und Weltgeschichte" (1946) und „Am Wendepunkt" (1960). Zahlreiche substantielle Aufsätze in dieser Zeitschrift runden das Bild ab. Die letzte Arbeit des Verstorbenen („Das Werk der Parzen") erschien im März-Heft der „Blätter".

Dr. Emil Hoffmann, geb. 1911, ist Chefredakteur der Monatszeitschrift „Welthandels-Informationen", sowie Außenhandelsberater und Publizist mit den Spezialgebieten Ostwirtschaft, Interzonenhandel und Osthandel. In den letzten zehn Jahren unternahm er mehr als vierzig Reisen in die volksdemokratischen Länder, u. a. als Begleiter des FDP-Bundestagsabgeordneten Rademacher und des derzeitigen Bundesjustizministers, Dr. Bucher. Er betätigt sich auch als Osthandelsbeauftragter verschiedener westdeutscher Werke. Buchveröffentlichungen: „Ostwesthandel im Zwielicht?" (1955) und „COMECON – der gemeinsame Markt in Osteuropa" (1961). Im Holsten-Verlag, Hamburg, erscheint Ende Mai sein Buch „Der Interzonenhandel – die zerstörte Wirtschaftseinheit".

Vorgesehen sind u. a.:

Prof. D. Dr. L. M. von Pákozdy:
Die Prager Christliche Friedenskonferenz

Dr. Helge Pross:
Leben wir in einer klassenlosen Gesellschaft?

Dr. Hermann Rauschning:
Über Ziele und Mittel einer Friedensstrategie

In den letzten Heften u. a.:

Prof. Dr. Werner Maihofer:
Staatsschutz im Rechtsstaat (1 u. 2/64)

Prof. Dr. Harold Rasch:
Deutsche Ostpolitik (2/64)

Hans Wirtz:
Zum Vatikanischen Konzil (3/64)